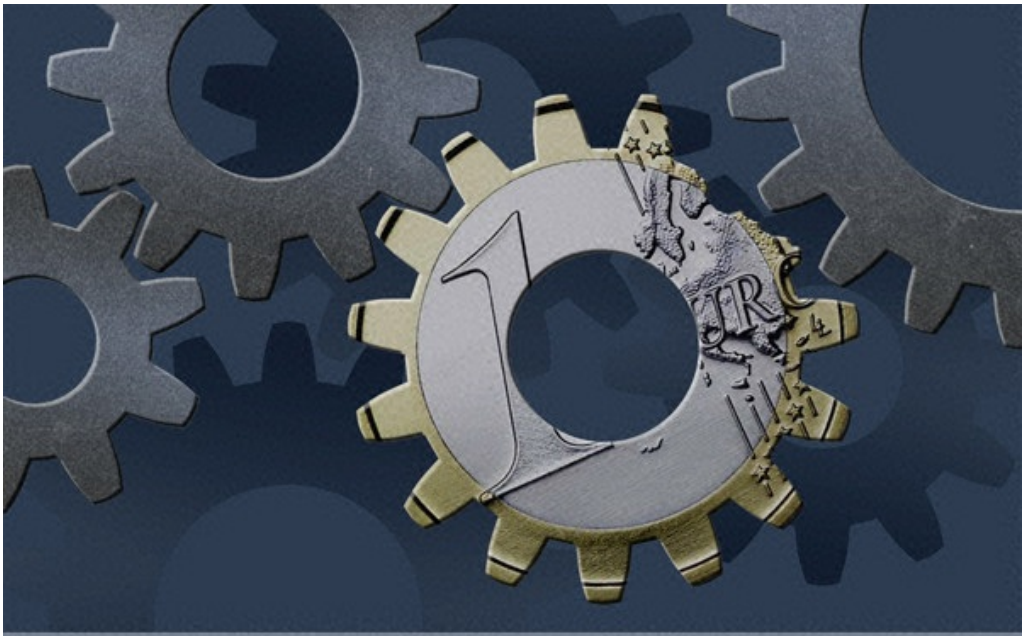


Thomasz Konicz

POLITIK IN DER KRISENFALLE

KAPITALISMUS AM SCHEIDEWEG

TELEPOLIS

Biographie

Tomasz Konicz, Jahrgang 1973, studierte Geschichte, Soziologie und Philosophie in Hannover sowie Wirtschaftsgeschichte in Poznan. Er ist als freier Autor und Publizist mit den thematischen Schwerpunkten Krisenanalyse und Osteuropa tätig. Über den Entwicklungsgang der gegenwärtigen Systemkrise, dem er schon Hunderte von Texten widmete, berichtet Konicz bereits seit dem Sommer 2006.

Klappentext:

Mit der Zuspitzung nicht nur der Euro- und EU-Krise, sondern der weltweiten Krisendynamik erschallt immer lauter der Ruf nach der Benennung und Bestrafung der Schuldigen, die durch ihr Fehlverhalten diese ungeheuren Verwerfungen ausgelöst haben sollen. Je nach politischer und ideologischer Ausrichtung der öffentlich agierenden Akteure aus Politik und Massenmedien werden hierfür bestimmte Menschen- und Gesellschaftsgruppen verantwortlich gemacht.

Tomasz Konicz grenzt sich in diesem Buch fundamental von diesem Populismus ab und rückt das kapitalistische System sowie dessen inhärente Widersprüche in den Fokus der Betrachtungen. Alle Beiträge in diesem Band, die jeweils einen anderen Aspekt von der Eurokrise über die Einschränkung der Demokratie, die Veränderung

der Arbeitswelt oder die Suche nach Sündenböcken bis hin zur Endlichkeit der Ressourcen als der äußern Grenze des Kapitals und der Ästhetik der Krise aufgreifen, orientieren sich an einem systemischen Erklärungsansatz, der die Krise als eine Folge der Widersprüche darlegen soll, die dem kapitalistischen System eigen sind. Demonstriert wird damit auch, dass die marxistische Theorie weiterhin der Aufklärung der Verhältnisse dienen kann.

Unsere Gesellschaft steht vor einer tief greifenden sozioökonomischen Umwälzung, die alle bisherigen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte in den Schatten stellen wird. In einer bevorstehenden Rationalisierungswelle gigantischen Ausmaßes werden viele Berufe und Tätigkeiten automatisiert werden, bei denen dies bis vor kurzem noch als unmöglich schien, da sie menschliche Denkarbeit und Wahrnehmungsfähigkeit voraussetzten. Die Erosion der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die seit dem Beginn der Computerisierung der Produktion in den späten 70er Jahren vonstattengeht, wird mit diesem Automatisierungsschub eine ungeheure Beschleunigung erfahren. Gewissermaßen wird diese "Dritte industrielle Revolution" der Mikroelektronik und Informationstechnik erst jetzt ihren vollen Durchbruch erleben. Die verschiedenen, in rasanter Entwicklung stehenden Technologien und Organisationsformen werden in immer engere Wechselwirkung treten - und die gesellschaftlichen

Strukturen radikal verändern.

Impressum

Thomasz Konicz:

Politik in der Krisenfalle

Kapitalismus am Scheideweg

Herausgeber: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-936931-82-2

Copyright © 2012 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit

der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Inhalt

[Impressum]

[Einleitung]

[Ist es schon zu spät?]

Kann ein katastrophaler Zusammenbruch der Eurozone noch abgewendet werden - und was müsste dahingehend unternommen werden?

[Wer ist schuld am Krisenausbruch?]

Niemand trägt die Schuld an der Krise. Krise des Kapitalismus

[Europa als Krisenzentrum]

In der am Abgrund taumelnden Eurozone spiegeln sich die systemischen Widersprüche des kollabierenden kapitalistischen Weltsystems

[Demokratie in der Krise]

Die derzeitige Krisis enthüllt den ambivalenten Charakter bürgerlicher Demokratie

[Die extremistische Gesellschaft]

In der gegenwärtigen Systemkrise gelangt der barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung zur vollen Entfaltung

[Die äußere Schranke des Kapitals]

Wie die Endlichkeit unserer Welt dem kapitalistischen Wachstumszwang unüberwindbare Grenzen setzt. Krise des Kapitalismus

[Krise global]

Ein Überblick über die krisenbedingten globalen Abhängigkeiten und Ungleichgewichte

Kultur der Panik

Die Krise bringt inzwischen ihre eigene Ästhetik hervor und bemächtigt sich der kapitalistischen Kulturproduktion

Die Malthus-Zombies

Wieso die Angst vor der Überbevölkerung der Welt gerade in Krisenzeiten um sich greift. Krise des Kapitalismus

Crowdsourcing und Cloudworking: Schöne neue Arbeitswelt

Wie die Technologien des Web 2.0 unser Arbeitsleben grundlegend umkrempeln werden

Am Scheideweg

Wir befinden uns in einer weltgeschichtlichen Transformationsphase, deren Verlauf und Ausgang durch unser Handeln bestimmt werden wird

Einleitung

»Nothing is worse than having an itch you can never scratch.«

Leon in Blade Runner

Irgendetwas stimmt nicht. Nahezu alle Menschen, unabhängig von ihrer politischen Einstellung oder weltanschaulichen Überzeugung, wissen oder ahnen zumindest, dass irgendetwas fundamental falsch läuft in unserer Gesellschaft. Die Krise ist schon längst in der Öffentlichkeit wie im Alltagsbewusstsein sedimentiert; man "lebt" gewissermaßen mit dem Krisenprozess, dessen Ende nicht absehbar ist. Im Gegenteil: immer neue Hiobsbotschaften, insbesondere aus der Eurozone, lassen darauf schließen, dass neue, noch härtere Krisenschübe unmittelbar bevorstehen.

In dieser spannungsgeladenen Stimmung, in der das Krisenbewusstsein konsensual wurde, erschallt der Ruf nach der Benennung und Bestrafung der Schuldigen, die durch ihr Fehlverhalten diese ungeheuren Verwerfungen ausgelöst haben sollen. Je nach politischer und ideologischer Ausrichtung der öffentlich agierenden Akteure aus Politik und Massenmedien werden hierfür bestimmte Menschen- und Gesellschaftsgruppen verantwortlich gemacht. Seien es nun gierige Banker, verschwenderische Südeuropäer oder verantwortungslose Politiker - die Krise soll durch die unlauteren Handlungen dieser Gruppen

ausgelöst worden sein.

Dieser Erklärungsansatz ist im Kern populistisch und ideologisch, da er einer "Personifizierung" der Krisenursachen Vorschub leistet, und zugleich die gesellschaftlichen Strukturen und Widersprüche des kapitalistischen Systems außerhalb der Betrachtung lässt. Der populistischen Personifizierung der Krisenursachen - die so zu den Eigenschaften bestimmter als "Sündenböcke" ausgemachter Menschengruppen werden - korrespondiert in dieser Krisenideologie eine Naturalisierung des Kapitalismus, der als eine Art ewiges, dem menschlichen Wesen entspringendes Naturgesetz imaginiert wird, das unmöglich in Frage gestellt werden kann. Wenn das gesellschaftliche System über jeden Zweifel erhaben ist, dann müssten tatsächlich einzelne Gesellschaftsgruppen für die Krise verantwortlich sein.

Die in diesem Band versammelten Texte grenzen sich fundamental von diesem Populismus ab. Hier rücken vielmehr das kapitalistische System, dessen inhärente Widersprüche sowie deren Wechselwirkungen mit den gegenwärtigen sozioökonomischen Verwerfungen in den Fokus der Betrachtungen. Alle Kapitel orientieren sich somit an einem systemischen Erklärungsansatz, der die Krise als eine Folge der Widersprüche darlegen soll, die dem kapitalistischen System eigen sind. In Abgrenzung zu der populistischen Personifizierung von Krisenursachen sollen die

einzelnen Akteure im Krisengeschehen als "Charaktermasken" (Marx) ihrer ökonomischen Funktionen begriffen werden. Der ideologischen Naturalisierung des Kapitalismus wird das Bemühen entgegengestellt, die historische Genese der Krise aufzuzeigen. Im gewissen Sine soll beim Leser eine Entfremdung gegenüber der eigenen Gesellschaft befördert werden, um so den Blick freizumachen für die dem System innewohnenden, fundamentalen Widersprüche - die es an eine unüberwindbare "innere Schranke" (Robert Kurz) seiner Entwicklungsfähigkeit treiben.

Obwohl die einzelnen Texte thematisch relativ eng gefasst sind, soll ergibt sich nach der Lektüre eine Vorstellung des umfassenden Zusammenhangs, der Ursachen und Wechselwirkungen des Krisengeschehens. Die Texte zur Krise des Kapitalismus können durchaus als radikal bezeichnet werden. Sie sind radikal im ursprünglichen, positiven Sinne des Begriffs: als ein Versuch, an die (systemischen) Wurzeln der gegenwärtigen Probleme zu gelangen, die sich vor uns immer höher auftürmen.

Dem in der veröffentlichten Meinung herrschenden, ideologisch verblendeten Denken ist es nicht möglich, zu den systemischen Krisenursachen vorzudringen, da es selber ein Produkt des Systems - spezifisch seiner Kulturindustrie - ist. Es müsste somit seiner eigenen Aufhebung bewusst Vorschub leisten. Irgendetwas stimmt nicht, es gibt da gesellschaftlich tabuisierte Bereiche, Prozesse und

Strukturen, die einen höllischen ideologischen Juckreiz verursachen, aber sie stehen unterm Bannfluch und können gerade nicht aufgekratzt und benannt werden, da dies den Tod der herrschenden Ideologie von Markt und Kapital bedeutete. Die vorliegenden Texte wollen einen Betrag dazu leisten, zumindest einiges von dem freizulegen und zur Diskussion zu stellen, was uns dieses Unbehagen bereitet - und in der öffentlichen Krisendebatte verbissen tabuisiert wird.

Ist es schon zu spät?

Kann ein katastrophaler Zusammenbruch der Eurozone noch abgewendet werden - und was müsste dahingehend unternommen werden?

Wer in Zeitungsspalten gepresste Panik studieren möchte, dem konnte man Mitte 2012 die Lektüre all der unzähligen Wirtschaftsartikel und Kommentare in der Auslandspresse empfehlen, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, endlich ihre Blockadehaltung bei der Einleitung kreditfinanzierter Konjunkturmaßnahmen aufzugeben. Ein Überblick gefällig?

Der populäre nachfrageorientierte US-Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman gestand seiner zahlreichen Leserschaft in der New York Times, dass er inzwischen Angst vor der Haltung der deutschen Politik in der Krise habe. "Mein Gott" sei alles, was man angesichts der Argumentation deutscher Regierungspolitiker ausrufen könne, die immer noch der Ansicht seien, die Krise sei durch "finanzpolitische Unverantwortlichkeit" ausgelöst worden, so der offenbar erschütterte Krugman. Mit ihrem Beharren, weiterhin Sparpakete und Strukturreformen in den wirtschaftlich kollabierenden europäischen Krisenländern durchzusetzen, böten Deutschlands Politiker ein "furchterregendes Bild" einer immer weiter voranschreitenden ideologischen

Verblendung. Während der Euro auf einen kritischen Scheideweg zusteuere, lebten die Verantwortlichen in Berlin in einem - so Krugman wörtlich - "Wolkenkuckucksheim." Wenn Deutschlands Politelite "dermaßen von der Realität entkoppelt ist, welche Chance hat Europa?" - so die resignative abschließende Frage Krugmans.

Auch die Financial Times (FT) ist der Ansicht, dass inzwischen Panik eine rationale Reaktion auf die sich verschärfende Krisendynamik darstelle. Er habe bis vor Kurzem nicht verstanden, wie die Depression der 1930er ausgelöst wurde, schrieb der FT-Kolumnist Martin Wolf. Nun sei ihm dies anhand der Krisenpolitik in der Eurozone klar geworden:

»Alles, was man braucht, sind fragile Ökonomien, ein rigides geldpolitisches Regime, eine intensive Debatte über das, was getan werden muss, die verbreitete Meinung, das Leiden gut sei, kurzsichtige Politiker, die Unfähigkeit zur Kooperation und das Scheitern bei dem Versuch, den Gang der Ereignisse zu antizipieren.«

Die Politik müsste eigentlich bemüht sein, die aufkommende Panik zu vermeiden, doch daran scheitere die Eurozone gerade. Unter Bezugnahme auf die Weigerung Berlins, gemeinsame europäische Anleihen aufzulegen, warnte Wolf: "Wenn die Staaten mit guter Kreditwürdigkeit sich weigern, diejenigen zu unterstützen, die unter Druck sind, wenn die Letzteren sich nicht retten können, dann wird

das System zusammenbrechen. Niemand weiß, welchen Schaden dies der Weltwirtschaft zufügen wird."

Der Economist ruft hingegen Kanzlerin Angela Merkel auf, unverzüglich den Motor kreditfinanzierter Konjunkturprogramme anzuwerfen, da ansonsten die Weltwirtschaft unterzugehen drohe. "Außerhalb Deutschlands" habe sich ein Konsens herausgebildet, was Berlin zur Stabilisierung der Eurozone unternehmen müsste: eine Verlagerung der Krisenpolitik von Sparprogrammen auf die Förderung "ökonomischen Wachstums" und eine Finanzmarktunion samt Eurobonds. Dieser "Refrain" aus Washington, Beijing und London stoße aber in Berlin wohl auch deswegen auf taube Ohren, weil Kanzlerin Merkel "den Deutschen nie erklärt hat, dass sie die Wahl haben zwischen einer abstoßenden Idee (dem Bailout für ihre unwürdigen Kollegen) und einer ruinösen Realität (dem Ende des Euro)". Viele Deutsche würden die "Vergemeinschaftung der Schulden ablehnen, weil sie (fälschlicherweise) glauben, dass der Euro ohne diese Vergemeinschaftung überleben werde".

Einen dramatischen Appell zur Einführung von Eurobonds richtete auch die italienische Wirtschaftszeitung "Il Sole 24 Ore" an Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Sie werden nicht weit kommen, wenn Sie weiterhin dem Ärger der Griechen gleichgültig gegenüberstehen und vom verletzten Stolz der Spanier, von den Ängsten der Italiener und von der Pein der Franzosen Abstand

nehmen." Deutschland könne nicht inmitten europäischer Wirtschaftsruinen prosperieren, so der Kommentar.

Die rasch anschwellenden internationalen Forderungen an Berlin, vom Spardiktat abzurücken und letztendlich wieder die Verschuldungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte zu initiieren, wurden auch in deutschen Medien zur Kenntnis genommen, etwa von der Onlineausgabe der Welt: "Weltweit bricht die Konjunktur ein, der Euro-Zone droht der Zusammenbruch, und alle Welt zeigt auf der Suche nach einem Schuldigen mit dem Finger auf Deutschland."

Im Teufelskreis der Sparpolitik

Tatsächlich befindet sich die Eurozone am Rande eines totalen Kollaps, der allerschwerste Verwerfungen nach sich ziehen dürfte. Sie dürften sogar die Folgen der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts in den Schatten stellen. Wir stehen in der Tat kurz vor einer Wirtschaftspanik. Berlins Krisenpolitik, die auf die europaweite Durchsetzung harter Sparmaßnahmen und neoliberaler Strukturreformen nach Vorbild der Hartz-IV-Arbeitsgesetze abzielte, ist spektakulär gescheitert. Das maßgeblich von Deutschland in Gestalt des europäischen "Fiskalpaktes" durchgesetzte Spardiktat lässt in immer mehr Eurostaaten die Wirtschaftskrise eskalieren, die buchstäblich in den

sozioökonomischen Zusammenbruch "gespart" werden.

Die Ergebnisse der Sparpolitik sind in allen hiervon betroffenen Ländern ähnlich: Eine im Zuge der Sparmaßnahmen massiv einbrechende Binnennachfrage löst eine Rezession aus und lässt die Arbeitslosigkeit hochschnellen. Hierdurch sinken die Steuereinnahmen des Staates, der sich überdies aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit mit höheren Sozialausgaben konfrontiert sieht. Somit lässt der durch die Sparprogramme ausgelöste Wirtschaftseinbruch die Defizite im Staatshaushalt weiter ansteigen, was wiederum neue Sparprogramme notwendig macht, die eine weitere Runde in dieser ökonomischen Todesspirale auslösen.

Dieses brutale Spardiktat wurde in Griechenland bis zum Exzess getrieben, dessen Wirtschaft nach etlichen von Berlin und Brüssel oktroyieren "Sparpaketen" inzwischen de facto zusammengebrochen ist und eine Industrieproduktion aufweist, die um 33 Prozent auf das Niveau von 1978 gefallen ist. Eine ähnliche Entwicklung - die letztendlich einer Deindustrialisierung gleichkommt - vollzieht sich auch in Spanien und Portugal. In Portugal ist die Industrieproduktion gegenüber dem Vorkrisenhoch um 26,1 Prozent eingebrochen, in Spanien sind es 28,5 Prozent. Diese Länder der südlichen Eurozone, in denen durchweg eine Jugendarbeitslosigkeit von rund 50 Prozent herrscht, erleben

gerade keine "gewöhnliche" Rezession - sie wandeln sich zu sozioökonomischen Zusammenbruchsgebieten, die so zum Teil der "Dritten Welt" zu werden drohen. Italien wird ebenfalls verstärkt von ähnlichen Deindustrialisierungstendenzen erfasst. Die Industrieproduktion sank im April 2012 südlich der Alpen binnen eines Jahres um 11,9 Prozent und befindet sich somit auf dem Niveau von 1990. Die maßgeblich von Berlin durchgesetzte Sparpolitik beschleunigt somit den Zusammenbruch der Industrieproduktion in der Südperipherie der Eurozone, der dann im deutschen Krisendiskurs auch noch den Südeuropäern angekreidet, und zu einer Art kulturellem Defizit umdefiniert wird.

Die Abkühlung ist aber nicht auf die Eurozone beschränkt, sondern sie erfasst in immer größerem Ausmaß die gesamte Weltwirtschaft. Betroffen hiervon sind einstmals als neue Konjunkturmotoren der Weltwirtschaft gefeierte Schwellenländer wie China, Brasilien oder Indien Auch in den Vereinigten Staaten, wo im Vorfeld der kommenden Präsidentschaftswahlen massive Konjunkturmaßnahmen zur Anwendung gelangten, kommt die (schuldenfinanzierte) Wirtschaftserholung zum Erliegen. Dieses miese globale Umfeld lässt die Situation in der Eurozone umso labiler werden. Inzwischen könnten leichte Erschütterungen ausreichen, um das System vollends zu destabilisieren und in den Zusammenbruch zu führen.

Schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sind Strohfeuer, die das System nur kurzfristig am Laufen halten können

Es ist offensichtlich, dass die deutsche Sparpolitik die Eurozone ins Desaster führt, das - vorsichtig formuliert - katastrophale sozioökonomische Folgen nach sich ziehen wird, sollten nicht schnellstmöglich die Notenpressen wieder angeworfen werden. Dennoch hält die Bundesregierung an ihrem eingeschlagenen Krisenkurs weiterhin fest, und auch in der deutschen Öffentlichkeit werden Eurobonds und sonstige europaweite Konjunkturmaßnahmen abgelehnt. Zuletzt beteuerte Merkel ihre ablehnende Haltung gegenüber jedweder Vergemeinschaftung von Schulden auf dem CDU-Wirtschaftsrat am 12. Juni. Eurobonds würden laut der Kanzlerin "absolut in die Irre" führen. Die Bundesbank bekräftigte unlängst ebenfalls ihre Ablehnung von weiteren schuldenfinanzierten Konjunkturmaßnahmen, die als "Strohfeuer" bezeichnet wurden. Bundesbankpräsident Jens Weidemann erklärte gegenüber der französischen Zeitung Le Monde wörtlich: "Ich glaube nicht, dass man damit Erfolg haben kann, die Schuldenkrise mit noch mehr Schulden zu lösen."

Dabei gibt die jüngste Krisengeschichte auch den deutschen Hardlinern recht. An die drei Billionen US-Dollar - das sind immerhin 3000 Milliarden - umfassten die Konjunkturmaßnahmen, die 2009 nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise global aufgelegt

wurden, um einen Wirtschaftseinbruch zu verhindern. Offenbar haben diese gigantischen Aufwendungen in Höhe von nahezu fünf Prozent der damaligen Weltwirtschaftsleistung die Weltwirtschaft nur drei Jahre über Wasser gehalten, bevor sie nun erneut in den Sturzflug übergeht. Somit ist es ebenfalls klar, dass Konjunkturprogramme nur kurzfristige belebende Effekte zeitigen und im Endeffekt nichts weiter als die schuldenfinanzierten ökonomischen "Strohfeuer" sind, von denen Weidemann sprach.

Tatsächlich befinden sich beide Fraktionen in diesen Auseinandersetzungen um die künftige Krisenpolitik ein Stück weit im Recht. Offensichtlich halten schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme das System als eine Art "Strohfeuer" nur kurzfristig am Laufen - und genauso trifft es zu, dass Sparprogramme die betreffenden Länder in den sozioökonomischen Kollaps führen. Die einzige logische Schlussfolgerung, die aus diesen Fakten und der korrespondierenden Debatte zu ziehen ist, besteht in der Einsicht, dass der Kapitalismus offensichtlich ohne permanente Schuldenbildung nicht mehr funktionsfähig ist. Die Beteiligten auf beiden Seiten der Debatte - die deutschen Sparfanatiker wie die angelsächsischen Keynesianer - können nur deswegen nicht zu dieser Schlussfolgerung gelangen, weil sie die derzeitige Gesellschaftsordnung für ein Naturgesetz halten, das nicht

hinterfragbar ist.

Letztendlich deutet dieser regelrechte Verschuldungszwang des Gesamtsystems nur darauf hin, dass der Kapitalismus als ein Gesellschaftssystem an die Grenzen seiner Entwicklungsfähigkeit stößt und gerade an einer inneren Schranke (Die Krise kurz erklärt) zerbricht: Der Kapitalismus erstickt an seiner Produktivität, an den ungeheuren Produktionspotenzen, die immer mehr Arbeitskräfte "überflüssig" machen und zu den Deindustrialisierungsschüben und exorbitanten Arbeitslosenraten führen, wie sie in der südlichen Eurozone stattfinden. Der Kapitalismus ist schlicht zu produktiv für sich selbst geworden - und an diesem potenziellen stofflichen Reichtum, der nicht mehr in das enge Korsett der Warenform gepresst werden kann, geht das System zugrunde. "Wir" haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, wie und Neoliberale permanent einbläuen - im Gegenteil ist die Gesellschaft zu reich für den Kapitalismus. Auch Deutschland ist von dieser Krise betroffen, die aber hierzulande erst durchbrechen wird, sobald die deutschen Handelsüberschüsse voll einbrechen werden. Die derzeitige Krise ist im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung somit schlicht nicht lösbar. Die im diesem System sozialisierten und herrschenden Eliten aus Politik und Wirtschaft streiten sich über altertümliche Krisenstrategien, die aus der Mottenkiste vergangener Jahrhunderte entnommen wurden und absolut

ungeeignet sind, um den nun manifest werdenden Zusammenbruch zu verhindern.

Veraltete Krisenstrategien

Im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Konstellation kann die Krise nur verzögert werden, indem Berlin einlenkt und weitere Konjunkturpakete mitsamt Eurobonds auflegt. Die Verschuldungsdynamik könnte so noch eine Zeit lang - vielleicht sogar ein paar Jahre - aufrechterhalten, und so das System notdürftig am Laufen gehalten werden. Insofern stehen die Chancen auf eine Abwendung der akut drohenden Verwerfungen äußerst schlecht, müsste doch die deutsche Politelite ihren Standpunkt sofort grundlegend ändern und diesen auch noch der deutschen Öffentlichkeit verkaufen, die ja ebenfalls von den Massenmedien in einem "Wolkenkuckucksheim" gehalten wird, in dem die "faulen Südländer" für die Krise verantwortlich gemacht werden. Der Spiegel-Online-Kolumnist Wolfgang Münchau brachte diesen Prozess der enthemmten Ideologieproduktion in Deutschland, die sich nun gegen ihre Urheber in der Politik und den Massenmedien wendet, auf folgende diplomatische Formel: "Die Narrative dieser Krise sind völlig außer Kontrolle geraten, und die Politik weiß nicht, wie sie sie wieder einfängt."

Immerhin deuten erste Rauchzeichen aus Berlin darauf hin, dass

die Bundesregierung sich langsam dessen bewusst ist, was sie gerade im Begriff ist anzurichten. Das Wall Street Journal berichtete unlängst, Berlin sende derzeit "starke Signale", dass es bereit sei, "seine Einwände gegen Euro-Bonds aufzugeben", wenn andere Staaten bereit seien, "weitere Machtbefugnisse an Europa zu transferieren". Neben der Kontrolle der Kreditaufnahme und den Euro-Bonds seien laut WSJ noch eine gemeinsame Finanzmarktaufsicht und Einlagensicherung, die strikte Koordinierung der nationalen Steuerpolitik, sowie eine "Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik" im Gespräch. Somit verkommt europäische Krisenpolitik mal wieder zu einem Machtkampf, bei dem divergierende nationale Interessen in Konflikt geraten. Es stellt sich nur die Frage, ob dieser langwierige Prozess vor einem akuten Durchbruch der Krisendynamik abgeschlossen werden kann.

Ohne einen raschen Kurswechsel Berlins wird der deutsche Sparwahn hingegen unvermeidlich einen baldigen Kollaps herbeiführen, den sich angesichts der herrschenden ideologischen Verblendung (Krise und Wahn) selbst beinharte Kapitalismuskritiker nicht wünschen sollten. Es gibt einen buchstäblich mörderischen Unterschied zwischen einem chaotischen Zusammenbruch und einer emanzipatorischen Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaftsunordnung, wie die jüngsten Entwicklungen im

arabischen Raum illustrieren. Eine tatsächliche Überwindung der kapitalistischen Dauerkrise ist nur jenseits des Kapitalismus möglich - aber das ist etwas, was weder Frau Merkel noch Herr Weidemann für uns leisten können.

Wer ist schuld am Krisenausbruch?

Niemand trägt die Schuld an der Krise. Krise des Kapitalismus

Je weiter sich die Krise zuspitzt, desto stärker dominieren wechselseitige Schuldzuweisungen den öffentlichen Krisendiskurs in nahezu allen westlichen Ländern. Inzwischen scheint es geradewegs so, als ob wirklich jede Nation und jede relevante gesellschaftliche Gruppe durch Fehlverhalten irgendwie zu dem Desaster beigetragen habe, das sich derzeit in Europa vor unseren Augen entfaltet.

In nahezu ganz Europa wird beispielsweise die Bundesregierung für die Eskalation der Schuldenkrise verantwortlich gemacht, die mit ihrem Sparkurs den europäischen Währungsraum in den Kollaps treibe. Einen bisherigen Höhepunkt dieser anschwellenden Kritik am deutschen Spardiktat in der Eurozone stellte die Titelstory der linksliberalen britischen Wochenzeitung New Statesman im Juni dar, die Merkel zum "gefährlichsten Führer der Welt" erklärte und als einen im Sparfetisch verfangenen Terminator darstellte, der wegen der ansteigenden Selbstmordraten in Südeuropa bereits "Blut an den Händen" kleben habe.

Auch außerhalb von Europa nimmt die Kritik an Deutschland inzwischen einen konsensartigen Charakter an, wie deutsche

Medien während des G20-Gipfels bemerken mussten:

»Von US-Präsident Barack Obama bis zu den Regierungschefs von Indien, Brasilien, Argentinien und Russland gab es nur vernichtende Urteile über Merkels Politik, die die Weltwirtschaft in die Rezession führe.«

Spiegel

In Deutschland glaubt man ebenfalls, die Schuldfrage hinreichend geklärt zu haben. Von der ungemein erfolgreichen und auf Ressentiment-Produktion spezialisierten Ich-AG Thilo Sarrazin bis zu emeritierten "Ökonomieprofessoren" wie einem Ottmar Issing werden die faulen Südländer für die Krise verantwortlich gemacht. Ottmar Issing hat diese schiefe Krisendeutung - die Deutschlands gigantische Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber der Eurozone praktischerweise ausblendet - in einem Beitrag für die FAZ auf den Punkt gebracht:

»Die Erkenntnis, dass die Probleme fast ausnahmslos in jedem Land auf eigene Fehler zurückzuführen sind, lässt sich immer weniger unterdrücken. Überzogene Lohnsteigerungen über viele Jahre, nicht zuletzt im öffentlichen Sektor, in nicht wenigen Fällen eine unsolide Finanzpolitik, in anderen eine hemmungslose Kreditvergabe der Banken mussten in einer Krise enden.«

Ottmar Issing

Und selbstverständlich werden weiterhin auch die fiesen Banker und Spekulanten, die in ihrer maßlosen Gier zur Ausbildung gigantischer Spekulationsblasen beigetragen hätten, für das gegenwärtige Chaos verantwortlich gemacht. So argumentiert auch der New Statesman in der eingangs erwähnten Kritik an Merkel, indem er "den Top-Bankern der Welt" die Schuld am Ausbruch der Krise gibt, die aber durch Merkels "Defizit-Fetischismus" verschlimmert werde. Rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte beschuldigen hingegen wahlweise Ausländer, Arbeitslose, Flüchtlinge, Sozialhilfeempfänger, Muslime, Juden oder Roma, in der einen oder anderen Form zur Krisendynamik beizutragen. Thilo Sarrazin bereicherte diese rechtsextremen Wahngebilde jüngst um eine weitere Facette, als er den angeblichen südeuropäischen Schlendrian mit dem Wetter in Verbindung brachte. Das Wetter präge nämlich den "Volkscharakter", so der verkannte SPD-Satiriker:

»In meinem Buch nenne ich das den Nebel-Faktor. Je nebliger und kälter die Winter in einem Land sind, desto solider sind die Finanzen. Wenn man schon durch die Natur gezwungen ist, für harte Zeiten Vorsorge zu treffen, prägt das offenbar den Charakter eines Volkes.«
Thilo Sarrazin

Die Winter in Singapur, das in 2011 einen Haushaltsüberschuss von nahezu drei Prozent erzielte, müssen also mörderisch sein.

Personifizierung der Krisenursachen

All diese mehr oder minder ernst zu nehmenden Krisendeutungen und ihre korrespondierenden Schuldzuweisungen basieren auf einer gemeinsamen Grundannahme: Die Krise sei durch das Fehlverhalten einzelner Individuen, Gruppen oder Gesellschaftsschichten verursacht worden, die so die reibungslose Funktionsweise des Kapitalismus gestört hätten. Irgendwer muss gegen die hehren Gesetze der Marktwirtschaft verstoßen und hierdurch das gegenwärtige Chaos verursacht haben, so in etwa lautet die Prämisse aller obigen Kriseninterpretationen. Je nach ideologischer Präferenz ergeben sich dann die entsprechenden Schuldzuweisungen: Die Banker seien zu gierig gewesen, die Südeuropäer hätten über ihre Verhältnisse gelebt, Deutschland sei dem "Sparfetisch" verfallen und führe die Welt in die Depression, die Ausländer würden uns die Arbeitsplätze wegnehmen - oder die Schuldenkrise wird auf einen witterungsbedingten "Volkscharakter" zurückgeführt.

Bei all diesen Deutungen der gegenwärtigen Systemkrise des Kapitalismus wird durchweg einer Personengruppe die Schuld für die Krise gegeben, die aus den charakterlichen, kulturellen oder rassischen Defiziten des beschuldigten Personenkreises resultieren soll. Es findet somit eine Personifizierung der Krisenursachen statt, bei denen die aktuellen Verwerfungen auf die Eigenschaften der

betreffenden Personengruppen oder Nationen zurückgeführt werden. Das gesellschaftliche System, in dem diese Sündenböcke wirken, bleibt aber bei dieser Personifizierung außer Betrachtung. Der Kapitalismus ist im Alltagsbewusstsein längst zu einem Naturzustand des Menschen sedimentiert, über den genauso wenig reflektiert wird wie etwa über die Schwerkraft.

Tatsächlich muss die oben dargelegte Grundannahme dieser Sündenbocktheorien in ihr aussagenlogisches Gegenteil umgekehrt werden, um den wahren Krisenursachen auf die Spur zu kommen. Die Krise ist deswegen ausgebrochen, weil alle Beteiligten ihre ökonomischen Funktionen in der Marktwirtschaft mit Bravour erfüllen. Niemand ist schuld am Krisenausbruch. Der Kapitalismus befindet sich genau deswegen in einer Systemkrise, weil alle ökonomischen Subjekte genau das möglichst effizient machen, was das System von ihnen verlangt.

Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus

Im Kapitalismus dreht sich bekanntlich alles um eine möglichst effektive Vermehrung - auch Verwertung genannt - des eingesetzten Kapitals. Das Kapital ist wiederum ein soziales Verhältnis, das Menschen einzugehen genötigt sind, und bei dem durch die möglichst effiziente Anwendung von Lohnarbeit in der Warenproduktion aus Geld mehr Geld gemacht wird. Deswegen

wird der Kapitalismus auch völlig zutreffend als Arbeitsgesellschaft bezeichnet. Dieses auf der Verwertung menschlicher Arbeitskraft basierende Kapitalverhältnis befindet sich somit in einer fundamentalen Krise, weil die daran beteiligten Akteure diesen gesellschaftlichen Prozess der Kapitalverwertung immer effizienter gestalten.

Um sich dieser anscheinend paradoxen Diagnose zu nähern, ist es hilfreich, der kapitalistischen Gesellschaftsformation den Schleier des Selbstverständlichen und Naturwüchsigen zu nehmen, der sie immer umgibt. Der Kapitalismus ist kein widerspruchsfreies Naturgesetz, er ist keine ewige Voraussetzung menschlicher Existenz, sondern ein historisches Gesellschaftssystem, das sich etwa auf dem Territorium der derzeitigen Bundesrepublik erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts voll durchsetzte. Das sind gerade einmal etwas mehr als 150 Jahre, in denen diese äußerst dynamische und zugleich instabile Gesellschaftsunordnung so ziemlich alles und jeden zur Ware degradierte und den Markt, der zuvor eine Randexistenz spielte, zur totalen Instanz menschlicher Vergesellschaftung machte. Die menschliche Geschichte spielte sich somit zum überwiegenden Teil jenseits des Kapitalverhältnisses ab - also jenseits von Lohnarbeit, Markt oder Geld, die zuvor in allen Gesellschaftsformationen nur Randphänomene darstellten.

Alle historischen Gesellschaftssysteme haben selbstverständlich

einen Anfang und ein Ende; sie erfahren eine Periode des Aufstiegs, sie befinden sich über einen bestimmten Zeitraum im Zenit ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, und sie erleben schließlich ihren Niedergang. Das Entwicklungspotenzial der kapitalistischen Gesellschaftsformation stößt aufgrund der eskalierenden Widersprüche, die dieser Gesellschaftsordnung innewohnen, in unserer Epoche an seine Grenzen. Die aus der Marktkonkurrenz erwachsende Notwendigkeit, zwecks größtmöglicher Kapitalvermehrung Waren immer effizienter zu produzieren, führt dazu, dass die Produktion immer stärker rationalisiert wird. Hierdurch geht die Beschäftigung in etablierten Industriezweigen immer stärker zurück, sodass neu entstehende Wirtschaftssektoren diese freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen müssen, soll nicht die Arbeitslosigkeit gesamtgesellschaftlich immer weiter steigen.

Die kapitalistische Arbeitsgesellschaft befindet sich somit in einem permanenten Selbstwiderspruch, bei dem die möglichst effiziente Anwendung von Lohnarbeit zugleich die Lohnarbeit aus der Warenproduktion verdrängt. Dieser Selbstwiderspruch der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ist nur im "Prozessieren" - in permanenter "Flucht nach vorn" - aufrechtzuerhalten: Neue Produkte und Wirtschaftszweige müssen in diesem als Strukturwandel bezeichneten Prozess neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die freigesetzten Arbeitskräfte

schaffen (siehe hierzu auch: Die Krise kurz erklärt).

Spätestens seit den 1980er Jahren funktioniert dieser Strukturwandel nicht mehr, da die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung des Computers und der elektronischen Datenverarbeitung ungeheure Rationalisierungsschübe entfesselte, die Lohnarbeit innerhalb der Warenherstellung immer weiter überflüssig machte. Der Arbeitsgesellschaft geht somit die Arbeit aus, gerade weil alle Beteiligten unter Anwendung neuster Technologien immer effizienter arbeiten (siehe hierzu auch: Das Ende des "Goldenen Zeitalters" des Kapitalismus und der Aufstieg des Neoliberalismus).

Expansion des Finanzsektors verzögerte die Krise der Arbeitsgesellschaft

Wir haben es vor allem den "gierigen Bankern" - und speziell in Europa den verschuldeten Südeuropäern - zu verdanken, dass diese Krise der Arbeitsgesellschaft über Jahrzehnte nicht zum vollen Ausbruch gelangte. Die enorme Expansion des Finanzsektors seit den 80er Jahren bildete eine zeitweilige Fluchtmöglichkeit vor der Krise der Arbeitsgesellschaft, da die damit einhergehenden Verschuldungsorgien und Spekulationsexzesse auch zusätzliche Nachfrage und Arbeitsgelegenheiten erzeugten. Die Finanzmärkte und die Banker haben den Kapitalismus somit überhaupt

funktionsfähig erhalten und auf Kredit finanziert - freilich um den Preis immer stärker anwachsender Schuldenberge, die nun über uns zusammenbrechen. Dieser Schuldenturmbau stellt somit eine reife Leistung der Finanzmarktjongleure dar, die ein an seinen inneren Gegensätzen zugrunde gehendes Gesellschaftssystem noch jahrzehntelang durch die Verpfändung einer Zukunft, die es nicht mehr hat, am Leben erhielten.

Aus dieser Krisenkonstellation eines spätkapitalistischen Systems, das aufgrund ungeheurer Produktivitätsschübe ohne Verschuldung nicht mehr funktionsfähig ist, resultiert auch der zutiefst absurde Charakter des gegenwärtigen Krisenverlaufs: Es herrscht immer größeres Elend, gerade weil immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können. Das System erstickt an seiner Produktivität. Dieser irrsinnige Widerspruch wird überall dort deutlich, wo Güter und Waren vernichtet werden, für die keine marktvermittelte Nachfrage mehr gegeben ist, obwohl immer mehr Menschen ihre diesbezüglichen Bedürfnisse nicht mehr decken können.

Die im Zuge der Spekulationsexzesse errichteten Eigenheime werden beispielsweise immer öfter einfach abgerissen, obwohl die Zahl der Obdachlosen in den USA oder Spanien krisenbedingt ansteigt. Der nun trotz materiellem Überfluss herrschende Mangel etwa bei Wohnraum ist darauf zurückzuführen, dass im

Kapitalismus die Produktion von Waren immer nur ein Mittel zum Selbstzweck der ewig anschwellenden Kapitalvermehrung darstellt. Der materielle Reichtum, die Gebrauchswerte der produzierten Güter haben im Kapitalismus keinen Wert und müssen vernichtet werden, sobald sie nicht mehr dazu taugen, aus Geld mehr Geld zu machen.

Die dargelegten systemischen Widersprüche, die solchen offensichtlichen Absurditäten zugrunde liegen, werden aber auf gesamtgesellschaftlicher Ebene unbewusst von den ökonomischen Subjekten zugespitzt. Die Marktteilnehmer lassen diese Krisendynamik eskalieren, aber sie tun es in einem blinden Prozess, der eine Eigendynamik entfacht und somit in Gestalt der "Märkte" den Menschen als eine fremde Macht gegenübertritt. Dieser Prozess vollzieht sich "hinter dem Rücken der Produzenten", wie es Marx formulierte - einfach dadurch, dass alle beteiligten Marktsubjekte bemüht sind, ihre Produkte möglichst effizient und billig herzustellen und möglichst gewinnbringend auf dem Markt zu veräußern. Niemand kontrolliert diese daraus resultierende Krisendynamik im Kapitalismus, sie ist von einer Eigenbewegung der höchstmöglichen Selbstverwertung angetrieben. Gerade weil das beständige Bestreben aller Kapitalisten, ihre Waren möglichst effizient herzustellen, so erfolgreich vorangetrieben wurde, befindet sich der Kapitalismus an einer unüberwindbaren inneren

Schranke, deren katastrophales Überschreiten nur durch fortgesetzte Verschuldungsprozesse hinausgezögert werden kann.

Der Kapitalismus ist somit durch die subjektlose Herrschaft des marktvermittelten Prinzips der Kapitalverwertung gekennzeichnet. Einzelne Akteure - selbst die mächtigsten Banker und Kapitalisten - fungieren nur als Charaktermasken ihrer ökonomischen Funktion. Ein Josef Ackermann oder Ferdinand Piëch können nur dann als autonome Subjekte innerhalb ihrer Unternahmen oder Banken wirken, wenn sie ihr Handeln an der Maxime der höchstmöglichen Kapitalverwertung ausrichten. Deswegen kann es - abgesehen von einzelnen Marktnischen - auch keine "guten Kapitalisten" oder Banker geben, die von Ausbeutung, Arbeitshetze, Massenentlassungen oder Lohndumping Abstand nehmen würden, da sie sonst in der Marktkonkurrenz untergehen würden. Die ökonomische Funktion des "Wirtschaftsführers" zieht somit auch Menschen mit der entsprechenden charakterlichen Disposition an, die sich dort ausleben können. Alle gutmütigen und rücksichtsvollen Kapitalisten sind schon längst bankrottgegangen.

Aus der Tatsache einer marktvermittelten subjektlosen Herrschaft des Kapitalverhältnisses kann aber nicht eine pauschale Exkulpierung der Funktionsträger dieses Systems abgeleitet werden. Die Betroffenen streben diese Funktionen ja bewusst an. Im Kapitalismus, dessen Betrieb schon immer buchstäblich

massenmörderische Konsequenzen nach sich zog, haben somit unzählige Politiker, Banker oder Kapitalisten enorme Schuld auf sich geladen. Doch geschieht dies dadurch, dass sie Systemgesetze exekutieren, und nicht dadurch, dass dagegen verstoßen würde.

Wenn etwa Unternehmer Massenentlassungen durchsetzen, dann stoßen sie bewusst andere Menschen ins Elend - doch vollzieht sich dies im Einklang mit der Systemimperativen der Gewinnmaximierung. Ähnliches kann über Banker gesagt werden, die mit immer neuen "Finanzinstrumenten" auf dem Höhepunkt der Immobilienspekulation ein Vermögen machen. Die oftmals in Sonntagsreden beklagte maßlose Gier von Bankern oder Managern resultiert somit nicht aus irgendwelchen moralischen Defekten dieser Individuen, sie stellt vielmehr ein Abbild des innersten Antriebsprinzips dieses Systems dar. Sich über die überhandnehmende "Gier" zu echauffieren, ohne diese auf ihre systemischen Ursachen zurückzuführen, ist somit schlicht naiv.

Der unerträgliche Zustand unserer im Chaos versinkenden Welt resultiert also nicht daraus, dass gegen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus verstoßen wurde, sondern daraus, dass dessen Gesetze unbarmherzig exekutiert werden. Die einzig vernünftige moralische Haltung besteht aber nicht darin, den erhobenen Zeigefinger gegen einzelne Akteure zu erheben, sondern im Beharren auf der Notwendigkeit einer humanen gesellschaftlichen

Alternative.

Europa als Krisenzentrum

In der am Abgrund taumelnden Eurozone spiegeln sich die systemischen Widersprüche des kollabierenden kapitalistischen Weltsystems

Führt die EU nur noch die Existenz eines institutionellen Zombies? Obwohl der vergangene Eurogipfel den politischen und ökonomischen Zusammenbruch der Eurozone zumindest vorläufig abwenden konnte, scheint die Idee der europäischen Einigung zumindest in Deutschland einen irreversiblen Schaden erlitten zu haben. Die EU lebt noch, doch die europäische Idee ist tot.

Eine ungezügelte und ressentimentgeladene Wut auf "Europa", auf Finanzspekulanten und die südlichen Eurostaaten hat weite Teile der deutschen Öffentlichkeit ergriffen. Dieser breite Unmut äußert sich in entsprechenden Schlagzeilen und Presseergüssen, in denen immer wieder davor gewarnt wird, dass nun Europa nach "unserem Geld" greifen werde, eine "Schuldenunion" näher rücke oder die Spekulanten als wahre Profiteure der Eurokrise gelten müssen.

Nachdem das deutsche Spardiktat in Europa auf dem Gipfeltreffen Ende Juni einen ersten Rückschlag erlitten hat, sehen meinungsführende deutsche Blätter nun ein "Europa ohne Regeln" heraufdämmern, das durch eine regelrechte "Horrorshow" der

südeuropäischen Regierungschefs auf dem Brüssler Gipfeltreffen durchgesetzt wurde. Über eine handfeste "Erpressung" der deutschen Kanzlerin seitens der Südeuropäer wird inzwischen nicht nur auf rechtslastigen Newssites geklagt.

Die Krise der Eurozone verschafft somit ungeschminktem Chauvinismus zu einer Renaissance. Wie konnte es dazu kommen, dass der europäische Einigungsprozess, der doch immer als eine Konsequenz aus den Massenmorden des Zweiten Weltkrieges galt, europaweit zum Auflodern des Nationalismus beitragen konnte? Die europäischen Auseinandersetzungen über die Krisenpolitik sind durch Kompromisslosigkeit und verhärtete Fronten geprägt; die zuvor übliche Kompromissfindung innerhalb der Europäischen Union funktioniert nicht mehr. Auch die Terminologie in der Öffentlichkeit hat sich entsprechend gewandelt, indem europaweit von gewonnenen "Schlachten" und andauernden "Kriegen" fabuliert wird.

Deutschland wurde zum Sieger im Standortwettbewerb

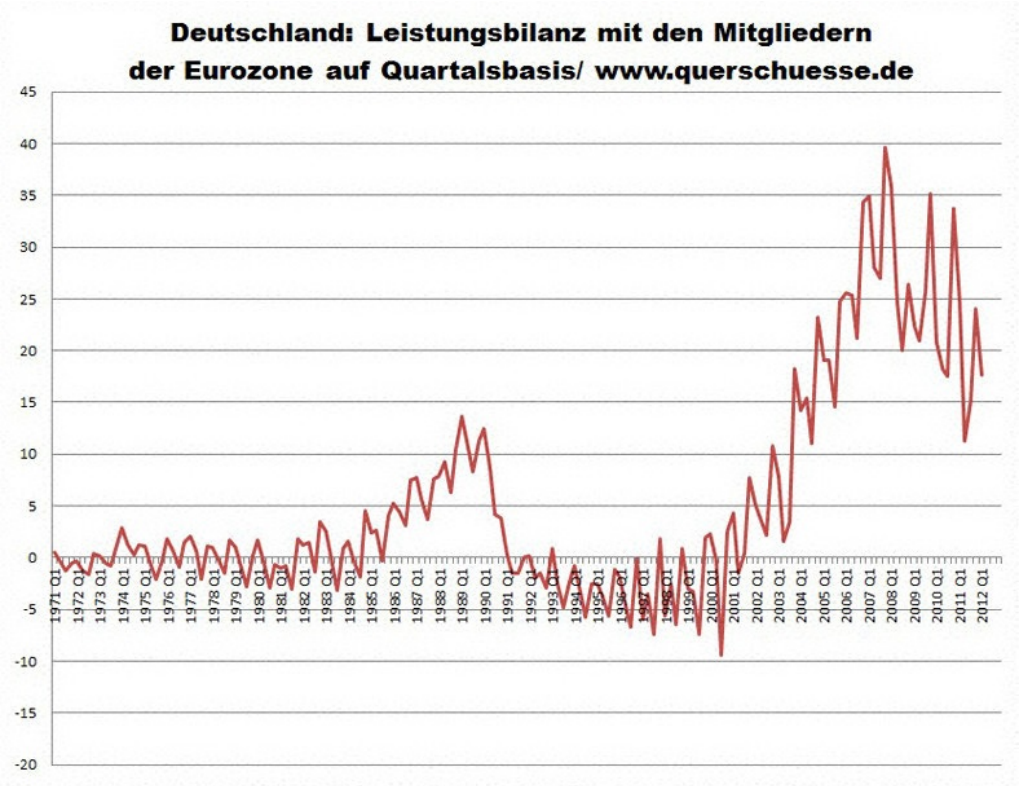
Die einstmalige "Harmonie" wie die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Eurozone haben ihre Ursachen in der spezifischen Struktur, die diesem Währungsraum verliehen wurde. Staaten mit einem unterschiedlichen Produktivitätsniveau fanden sich in einem gemeinsamen Währungsraum, der keinerlei

Strukturen oder Maßnahmen implementierte, um diese Unterschiede auszugleichen. Im Gegenteil: In übelster neoliberaler Tradition wurde der "Standortwettbewerb" um niedrigste Steuersätze und Lohnkosten zwischen den einzelnen Eurostaaten bewusst geschürt. Diesen Standortwettbewerb um die niedrigsten Löhne und Unternehmenssteuern gewann die Bundesrepublik. Während die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone zugespitzt wurden, fand zugleich eine Angleichung des Zinsniveaus im gesamten Währungsraum statt. Hiervon "profitierten" vor allem die südeuropäischen Euroländer, die vor der Euroeinführung eine viel größere Zinslast schultern mussten.

Im Endeffekt führte diese auf die reine Geldpolitik beschränkte europäische Währungsunion zur Ausbildung gigantischer Ungleichgewichte in der innereuropäischen Leistungsbilanz, als deren Hauptprofiteur eindeutig Deutschland benannt werden muss. Bei der Leistungsbilanz handelt es sich um eine breit gefasste Handelsbilanz, die zusätzlich zu den Handelsströmen auch die Dienstleistungs- und Finanzströme erfasst.

Die deutsche Exportindustrie konnte immer größere Handelsüberschüsse gegenüber der Eurozone erwirtschaften, weil die übrigen, ökonomisch unterlegenen Euroländer nicht mehr mit Währungsabwertungen auf die Exportoffensiven der Deutschen Industrie reagieren konnten. Zudem erleichterte das gesunkene

Zinsniveau in Südeuropa die Schuldenaufnahme. Alle schienen von der Währungsunion zu profitieren, da Deutschland neue Absatzmärkte erschloss und die Länder Südeuropas aufgrund niedriger Zinsen eine Defizitkonjunktur erlebten - auch die zunehmende Verschuldung wirkte in Südeuropa konjunkturbelebend. Deutschland wurde aber eindeutig zum größten Profiteur der Eurozone, wie die folgende Grafik illustriert, die Deutschlands Leistungsbilanz mit den Ländern der Eurozone darstellt:



Es ist eindeutig erkennbar, wie der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber der Eurozone seit der Einführung des Euro regelrecht explodiert. Zudem visualisiert die Grafik sehr schön, wie die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands zu Beginn der 90er Jahre aufgrund der Wiedervereinigung und der Währungsabwertungen der europäischen Staaten rasch abschmolzen - diese Möglichkeiten der Währungsabwertung waren ab 2002 nicht mehr gegeben. Dabei verhalten sich die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands nahezu spiegelverkehrt zu den Defiziten in der Leistungsbilanz der europäischen Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien.

Eurozone ist eine "Transferunion" zugunsten der deutschen Exportwirtschaft

Die Überschüsse Deutschlands stellen logischerweise die Defizite der betroffenen Eurostaaten dar. Wenn die Bundesrepublik permanent hohe Handelsüberschüsse gegenüber der Eurozone erwirtschaftet, dann setzt in diesen Staaten der Eurozone selbstverständlich ein Verschuldungsprozess ein, um die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse vermittels Defizitbildung auszugleichen. Bei der Eurozone handelt es sich somit bereits um eine "Transferunion" zugunsten der deutschen Exportwirtschaft, die enorme Überschüsse erzielen konnte - auf Kosten der sich immer weiter verschuldenden Eurostaaten.

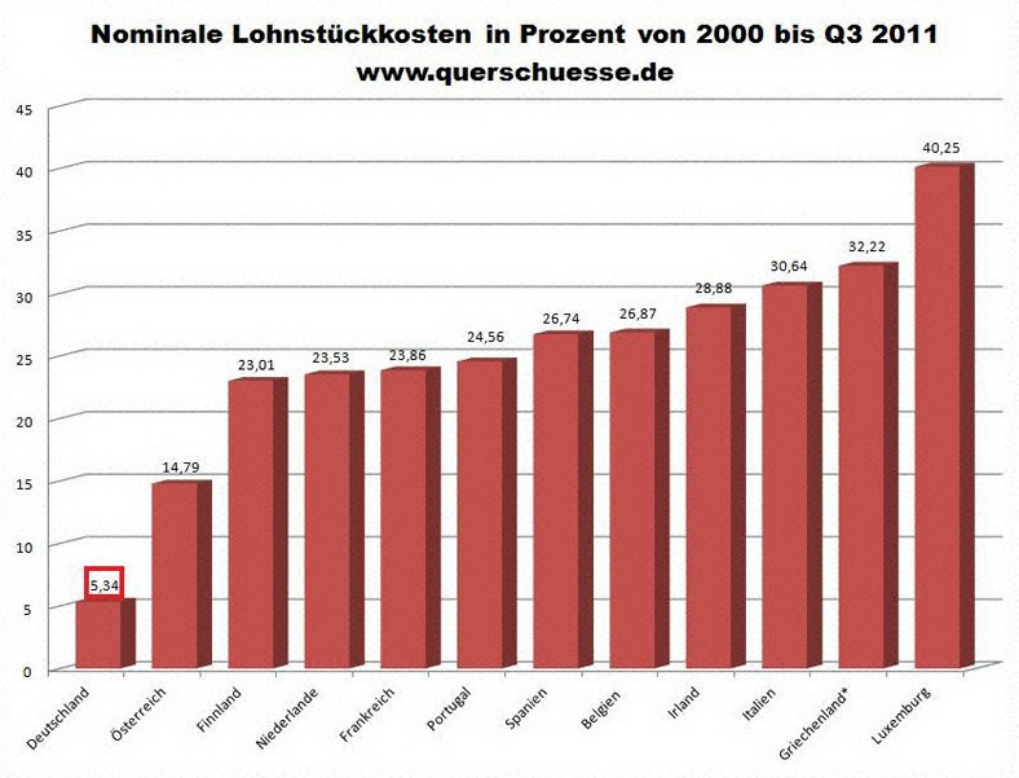
Die Summe, mit der Deutschlands aggressive Exportausrichtung zur europäischen Schuldenkrise beitragen hat, lässt sich exakt benennen. Der im ersten Quartal 2012 der seit Euroeinführung erzielte Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber der Eurozone belief sich auf 824,3 Milliarden Euro. Diese Summe wächst - wie am Chart ersichtlich - permanent an. Im vierten Quartal 2011 erzielte die Bundesrepublik einen Leistungsbilanzüberschuss von 24 Milliarden gegenüber der Eurozone, im ersten Trimester 2012 waren es 17 Milliarden (danke an Steffen Bogs und sein Blog Querschüsse für die Zahlen).

Die Eurozone stellt somit weiterhin eine "Transferunion" zugunsten der deutschen Exportwirtschaft dar - deren Überschüsse auch weiterhin zur Defizitbildung in diesen Ländern beitragen. Neben der zunehmenden Verschuldung der heutigen Krisenstaaten brachte diese deutsche Exportausrichtung auch eine sukzessive Deindustrialisierung Südeuropas mit sich, da die dortige Industrie nicht mehr Konkurrenzfähig war und "aus den Markt" gedrängt wurde, wie es das Internetportal Ökonomenstimme diskutierte.

Diese extreme Exportfixierung der deutschen Industrie wurde massiv und gezielt von der deutschen Politik gefördert. Zum einen führte die rot-grüne Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder kurz vor der Euroeinführung eine Steuerreform durch, die vor allem Unternehmen und Konzerne massiv steuerlich entlastete

und für die Bundesrepublik zeitweilig sogar mit einer negativen Körperschaftssteuer einherging: Der Staat zahlte im Jahr 2001 aufgrund exzessiv ausgeweiteter Abschreibungsmöglichkeiten Körperschaftssteuer in Milliardenhöhe an Konzerne, Versicherungen und Banken, die somit über eine prall gefüllte "Kriegskasse" am Vorabend der Währungsunion verfügten. Zum anderen führten die von Rot-Grün durchgesetzten Hartz-IV-Arbeitsgesetze zu einer massiven Prekarisierung des Arbeitslebens und zu einem Einbruch des Reallohnniveaus in Deutschland.

Die deutsche Industrie, die ohnehin einen Produktivitätsvorsprung gegenüber den südlichen Euroländern aufwies, konnte so weitere erheblich Konkurrenzvorteile verbuchen - auf dem Rücken der Lohnabhängigen in Deutschland, die für "Deutschlands" Exporterfolge beständig ihren Gürtel enger schnallen mussten. Diese Konkurrenzvorteile der deutschen Industrie, die aus der Verelendungsstrategie in Deutschland resultierten, spiegelten sich in einer sehr vorteilhaften Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten - also des Anteils der Löhne an den Kosten einer Ware:



Die Grafik stellt das enorme Auseinanderdriften der Lohnstückkosten in der Eurozone dar. Es ist somit absolut klar, dass die deutschen Exporterfolge mit der zunehmenden Prekarisierung, mit verstärktem Arbeitsdruck und einem sinkenden Lohnniveau in Deutschland erzielt wurden. Es gibt also tatsächlich einen Zusammenhang zwischen den "schmerzhaften Arbeitsmarktreformen" in Deutschland und der Schuldenkrise in Südeuropa - es ist ein kausaler Zusammenhang. Die Prekarisierungs- und Verelendungsstrategie in der Bundesrepublik

beförderte die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands gegenüber der Eurozone, die zur europäischen Schuldenkrise beitrugen. Anders ausgedrückt: Die Agenda 2010 mitsamt Hartz IV konnte nur deswegen erfolgreich sein, weil der Einbruch der Binnenkaufkraft in Deutschland durch die Exportüberschüsse (und folglich die Defizitbildung) in der Eurozone kompensiert wurde.

Es ist somit geradezu absurd, den "Südeuropäern" nun von deutscher Seite vorzuwerfen, sie hätten sich in eine Verschuldungsorgie gestürzt, anstatt ähnlich "schmerzhafte Arbeitsmarktreformen" durchzuführen wie Deutschland. Ohne Europas Schuldenmacherei wären die Hartz-IV-Arbeitsgesetze aufgrund der wegbrechenden Binnennachfrage kläglich in einer Rezession gescheitert. Und natürlich wenden sich nun dieselben neoliberalen Einpeitscher gegen Südeuropa - wie etwa Hans-Wener Sinn -, die zuvor als führende Apologeten der Agenda 2010 wirkten. Doch es ist nun wirklich nicht die Schuld der Südeuropäer, dass die Lohnabhängigen und Gewerkschaften in Deutschland sich nicht gegen Agenda 2010 und Hartz-IV wehrten, sondern sich in alle damit einhergehenden Zumutungen lammfromm fügten.

Wechselwirkung von Defizitbildung und Exportausrichtung auf globaler Ebene

Die Eurozone ist somit von riesigen Ungleichgewichten in der

Leistungsbilanz geprägt, die sich zwischen der exportfixierten Bundesrepublik und der restlichen Eurozone ausbildete. Deutschland profitierte von den Verschuldungsprozessen in Südeuropa, ohne dass hierzulande ähnlich dramatische Verschuldungsprozesse abliefen. Und genau diese Konstellation spiegelt nur die Gegebenheiten auf globaler Ebene wieder, wie sie das gesamte kapitalistische Weltsystem charakterisieren. Die gesamte Weltwirtschaft ist von solchen Ungleichgewichten geprägt, bei denen Defizitbildung und Exportausrichtung in Wechselwirkung treten.

Auf globaler Ebene waren es die USA, die ein gigantisches Handelsdefizit ausprägten und somit global die Handelsüberschüsse vieler Volkswirtschaften aufnahmen. Insbesondere die Handelsüberschüsse Chinas gegenüber den Vereinigten Staaten nehmen ähnlich exzessive Ausmaße an wie diejenigen Deutschlands gegenüber der Eurozone. Die Ursache hierfür ist die gleiche: Die chinesische Währung ist eng an den US-Dollar gekoppelt, was Währungsabwertungen unmöglich macht.

Diese globalen wie europäischen Ungleichgewichte sind, wie die ihnen zugrunde liegende Verschuldungsdynamik, nur Ausdruck einer Systemkrise der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die aus den Widersprüchen der kapitalistischen Warenproduktion resultiert. Eine immer weiter gesteigerte Produktivität der Industrie führt

gerade dazu, dass der Kapitalismus ohne permanente Schuldenbildung - die zusätzliche Nachfrage generiert - kollabieren würde (siehe dazu auch: Die Krise kurz erklärt, sowie die ersten beiden Teile der Artikelserie). Ohne die zusätzliche schuldengenerierte Nachfrage würde das System in einer gigantischen Überproduktionskrise ersticken, die sich in einer enormen Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Überflutung der Märkte mit "unverkäuflichen" Waren äußern würde. Nicht nur die Europäische Union, das gesamte kapitalistische Weltsystem führt somit eine Art Zombieleben, das nur durch permanente Defizitbildung aufrechterhalten werden kann.

Gerade aus diesem Zwang zur Schuldenaufnahme resultieren die besagten Ungleichgewichte: Die kapitalistischen Volkswirtschaften entwickelten sich in zwei verschiedene Richtungen, um dieser systemischen Überproduktionskrise zu begegnen: Sie verschuldeten sich, um die besagte Defizitkonjunktur auszubilden, wie Griechenland, Spanien, Irland oder die USA. Oder sie versuchen, die Widersprüche der spätkapitalistischen Produktionsweise zu "exportieren", wie es Deutschland, China (gegenüber den USA), Südkorea oder Japan machen. Diese Leistungsbilanzüberschüsse erhielten überall dort eine exzessive Ausprägung, wo keine Währungsabwertungen zwischen den Exportwirtschaften und den Defizitländern möglich waren - also bei

den gigantischen Überschüssen Chinas gegenüber den USA und Deutschlands gegenüber der Eurozone. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass etwa China und die Bundesrepublik von diesen Verschuldungsprozessen existenziell abhängig sind.

Deutschland ist somit genauso wenig schuld an der Krise wie die Südeuropäer, da beide Seiten nur unterschiedliche Wege einschlugen, um auf den kriegsbedingt zunehmenden Verdrängungswettbewerb in der Eurozone und auf den Weltmärkten zu reagieren. Die zunehmende Verschuldungsdynamik in der südlichen Peripherie der Eurozone kaschierte über etliche Jahre die Folgen der schleichenden Deindustrialisierung, die aufgrund der Erfolge der deutschen Exportindustrie in Südeuropa einsetzte. Die Krise der Arbeitsgesellschaft in Südeuropa wird erst jetzt voll ersichtlich, nachdem die dortigen Spekulationsblasen geplatzt sind und die Arbeitslosigkeit in schwindelerregende Höhen klettert. Dabei war es gerade diese Absenkung des Zinsniveaus in Südeuropa, die angesichts des Verschuldungszwangs des kapitalistischen Systems so attraktiv war, da hierdurch de facto über Jahre schon "Eurobonds" für Südeuropa gegeben waren. Die Zinsunterschiede zwischen südeuropäischen Staaten und der Bundesrepublik waren bis Krisenausbruch marginal, wodurch die Schuldenaufnahme schlagartig in einer großen Region befördert wurde.

Hartz IV für alle!

Nach dem Platzen der amerikanischen und der europäischen Schuldenblasen hat sich folglich auch die Illusion zerstoben, die europäische Einigung sei ein allgemein vorteilhafter Prozess, der allen beteiligten Ländern nur Vorteile brächte. Es ist nun offenbar geworden, dass das "europäische Haus" spätestens seit der Einführung des Euro auf einen beständig wachsenden Schuldenberg errichtet wurde, der nun einzustürzen droht. Der europäischen Harmonie folgen nun die Überlebenskämpfe. Die Realität sieht für die meisten Menschen in der Eurozone folglich bitter aus: Das von seiner dominanten Exportwirtschaft geprägte Deutschland erscheint als Krisengewinner, die Mehrheit der Eurozone bildet die Krisenverlierer.

Und Berlin nutzte diese Dominanz aus. Gestützt auf die permanent anwachsende ökonomische Überlegenheit ging die Bundesregierung seit Krisenausbruch dazu über, die Eurozone nach eigenen Vorstellungen umzuformen und die Leitlinien der bisherigen Krisenpolitik vorzugeben. Die wirtschaftliche Dominanz der Bundesrepublik sollte so in einen politischen Führungsanspruch in Europa umgewandelt werden. Somit wurde die Krisenpolitik in der Eurozone immer stärker durch die Machtpolitik der einzelnen Eurostaaten - und hier vor allem Deutschlands - bestimmt.

Während CDU-Politiker mit stolzgeschwellter Brust verkündeten, dass in Europa nun "deutsch gesprochen" werde, kokettierte die deutsche Öffentlichkeit bereits offen mit einer europäischen Hegemonie der Bundesrepublik, die sich zu den USA Europas aufschwingen würde. Dementsprechend sah auch die deutsche Krisenpolitik aus, die darauf abzielte, den Rest der Eurozone nach dem Ebenbild der Bundesrepublik umzuformen.

Im Endeffekt hier lässt sich diese der Eurozone verabreichte Rosskur auf einen Nenner bringen: Hartz IV für alle! Den südeuropäischen Krisenländern wurden drakonische Sparpakete und Austeritätsmaßnahmen verpasst, während der maßgeblich von Berlin geformte "Fiskalpakt" das deutsche Spardiktat auf der europäischen Ebene institutionalisieren soll. Zugleich blockierte Berlin jegliche Initiativen, die zur Absenkung des Zinsniveaus der Krisenländer beigetragen hätten. Für Deutschland brachte dieser Kurs bislang handfeste Vorteile. Es gilt auf den Weltfinanzmärkten als "sicherer Hafen" und kann zu niedrigsten Zinssätzen Anleihen begeben. Zudem ließ die Krise den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen abstürzen, was der Exportwirtschaft zusätzliche Vorteile verschaffte - und die Abhängigkeit von den Märkten in der Euro-Zone etwas verringerte. Deswegen wächst die ökonomische Dominanz der Bundesrepublik gegenüber dem Rest des Währungsraumes immer noch weiter an.

Zugleich nutzte Berlin die eskalierende Krise, um die Krisenstaaten zur Aufgabe ihrer Souveränität zu nötigen, indem jedwede substanzielle Hilfe, wie etwa Eurobonds, nur bei Aufgabe des Kernbereichs der staatlichen Souveränität - der Haushaltsplanung - eingeleitet werden sollte. Merkel brachte das auf die Formel: "Haftung und Kontrolle in einer Hand." Die Fronten in dem europäischen Machtkampf verliefen bis zum letzten Krisengipfel entlang folgender Schlüsselfrage: Deutschland wollte erst die Kontrolle über die Haushaltspolitik der Kriselnden vermittels europäischer Institutionen erlangen, bevor über Eurobonds oder ähnlich Modelle gemeinsamer europäischer Schuldenhaftung gesprochen würde. Die Südeuropäer und Frankreich forderten hingegen sofortige Hilfen und wollten die Einschränkungen ihrer Souveränität möglichst gering halten.

Deutschland trat somit in den europäischen Machtkampf für Sparen und Kontrolle ein, Südeuropa und Frankreich kämpften hingegen für eine Weiterführung und Erleichterung der Verschuldungsdynamik. Und deswegen konnte sich die südeuropäisch-französiche Achse auch beim vergangenen Krisengipfel tatsächlich durchsetzten. Die deutsche Sparpolitik ist in Europa aufgrund des besagten systemischen Verschuldungszwangs spektakulär gescheitert, alle zu Austeritätsmaßanhmen genötigten Länder befinden sich in Rezession oder - wie im Fall Griechenlands -

in Depression, während deren Staatsverschuldung trotz der Sparmaßnahmen immer weiter ansteigt, da die schrumpfende Wirtschaft mit niedrigeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben einhergeht.

Die Krise des Kapitals ist auch die Krise des Nationalstaates

Es ist schlicht irrsinnig, der Eurozone eine Rosskur nach deutschem Vorbild zu verpassen und zugleich die weitere Verschuldungsdynamik zu kappen, ohne die Deutschlands Agenda 2010 nicht erfolgreich gewesen wäre. Südeuropa steht somit wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand - und Spanien und Italien blieb schlicht nichts anderes übrig, als mit einer totalen Blockadehaltung die Erleichterungen bei der Rekapitalisierung der Banken und Anleiheaufkäufen zu "erpressen". Die Alternative wäre der ökonomische Zusammenbruch der Eurozone gewesen, der auch für die Bundesrepublik katastrophale Konsequenzen gehabt hätte. Montis "Horrorshow" auf dem EU-Gipfel Ende Juni hatte eine reale Grundlage in der sich zuspitzenden Krise. Deswegen war Berlin so isoliert auf dem Treffen und hat Merkel mit ihrem Einknicken tatsächlich den ersten Schritt in die Schuldenunion getan - sie hat in den Abgrund einer chaotischen Desintegration des europäischen Währungsraumes geblickt.

Letztendlich kann nur noch die Bonität Deutschlands die

europäische Schuldenunion eine Zeit lang zusammenhalten, wobei dieser fortgesetzte gesamteuropäische Schuldenturmbau einen wirtschaftlichen Kollaps zumindest hinauszögern würde. Die Eurozone bot den beteiligten Ländern durch niedrige Zinsen und attraktive Absatzmärkte für einige Jahre einen scheinbaren Ausweg aus der Krise des Kapitalismus, doch nach dem Zusammenbruch der Schuldenblasen kehren die krisenbedingten Verwerfungen potenziert zurück und tangieren alle Mitgliedsländer, die längst aneinander gekettet sind. Die einzelnen Staaten sind in der Eurozone somit "gefangen", da ein Austritt mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen einherginge. Dies gilt insbesondere für die exportabhängige Bundesrepublik.

Die Krise des Kapitals ist auch die Krise des Nationalstaates, der seiner ökonomischen Fundamente verlustig geht. Die nationale Politik in Deutschland steht vor der Alternative eines fortgesetzten Marsches in die Schuldenunion - oder eines katastrophalen Bruchs mit der Eurozone. Diese systemimmanente Ausweglosigkeit äußert sich in dem entsprechenden wirren öffentlichen Krisendiskurs in Deutschland, in dem sich Wutausbrüche gegen die Schuldenländer mit Ohnmachtsgefühlen, der Angst um die deutschen Absatzmärkte und den Wunsch nach einem Ausscheiden aus der Eurozone mischen. Die veröffentliche Meinung in Deutschland ist hin und hergerissen zwischen dem Beharren auf der Fortsetzung

der europäischen Integration und dem aufkommenden Wunsch, einen nationalen Alleingang zu wagen.

Ein öffentlicher Diskurs, der tatsächlich einen Ausweg aus dieser Sackgasse weisen könnte, dürfte aber nicht blind zwischen den Scheinoptionen des Nationalstaates und der Europäischen Union rotieren - er müsste nach gesellschaftlichen Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise suchen, die derzeit die Eurozone mitsamt den europäischen Nationalstaaten zerschreddert.

Demokratie in der Krise

Die derzeitige Krisis enthüllt den ambivalenten Charakter bürgerlicher Demokratie

»Wohin treiben wir? Wir lenken schon lange nicht mehr, führen nicht, bestimmen nicht. Ein Lügner, wer's glaubt. Schemen und Gespenster wanken um uns herum - taste sie nicht an: sie geben nach, zerfallen, sinken um. Es dämmert, und wir wissen nicht, was das ist: eine Abenddämmerung oder eine Morgendämmerung.
Kurt Tucholsky

Ist das Grundgesetz krisenkompatibel? Deutschlands Verfassungshüter sahen sich einem enormen politischen Druck ausgesetzt, diese Frage zu bejahen, nachdem das Bundesverfassungsgericht über etliche Eilanträge gegen den Euro "Rettungsschirm" und den Fiskalpakt verhandelte. Die Mahnungen seitens der Politik an Karlsruhe brachte Bundesfinanzminister Schäuble auf den Punkt, als er vor "erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen mit nicht absehbaren Folgen" warnte, sollte das Verfassungsgericht den Rettungsschirm ESM stoppen:

»Zweifel an der verfassungsrechtlichen Möglichkeit oder der Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, Gefahren für die Stabilität der Eurozone abzuwenden, könnten dazu führen, dass die

derzeitigen Krisensymptome deutlich verstärkt würden.«

Die Eilanträge gegen die vom Bundestag beschlossenen Krisenmaßnahmen, die von politisch so unterschiedlichen Kräften wie der Fraktion der LINKEN, dem CSU-Populisten Gauweiler und der ehemaligen SPD-Justizministerin Däubler-Gmelin eingereicht wurden, artikulieren ein verbreitetes und diffuses Unbehagen in der Bevölkerung, das sich in der Angst vor einer Aushöhlung der Demokratie, in Ohnmachtsgefühlen oder Ressentiments manifestiert. Die Ahnung greift immer stärker um sich, dass die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf den Krisenprozess schwinden, dass eine schleichende Entmachtung der demokratisch legitimierten Institutionen einsetzt, bei der nationalstaatliche Kompetenzen und Machtmittel in eine undurchschaubare, europäische und postnationale Bürokratie verlagert werden.

Diese Gefühle der Ohnmacht und Ausweglosigkeit, die sich oftmals mit Aggressionen gegen Sündenböcke unterschiedlichster Couleur anreichern, haben einen sehr realen Kern. Denn Schäuble hat Recht. Wir haben - nicht nur im Fall des ESM - keine Wahl. Ein höchstrichterlicher Stopp des ESM wird selbstverständlich die ohnehin zerrüttete Eurozone in weitere Turbulenzen stürzen. Ohne diesen "Schutzschirm" würde die Zinsbelastung in Südeuropa rasch auf ein unerträgliches Niveau ansteigen, würde die Eurozone sich erneut am Abgrund wiederfinden.

Der von einer Systemkrise erfasste Spätkapitalismus kann nur noch als ein autoritäres, hyperbürokratisches Gebilde aufrecht erhalten werden, dass offen die elementaren Bedürfnisse der überwiegenden Anzahl der Menschen in Europa negiert. Damit ähnelt er wieder den absolutistischen Militärdiktaturen, die im 17. Und 18. Jahrhundert als Geburtshelfer dieser brutalen Gesellschaftsformation dienten.

Die Reproduktion der gesamten Gesellschaft hängt am Tropf der Kapitalreproduktion

In gewisser Weise macht die Bevölkerung in Deutschland gerade dieselbe Erfahrung durch, die den Menschen in Südeuropa bereits hinlänglich bekannt ist: Dass es da eine mächtige Krisendynamik gibt, die stärker ist als der Wille des Souveräns und seiner demokratischen Institutionen. Die systemimmanente Ausweglosigkeit der Krisenpolitik ist etwa den Griechen bereits mehrmals vor Augen geführt worden; zuletzt bei den Drohungen vor der Parlamentswahl, als auch deutsche Politiker massiv Druck ausübten, um die Wählerschaft in Hellas zur "richtigen" Wahl zu animieren. Die Richtlinien der Politik werden in dem in Schuldknechtschaft gehaltenen Land längst von der "Troika" aus EU-Kommission, EZB und IWF bestimmt.

Auch Spaniens rechte Regierung um Premier Rajoy kämpfte

wochenlang gegen eine immer noch als "Hilfe" bezeichnete Intervention der EU im Bankensektor, bis sie aufgrund der steigenden Zinslast auf den "Märkten" kapitulieren musste. Italiens Ministerpräsident Monti ist selber ein "Produkt" der Krise, da sein Vorgänger Berlusconi erst nach einer Eskalation der italienischen Schuldenkrise und massiven politischen Druck sein Amt räumte.

Die Illusion von Demokratie und Selbstbestimmung im Kapitalismus geht nun deswegen verloren, weil das Produktionsverhältnis in eine fundamentale Krise geraten ist, das diese Gesellschaftsformation konstituiert. Aufgrund der Krise des Kapitalverhältnisses, das immer neue Produktivitäts- und Rationalisierungsschübe hervorbringt, werden immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit> und Elend gestoßen - während in Deutschland der Widerstand gegen immer neue "Rettungspakete" für diese südliche Peripherie wächst.

Dieser marktvermittelte Vorgang nimmt den Charakter eines "Sachzwanges" an, der alternativlos ist, da bei dessen Nichtbefolgung zusammenbruchsartige Verwerfungen drohen. Die Griechen und Spanier müssen immer neue Sparpakete auflegen, Deutschland wird weiter für die Eurozone haften, da ansonsten der Zusammenbruch der Eurozone droht. Die Krise lässt nun für Alle sichtbar werden, dass wir eigentlich keine Wahl haben, da die Reproduktion der gesamten Gesellschaft am Tropf der

Kapitalreproduktion hängt. Gerät das Kapitalverhältnis in die Krise, so steht alles zur Disposition: Das Grundgesetz, die Demokratie, elementare Menschenrechte und auch Menschenleben.

Alternativen stehen nicht zur Debatte

Die "Technokratenregierungen" in Südeuropa sind nur der offenkundige Ausdruck dessen, dass die gesamte Gesellschaft den Vorgaben der kriselnden Kapitalakkumulation ausgeliefert ist. Die eskalierende Diktatur des kapitalistischen "Sachzwanges" ist eine objektive Begleiterscheinung der Krise des Kapitalismus. Diese subjektlose Herrschaft des Kapitalverhältnisses bildet im Endeffekt die totale Negation der Demokratie, wenn hierunter Emanzipation, Selbstbestimmung und tatsächliche Wahlmöglichkeiten bezüglich der eigenen Lebensumstände zu verstehen sind. Die bürgerliche Demokratie hingegen ist eine Konkurrenzveranstaltung - sowohl zwischen den Parteien wie auch innerhalb der Parteien -, bei der letztendlich um die Optimierung des bestehenden Systems gestritten wird und die nur ein Echo des allumfassenden Konkurrenzkampfes in der Wirtschaftssphäre bildet. Die Wahlmöglichkeiten beschränken sich auf die Optimierung des bestehenden Systems, Alternativen stehen überhaupt nicht zur Debatte. Die bürgerliche Demokratie erschöpft sich im Endeffekt in der Wahl zwischen Pepsi und Coke.

Wir hatten also noch nie eine richtige Wahl, aber diese Eindimensionalität bürgerlicher Demokratie kommt erst in der Krise zum vollen Vorschein, sodass diese Einsicht nun massenhaft um sich greift. Die Ahnung, dass wir unser Leben unter dem Kapitalverhältnis gerade nicht selbstbestimmt gestalten können, bildete ja auch einen wichtigen Impuls bei der Gründung der Piraten und ähnlicher radikaldemokratischer Bewegungen in Osteuropa, die mit neuen Demokratieformen wie dem "Liquid-Konzept" experimentieren oder eine Rückbesinnung auf ursprüngliche, angeblich "reine" Formen der Demokratie anstreben. Generell findet eine "Rückbesinnung" auf die Ursprünge und Gründungsmythen der krisengeschüttelten Gesellschaften statt, bei der die irrsinnige Jagd nach den zerfallenden "Schemen und Gespenstern" der Vergangenheit einen Weg in die Zukunft weisen soll.

Diese Krisenideologie, die die Zukunft in der Vergangenheit verortet, hat System. Da die bürgerliche Demokratie wie der korrespondierende öffentliche Diskurs nur auf die Optimierung des bestehenden Systems geeicht sind, können sie bei der gegenwärtigen Systemkrise keine Lösungswege offenlegen. Stattdessen drehen sich die Protagonisten des demokratischen Diskurses immer schneller im Kreise, die eigenen Argumente wiederholend und den Forderungen der Gegenseite

nachschnappend.

Die Diskursbewegung einzelner Akteure erinnert an Hunde, die ihrem eigenen Schwanz nachjagen. Seit dem Krisenausbruch tobt in der Öffentlichkeit die öde Auseinandersetzung um die Fragestellung, ob denn nun weitere Konjunkturpakete oder Sparmaßnahmen den Weg aus der Krise weisen - ohne dass die Beteiligten wahrnehmen wollen, dass beide Konzepte im Rahmen der bisherigen Krisenpolitik erprobt wurden und spektakulär gescheitert sind. Die Konsequenz daraus zu ziehen und die Systemkrise überhaupt erst mal wahrzunehmen, ist innerhalb der "veröffentlichten" Meinung kaum möglich.

Und genau diese ideologische Eindimensionalität, dieses blinde Verharren in den Kategorien des kriselnden Kapitalismus, macht die kapitalistische Demokratie in Krisenzeiten so brandgefährlich. Wenn die systemimmanenten Rezepte - wie Konjunkturprogramme und Sparmaßnahmen - in der üblichen Intensität bei der Überwindung der Schuldenkrise nicht helfen, dann gewinnt die Tendenz an Intensität, das bestehende System ins Extrem zu treiben. Das Bestreben, mit einer Rückkehr zu den "reinen" und unverfälschten Ursprüngen und Gründungsmythen die Systemkrise zu überwinden, führt in der Praxis zu einer strukturellen Verhärtung, zu einer Steigerung des Drucks im System.

Wirtschaftlicher Druck schafft einen Extremismus der Mitte

Der Druck wird auf alle erhöht, die als Kostenfaktoren gelten: etwa auf Arbeitslose oder auf Südeuropäer. Die betriebswirtschaftliche Logik wird längst der gesamten Gesellschaft übergestülpt, die schon Sprichwörtlich als die "Deutschland AG" bezeichnet wird. In seiner finalen Krise ist das Kapitalverhältnis in einer letzten brutalen Expansionsbewegung bestrebt, das gesamte menschliche Gemeinwesen dem im Scheitern begriffenen Ökonomismus unterzuordnen: Alle müssen beständig unter Beweis stellen, dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zur Last zu fallen. Jeder, der aus der Arbeitsgesellschaft herausfällt, gilt bereits jetzt in der Öffentlichkeit wie in den staatlichen Behörden als Freiwild.

Und selbstverständlich ist diese Haltung mehrheitsfähig. Härtere Strafen gegen Arbeitslose und eine Verweigerung jeglicher Hilfen an Südeuropa könnten in Deutschland vermittels Liquid Feedback jederzeit durchgesetzt werden. Die breite Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland erfährt die Krise als eine beständige Zunahme von Druck am Arbeitsplatz - und dieser angestaute Druck verlangt nach Triebabfuhr, der wechselnde Sündenböcke dienen. Ein Extremismus der Mitte wird derzeit mehrheitsfähig, bei dem die betriebswirtschaftliche Logik auf die gesamte Gesellschaft projiziert wird und alle aus der Deutschland AG herausgefallenen Menschen als deren Feinde betrachtet werden. Demokratie verkommt so zu

bloßem Terror der Mehrheit gegen die marginalisierte Minderheit.

Unfähig, die Strukturen und Kategorien des kollabierenden Kapitalismus in Frage zu stellen, tendiert der bürgerliche öffentliche Diskurs zum Extremismus - und letztendlich zur Barbarei. Diese krisenbedingte "extremistische" Eigenbewegung der veröffentlichten Meinung erklärt auch den Erfolg populistischer Akteure wie Hans-Werner Sinn und Thilo Sarrazin. Sie treiben den Extremismus der Mitte voran, indem sie all die Ressentiments in die Öffentlichkeit hineintragen, die bereits an den Stammtischen gepflegt werden. Insbesondere Sarrazins erfolgreiches Geschäftsmodell besteht aus einem permanenten Zivilisationsbruch, bei dem die letzten Reste von Anstand und Rücksichtnahme öffentlich geschleift werden.

Der eindimensionale - in den zerfallenden kapitalistischen Kategorien verfangene - öffentliche demokratische Diskurs bildet somit in Krisenzeiten die größte Gefahr für die Demokratie, indem er dem Terror der Ökonomie eine demokratische Legitimation verschafft. Doch zugleich bildet Demokratie die conditio sine qua non jeglicher transformatorischer Überwindung der Krise. Jede Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise kann nur in der Form eines breiten, öffentlichen Diskurses ablaufen, bei dem die Beteiligten sich in Ansätzen über Wege und Ziele einer postkapitalistischen Gesellschaft verständigen. Ein solcher

demokratischer Diskurs würde sich nicht in dem irren und zusehends barbarische Zügen annehmenden Bestreben zur Aufrechterhaltung eines zerfallenden Gesellschaftssystems erschöpfen, sondern sich auf die Suche nach dem Neuen begeben - und einen gesellschaftlichen Aufbruch initiieren. Die Occupy-Bewegung und die spanischen "Indignados" bilden Beispiele für Bestrebungen, die mittels neuer basisdemokratischer Organisationsformen einen solchen Aufbruch zu initiieren.

Kampf um die Begriffe

Der Kampf um die Zukunft unserer krisengeschüttelten Gesellschaft ist somit auch ein Kampf um Begriffe. Was verstehen wir unter Demokratie? Werden die Kategorien des Kapitalismus weiterhin die stumme Voraussetzung eines massenmedial gesteuerten öffentlichen Diskurses und der korrespondierenden Entscheidungsfindung bilden, oder kann ein egalitärer, auf die Transformation der bestehenden Gesellschaftsunordnung abzielender Diskurs eingeleitet werden?

Neben dem Kampf um Begriffe tobt somit bereits ein Kampf um die Struktur des öffentlichen Diskurses: Trotz aller positiven Wandlungen durch das Internet ist der Krisendiskurs in Deutschland immer noch hierarchisch strukturiert, sodass wenige Medienkonzerne mit ihren Produkten und Webpräsenzen den

Diskussionsverlauf maßgeblich prägen konnten. Voraussetzung eines demokratischen Aufbruchs aus der kapitalistischen Dauerkrise sind aber freie Kommunikationsmöglichkeiten und eine egalitäre Diskursstruktur, die eine Monopolisierung des Diskurses verhindert.

Letztendlich ist es entscheidend, wie innerhalb des öffentlichen Diskurses auf das eingangs dargelegte Gefühl der "Ohnmacht" reagiert wird, das durch die eskalierenden Krisendynamik gespeist wird: In Deutschland dominiert eine gesteigerte Unterwerfung unter den Terror der Ökonomie. In Ländern wie Spanien oder Griechenland konnten sich hingegen Bewegungen etablieren, die mit Auflehnung reagieren und neue Formen von Demokratie und Entscheidungsfindung erprobten.

Demokratie bildet somit die größte Gefahr für unsere Zukunft - und sie ist zugleich unsere größte Hoffnung. Es hängt letztendlich von uns ab, ob wir uns in einer Abend- oder einer Morgendämmerung befinden.

Die extremistische Gesellschaft

In der gegenwärtigen Systemkrise gelangt der barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung zur vollen Entfaltung

»Ich habe keine Angst vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.«
Theodor W. Adorno

Angesichts seiner unablässigen Pöbeleien und Beleidigungen gegenüber allen möglichen Minderheiten, hätte kaum jemand ahnen können, dass Thilo Sarrazin ein höchst sensibles Seelenleben aufweist. Die mimosenhaften Charakterzüge des erfolgreichsten deutschen Stammtischverstehers kommen aber wiederum nur in repressiver Form zur Geltung - in einem drohenden Rechtsstreit mit der Berliner Tageszeitung, die Sarrazin auf ihrer Satireseite als eine Art Medienhure bezeichnete.

Der Mann, der Muslimen eine genetisch bedingte Minderwertigkeit andichtet und der "die Südländer" abgewertet sehen will, forderte durch seinen Anwalt eine Unterlassungserklärung, da die Taz-Satire "die Grenze der sogenannten Schmähkritik" überschreite und "mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun" habe. Da die Tageszeitung eine solche Unterlassungserklärung nicht

abgeben will, droht nun ein Gerichtsgang, für den Sarrazin aufgrund seiner überaus erfolgreichen massenmedialen Werbetätigkeit inzwischen als mehrfacher Millionär finanziell weitaus besser gerüstet ist als die Taz.

Diese Posse wirf ein bezeichnendes Licht auf die enge Wechselwirkung zwischen den Multiplikatoren der veröffentlichten Meinung und populistisch-neurechten Meinungsmachern wie Thilo Sarrazin. Selbstverständlich benutzen die Medien den ehemaligen Bundesbanker genauso, wie er diese benutzt. Die wechselseitige Instrumentalisierung zwischen Massenmedien und den Medienphänomen Sarrazin hat nicht nur Letzteren zum Multimillionär gemacht, sie verschafft Ersteren auch steigende Auflagen, Zuschauerzahlen und Umsätze. Sarrazin ist für die Medienkonzerne ein Bombengeschäft. Dieser Verkaufserfolg der Markte Sarrazin resultiert daraus, dass dieser einen bestimmten Nerv insbesondere innerhalb der Mittelschicht der Bundesrepublik trifft. Hierbei wird eine Nachfrage in der immer noch relativ zahlungskräftigen "Mitte" der Gesellschaft bedient, die krisenbedingt zunimmt.

Der ehemalige Bundesbanker hat den "Tabubruch", die öffentliche Artikulierung der an deutschen Stammtischen gepflegten Ressentiments, zu seiner Geschäftsgrundlage gemacht. Sarrazin sagt in aller Öffentlichkeit das, was insgeheim "alle denken". Eine

ähnliche Funktion im öffentlichen Diskurs nehmen noch weitere Figuren aus der Funktionselite der Bundesrepublik ein, wie etwa der Ökonomieprofessor Hans Werner Sinn und der ehemalige BDI-Präsident Hans Olaf Henkel. Zumeist wendet sich dieses in der Mitte der Gesellschaft ausgebrütete und kommerziell äußerst erfolgreiche "Denken" gegen Minderheiten und Menschengruppen, die insbesondere in Krisenzeiten als Belastungen und unnütze Kostenfaktoren für den "Wirtschaftsstandort Deutschland" stigmatisiert werden - seien es nun Türken, Arbeitslose oder Südeuropäer.

Der extremistische Ökonomismus

Der Tabubruch gleicht einem Zivilisationsbruch, bei dem erneut eine Ungleichwertigkeit von Menschen öffentlich propagiert wird. Diese postulierte Minderwertigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen wird aber mit explizit ökonomischen Argumentationsmustern legitimiert. Die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Menschen bestimmt in dieser Ideologie dessen Wert. Sobald Menschen aus der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft herausfallen, wird ihnen die Anerkennung verweigert, wie es ja Sarrazin in 2010 explizit formulierte:

»Ich muß niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und

ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.«

Spätestens seit dieser berüchtigten Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 konnte sich ein entsprechender öffentlicher Diskurs durchsetzen, der von einem totalitären Ökonomismus geprägt ist. Hierbei werden alle Gesellschaftsbereiche und Bevölkerungsschichten auf ihre ökonomische Verwertbarkeit überprüft. Dieses Amok laufende Rentabilitätsdenken greift erst dann auf Rassismus oder Sozialdarwinismus zurück, wenn es Erklärungen für Krisenphänomene liefern soll - etwa für das Aufkommen einer Unterschicht in der BRD oder für die Schuldenkrise in Südeuropa. Die Nation wird zusehends als eine "Leistungsgemeinschaft" wahrgenommen, die gegen "unproduktive" Elemente und "Kostenfaktoren" vorgehen müsse: von den renitenten Griechen über faule Arbeitslose bis zu den arabischen Migranten.

Der Rechtsextremismus erfuhr somit im Verlauf der Sarrazin-Debatte einen gewissen "Rationalisierungsprozess" im Sinne des kapitalistischen Rentabilitätsdenkens. Gerade deswegen konnte er sich in dieser ökonomisch grundierten Spielart im öffentlichen Diskurs etablieren, da er an den Neoliberalismus andockte. Im Endeffekt schwingen sich Vertreter dieses extremistischen Ökonomismus in die Rolle des ideellen Gesamtvorsitzenden des Personalrats der Deutschland-AG auf. Wobei Figuren wie Sarrazin

oder der berüchtigte Professor Hans Werner Sinn bestimmten Bevölkerungsgruppen aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse das Bleiberecht - und implizit auch das Existenzrecht - absprechen. Der Mensch, die gesamte Gesellschaft - ja das Dasein als solches - verkümmern in dieser Ideologie zu bloßen Voraussetzungen der kapitalistischen Verwertungslogik. Alles und Alle müssen unter Beweis stellen, dass sie "nützlich" sind. Ein Leben jenseits des Götzendienstes an der kriselnden Kapitalakkumulation scheint so nicht mehr denkbar - es wird als widernatürlich und parasitär verteufelt. Es findet eine kalte Abwägung statt, welche gesellschaftlichen Gruppen noch einen ökonomischen Nutzen aufweisen und welche als bloßer Kostenfaktor fungieren. Diese Elemente - die auch im klassischen Nationalsozialismus vorhanden waren - dominieren bei diesem Extremismus der Mitte, während faschistische Ästhetik oder explizit nationalsozialistisches Vokabular kaum zu finden ist.

Die Propagandisten des totalitären Ökonomismus kommen tatsächlich in der Maske des Demokraten daher, die sich besorgt über politisch korrekte "Denkverbote" geben und "unbequeme Wahrheiten" auszusprechen vorgeben, die unter Bezugnahme auf Halbwahrheiten und einseitig ausgewertetem statistischen Material auch noch mit wissenschaftlichem Anspruch "bewiesen" werden sollen. Die postulierte ökonomische Minderwertigkeit von

Arbeitslosen, Südeuropäern oder Türken soll so - etwa vermittels des Sarrazinischen "Nebelfaktors" - zu einer Art Naturgesetz ideologisiert werden.

Das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsdenken wird von der "Mitte" der gesamte Gesellschaft übergestülpt

Inzwischen ist dieses Denken im öffentlichen Diskurs längst hegemonial geworden. Wenn ein Markus Söder fordert, an Griechenland "ein Exempel" zu statuieren, dann kann er die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands auf seiner Seite wissen. Ähnlich argumentierte auch FDP-Chef Rösler, der den Ausschluss Griechenlands aus der EU herbeireden will. Ein ganzes Land wird hier von der deutschen Politkaste "abgeschrieben", zur Desintegration freigegeben, die den sozioökonomischen Zusammenbruch Griechenlands vollenden wird, der durch den von Berlin und Brüssel oktroyierten Sparterror eingeleitet wurde - und wir können uns sicher sein, dass dieser Reflex des Ausschlusses ganzer Volkswirtschaften auch in Bezug auf die anderen südeuropäischen EU-Staaten in der deutschen Öffentlichkeit überhandnehmen wird, sobald der Krisenprozess auch bei diesen Ländern weiter voranschreitet.

Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger ist sich einig, dass die Griechen aufgrund wirtschaftlicher Defizite für ihre

hoffnungslose Lage genauso selber verantwortlich seien - wie die Hartz-IV-Empfänger hierzulande. Zum Erfolg dieses totalitären Ökonomismus trug ein kaum beachtete Umstand bei: Diese Ideologie bildet eine - durch die Krisendynamik ausgelöste - irrationale Zuspitzung der Wertvorstellungen, Anschauungen und Ideale, die eigentlich in den nun beständig erodierenden "Mittelschichten" der kapitalistischen Gesellschaft zu finden sind. Teils unfähig, teils unwillig, eine Alternative zur kapitalistischen Dauerkrise zu denken, können diese Mittelschichten einen Krisenausweg nur in der gnadenlos gesteigerten Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter das Regime der stockenden Kapitalakkumulation suchen.

Da bei dem extremistischen Ökonomismus die gesamte Gesellschaft konsequent den kapitalistischen Rentabilitätskriterien unterworfen wird, wird hier tatsächlich das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsdenken aus der "Mitte" der Gesellschaft ins Extrem getrieben, indem es der gesamte Gesellschaft übergestülpt wird. Diese irre Weltanschauung ist ja schon in der Rede von der "Deutschland AG" sprichwörtlich geworden. Unsere Gesellschaft wird längst als ein einziges Unternehmen betrachtet - eine Existenzberichtigung hat nur das, was zum "Unternehmenserfolg" beiträgt. Die kapitalistische Ideologie kommt bei Sarrazin zu sich selbst, sie lässt gewissermaßen alle pseudo-humanistischen Hüllen

fallen und unterwirft die Gesellschaft direkt dem Terror des Werts.

Der hauchdünne Lack aller nun als "politische Korrektheit" verachteten zivilisatorischen Errungenschaften, der der kapitalistischen Mehrwertmaschine einen demokratischen Anstrich verlieh, blättert bei jeder Krisenerschütterung immer weiter ab. Das Ganze menschliche Gemeinwesen verkommt hier zu einem lästigen, aber notwendigen Durchgangsstadium der Kapitalakkumulation, wobei einem jeden Menschen nur dann eine Existenzberechtigung zugesprochen wird, wenn er zu diesem irrationalen und letztendlich destruktiven Selbstzweck der Kapitalverwertung irgendwie direkt oder indirekt beiträgt. "Du bist nichts, dein Wirtschaftsstandort ist alles" - auf diese Parole ließe sich diese Ideologie reduzieren, die diesen barbarischen Kern kapitalistischer Vergesellschaftung wieder offen artikuliert.

Der Sozialpsychologe Oliver Decker hat diesen krisenbedingten Wandel der rechtsextremen Ideologie in der Studie "Die Mitte in der Krise" auf den Punkt gebracht:

»Die ständige Orientierung auf wirtschaftliche Ziele - präziser: die Forderung nach Unterwerfung unter ihre Prämissen - verstärkt einen autoritären Kreislauf. Sie führt zu einer Identifikation mit der Ökonomie, wobei die Verzichtsforderungen zu ihren Gunsten in jene autoritäre Aggression münden, die sich gegen Schwächere Bahn

bricht.«

Dieser durch die Unterordnung unter "wirtschaftliche Prämissen" befeuerte autoritäre Kreislauf benötigt die faschistische Ästhetik nicht mehr, wie sie etwa noch von den dumpfen Stiefelfaschisten der NPD gepflegt wird. Dennoch birgt der ökonomistische Extremismus der Mitte weitaus größere Gefahren, da er eine schleichende autoritäre Transformation der Bundesrepublik ermöglicht, die durch eine beständige reaktionäre Verschiebung des gesamten politischen Spektrums vollführt wird. Es findet keine Neugründung einer Rechtspartei in der Bundesrepublik statt, gerade weil das gesamte Parteienspektrum sukzessive nach rechts abdriftet. Und genau diese schleichende Ausbildung einer "extremistischen Gesellschaft", in der Alles auf dem Altar der krisengeplagten Ökonomie geopfert wird, birgt das größte Gefahrenpotenzial für die Überreste bürgerlicher Demokratie und jegliche soziale Emanzipation (Demokratie in der Krise). Schon längst werden auch in Deutschland Menschen in den Hungertod getrieben, wenn sie den Befehlen der repressiven Armutsverwaltung nicht Folge leisten können. Wir haben uns einfach an diese barbarischen Zustände längst gewöhnt. Da sie in einer "demokratischen" Form per Parlamentsbeschluss durchgesetzt wurden, werden sie kaum als extremistisch und barbarisch wahrgenommen.

Dabei muss dieser extremistische Ökonomismus als ein fortdauernder ideologischer Prozess begriffen werden, der in Reaktion auf die Krise des Kapitalismus an Dynamik gewinnt. Diese gnadenlose Ideologie erfährt parallel zur sich zuspitzenden Krisendynamik eine permanente ideologische Zuspitzung. Je offensichtlicher der Kapitalismus an seine inneren Grenzen stößt, desto stärker greift der Extremismus der Mitte um sich, desto rigider und gnadenloser wird die Unterwerfung unter das Diktat der kollabierenden Ökonomie eingefordert. Sarrazin ist somit nur eine Art "Durchlauferhitzer" bei einem Prozess fortschreitender ideologischer Barbarisierung in der Bundesrepublik. Deswegen wird Sarrazin in der Taz-Satire sehr treffend mit einer "alten Hure" verglichen, da sich seine "Tabubrüche" langsam erschöpfen und die aufgehetzte Öffentlichkeit neue, stärkere Impulse benötigt.

Abwertung der wirtschaftlich Überflüssigen

Dieser extremistische Ökonomismus stellt somit eine Krisenideologie dar, die eine "reaktionäre Reaktion" der verängstigten Mittelschichten auf die Krisendynamik bildet. Dabei ist der ideologische Mechanismus der Personifizierung von Krisenursachen entscheidend, der die Krisenopfer zu den Verursachern der Krise halluziniert. In vielen abstiegsbedrohten Bevölkerungsgruppen greift eine Art "Bunkermentalität" um sich, bei der die eigene soziale Stellung dadurch behauptet werden soll,

dass die Krisenopfer für die Krise verantwortlich gemacht werden, um vermittels dieser Personifizierung der Krisenursachen die daraus folgenden Maßnahmen der Marginalisierung und Abstrafung der Krisenverlierer zu legitimieren.

Die unproduktiven Kostenfaktoren (wie Griechen, Arbeitslose, Alte, Kranke), deren bloße Existenz die nationale Leistungsgemeinschaft belastet, sollen weg. Dies ist letztendlich ein absurdes, mörderisches und ins Magische tendierende Denken, das die Krisenursachen zu Eigenschaften von Menschen halluziniert. Die objektiv aus dem Krisenprozess resultierende Exklusion immer größerer "überflüssiger" Teile der Menschheit aus der Arbeitsgesellschaft findet ihre ideologische Legitimierung in den entsprechenden extremistischen Diskursen, die den Arbeitslosen und Bewohnern der betroffenen Länder eine rassistisch oder kulturalistisch grundierte Minderwertigkeit andichten. Ohne Krise gäbe es somit Sarrazin als politisches Phänomen nicht. Sarrazin verleiht all den dumpfen Krisenängsten Ausdruck, die Deutschlands penibel gepflegte Reihenhaussiedlungen erfasst haben.

In ihrem Kern (Die Krise kurz erklärt) handelt es sich bei den gegenwärtigen Verwerfungen um eine Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die durch die dritte industrielle Revolution in Mikroelektronik und Informationstechnologien ausgelöst wurde. Letzten Endes ist der Kapitalismus schlicht zu produktiv für sich

selbst geworden. Dieses System stößt an eine "innere Schranke" (Robert Kurz) seiner Entwicklung. Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führen dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können.

Die aufgrund dieser zunehmenden kapitalistischen Krisendynamik aus der Kapitalverwertung herausgefallenen, "überflüssigen" Menschen werden für die hieraus resultierenden, sozialen Desintegrationserscheinungen verantwortlich gemacht. Die bloße Existenz dieser auf soziale Transferleistungen angewiesenen Menschen wird so zum Problem, zur Ursache der gegenwärtigen Krisenerscheinungen erklärt - diese Krisenverlierer waren schlicht nicht "leistungswillig", so das Mantra von Professor Hans-Werner Sinn, Sarrazin, Henkel, Rösler, Söder und Co.

Die totale Unterordnung aller Gesellschaftsbereiche unter das eiserne Diktat der kriselnden Ökonomie liefert somit die ideologische Legitimation des voranschreitenden Krisenprozesses. Die Krise erscheint als das Ergebnis des wirtschaftlichen Versagens von Individuen oder Bevölkerungsgruppen. Die aus der zerfallenden kapitalistischen Arbeitsgesellschaft herausfallenden Gruppen werden vermittels dieser Personifizierung der Krisenursachen stigmatisiert. Hierdurch wird die Verelendung und Entrechtung der zu Krisenverursachern gestempelten Krisenopfer

legitimiert - ob nun durch die Hartz-IV-Arbeitsgesetze in Deutschland oder den Troika-Terror in Griechenland.

Wie gesagt, handelt es sich bei diesem totalitären Ökonomismus um eine in permanenter Zuspitzung befindliche Ideologie, deren Extremismus mit jedem Krisenschub an Intensität gewinnt. Der Druck auf Arbeitslose wird in Deutschland aufgrund der eskalierenden Systemkrise bald noch weiter ansteigen - und es bedarf in einer solchen Situation nur einer Medienkampagne gegen "Sozialschmarotzer", um weitere Kürzungen bei den Überresten des deutschen Sozialstaates zu legitimieren. Die offene Vernichtungsdrohung schwingt bereits jetzt bei der Hetze gegen alle mit, die Sarrazin nicht "anerkennen" will, weil sie nicht mehr arbeiten können oder wollen. Hierin liegt das implizit mitschwingende, massenmörderische Potenzial dieser derzeit an Kontur gewinnenden Ideologie: Die wirtschaftlich "Überflüssigen" des kollabierenden und in Barbarei umschlagenden Kapitalismus sollen aufgrund eines eiskalten Rentabilitätskalküls - derzeit zumindest als Kostenfaktoren - verschwinden.

Die äußere Schranke des Kapitals

Wie die Endlichkeit unserer Welt dem kapitalistischen Wachstumszwang unüberwindbare Grenzen setzt. Krise des Kapitalismus

Der Kampf der Menschheit gegen den anthropogenen Klimawandel scheint zu einer regelrechten Sisyphusarbeit auszuarten. Einerseits werden erste Erfolge bei der "Energiewende" gefeiert: So konnte der Anteil regenerativer Energiequellen bei der Stromversorgung in Deutschland von 21 Prozent in 2011 auf rund 25 Prozent in der ersten Jahreshälfte 2012 gesteigert werden.

Auch global scheinen die erneuerbaren Energien auf den Vormarsch, wie die Bundesregierung Mitte Juni unter Verweis auf den "Globalen Statusberichts zu erneuerbaren Energien 2012" meldete. Demnach wurden in 2011 rund 257 Milliarden US-Dollar in den Ausbau von Wind-, Sonnen-, Biomasse- und Wasserkraftwerken investiert, was einer Steigerung des Investitionsvolumens in diesen "nachhaltigen" Energiesektor von rekordverdächtigen 17 Prozent entspreche. Weltweit würden nun 20,3 Prozent des Stromverbrauchs durch regenerative Energiequellen gedeckt. Bundesumweltminister Peter Altmaier war voll des Selbstlobes angesichts dieser vordergründig beeindruckenden Ergebnisse:

»Die Zahlen bestätigen eindrucksvoll, dass die deutsche Energiewende den weltweiten Trend setzt. Die Energiewende sichert damit Deutschlands Rolle als Vorreiter eines dynamischen weltweiten Wachstumssektors, der uns darin unterstützt, Klimaschutz, sichere Energieversorgung und nachhaltiges Wachstum zu vereinbaren.«

Dumm nur, dass andererseits 2011 auch ein neuer historischer Rekord bei dem Ausstoß von Treibhausgasen erreicht wurde. Auf die Rekordmenge von 34 Milliarden Tonnen stiegen im vergangenen Jahr weltweit die CO2-Emissionen an, was einem Anstieg von drei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Damit befindet sich 2011 ganz im langfristigen Trend, da im letzten Jahrzehnt der Ausstoß von Kohlendioxid im Schnitt um 2,7 Prozent jährlich zunahm. Es scheint fast so, dass nur eine weltweite Rezession imstande ist, die Emissionen von CO2 zu senken: Als 2009 die Weltwirtschaftskrise voll ausbrach und alle wichtigen Wirtschaftsräume einen mehr oder minder schweren Einbruch verzeichneten, gingen die Kohlendioxidemissionen tatsächlich um 1,2 Prozent zurück.

Dieser leichte kriegsbedingte Einbruch wurde 2010 aber mehr als kompensiert, als aufgrund der global aufgelegten Konjunkturpakete eine Steigerung der Emissionen von Kohlendioxid um 5,9 Prozent erreicht wurde. Dies war der höchste jährliche Anstieg seit zwei Jahrzehnten. Bisher sind mit Ausnahme

von 2009 in keinem einzigen Jahr des 21. Jahrhunderts die Emissionen von Treibhausgasen gesunken. Mehr noch: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Emissionen ist in diesem Jahrhundert weitaus höher als etwa in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. Mit globalen Emissionen von 33 Milliarden Tonnen erreichte die Weltwirtschaft in 2010 einen um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 vergrößerten CO2-Ausstoß, während diese Emissionen in den vergangenen 20 Jahren - also gegenüber 1990 - um 45 Prozent anstiegen. Der durchschnittliche Anstieg der CO2-Emissionen in den Vergangenen 20 Jahren war mit 1.9 Prozent per anno folglich auch weitaus niedriger als in den vergangenen Zehn Jahren! Somit lässt sich empirisch eindeutig konstatieren, dass die von Bundesumweltminister Peter Altmaier als "Energiewende" bejubelte Umstellung der energetischen Basis der Weltwirtschaft auf regenerative Energieträger bisher schlicht nicht stattfindet.

Kosten und Krise der Arbeitsgesellschaft

Stattdessen scheint die "Energiewende" auch beim "Vorreiter" Deutschland an den Kosten zu ersticken, die dieses Unterfangen mit sich bringt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die enormen Investitionen in die entsprechende Infrastruktur lassen die Energiepreise immer weiter steigen, sodass bald Strom für viele Verbraucher zu einem Luxusgut werden könnte. Auch in den Teilen der Wirtschaft, denen bisher keine Preisvergünstigungen

eingeräumt wurden, regt sich immer stärker Widerstand gegen die Finanzbelastungen, die mit der Energiewende einhergehen.

In Deutschland wird inzwischen nur noch über die Kosten der Energiewende gesprochen, die Diskussion der Chancen dieses gigantischen Unterfangens - mit dem neue Märkte erschlossen, neue Industrien aufgebaut und massenhaft neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten - ist hingegen fast vollständig verstummt. Die Investitionen in die erneuerbaren Energien sollten eine Art "Anschubfinanzierung" darstellen, mit der neue dynamische Wirtschaftszweige entstehen sollten, die zum Träger des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik avancieren könnten.

Die öffentliche Diskursverschiebung in der Bundesrepublik hat einen einfachen Grund: Das Produktivitätsniveau im Spätkapitalismus ist zu hoch, um die Energiewende unter kapitalistischen Bedingungen vollführen zu können – dies äußert sich gerade in den enormen "Kosten" dieses Unterfangens. Diese scheinbar absurde Diagnose gewinnt schnell an Schlüssigkeit, wenn wir bedenken, dass die Investitionen in den Aufbau der "Erneuerbaren Energien" nur dann einen Sinn machten, wenn hierdurch genügend Arbeitsplätze geschaffen würden, die so zur Herausbildung neuer kaufkräftiger Nachfrage und eines höheren Steueraufkommens beitragen würden. Die "Investitionen" in die

Energiewende würden sich so gesamtwirtschaftlich für die Industrie wie den Staat "rentieren". Aufgrund der hohen Produktivität ist aber das Verhältnis zwischen den notwendigen Investitionen in die regenerative Infrastruktur und den tatsächlichen Verwertungsmöglichkeiten von Lohnarbeit in der "Ökobranche" sehr ungünstig.

Die Vorausinvestitionen in die Energiewende sind tatsächlich gigantisch. Um die notwendige energetische Infrastruktur für eine regenerative Energiewende bereitzustellen (Netzwerkumbau, Stromspeicher, Infrastruktur für Elektromobilität ect.), wären in der Bundesrepublik wohl Investitionen von Hunderten von Milliarden Euro notwendig. Diesen enormen Aufwendungen steht aber keine massive Schaffung von Arbeitsplätzen in den regenerativen Branchen gegenüber, die diese vermittels eines zunehmenden staatlichen Steueraufkommens und anschwellender Marktnachfrage finanzieren könnten. Die Lohnarbeit bildet die einzige Quelle kapitalistischen, sich in Warenform äußernden Reichtums. Sobald der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft die Arbeit auszugehen droht, scheitern auch überlebenswichtige Vorhaben wie die Energiewende an deren "Finanzierbarkeit".

Ein Vergleich mit dem oft als "Wirtschaftswunder" verklärten Nachkriegsboom, als die Automobilmachung der Gesellschaft Millionen neuer Arbeitsplätze schaffte, mag diese Problematik

illustrieren. Es ist schlicht unvorstellbar, dass bei dem Aufbau des alternativen Energiesektors solch hohe Beschäftigungseffekte erzielt werden können, wie sie im Zuge des Wirtschaftsbooms der 50er Jahre erreicht wurden. Solarzellen und Windkrafträder werden effizient nicht in der Art und Weise produziert wie Autos vor 40 Jahren, als Tausende von Arbeitern auf endlosen Montagebändern in genau festgelegten Zeitintervallen stupide Handgriffe tätigten, um nach Hunderten von Arbeitsschritten – die je ein Arbeiter ausführte – ein Fahrzeug herzustellen. Zumal der Beschäftigungsaufbau in der Ökobranche mit einem Arbeitsplatzabbau im konventionellen Energiesektor einhergeht. E.on hat beispielsweise Anfang 2012 bereits 11 000 Stellen gestrichen. Der Spätkapitalismus ist somit zu produktiv für eine Energiewende. Bei dem heutigen allgemeinen Stand der Automatisierung der Produktion gelten tendenziell auch für die Herstellung alternativer Energiequellen ähnliche Probleme der "Überproduktivität", die die deutsche Autowirtschaft und der Maschinenbau nur durch Exportoffensiven kompensieren können.

Tatsächlich kann ja fast nur noch Deutschland, das aufgrund enormer Leitungsbilanzüberschüsse noch nicht am Rande der Staatspleite taumelt, von einer Energiewende träumen. In den krisengeschüttelten südlichen Euro-Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal ist von einer Energiewende keine Rede,

obwohl diese Staaten eigentlich aufgrund der klimatischen Verhältnisse für solch eine energetische Transformation prädestiniert wären.

Kapitalistischer Wachstumszwang

Während die Energiewende aufgrund des im Spätkapitalismus erreichten enormen Produktivitätsniveaus – und der damit einhergehenden Verdrängung von Lohnarbeit aus der Warenproduktion – scheitern wird, sorgt der dem Kapitalismus inhärente Wachstumszwang dafür, dass die Emissionen von Treibhausgasen permanent ansteigen. Diese beständigen Steigerungen des Ausstoßes von Kohlendioxid sind somit keiner verfehlten Politik geschuldet, sondern eine Folge dessen, was den Kapitalismus im Innersten zusammenhält.

Im Kapitalismus dreht sich bekanntlich alles ums Kapital. Das Kapital stellt dabei ein Produktionsverhältnis dar, das seinem ureigensten Antriebsgesetz folgend immer größere Mengen an Energie und Rohstoffen "verfeuern" muss. Der Ressourcenbedarf der kapitalistischen Weltwirtschaft wird immer weiter ansteigen, bis er an seine "äußere Schranke" stößt, die in der Endlichkeit der Ressourcen unseres Planeten besteht.

Dieser permanente Wachstumszwang des kapitalistischen Systems resultiert aus dem Wesen des Kapitals selber. Als Kapital fungiert

Geld, das durch einen permanenten Investitionskreislauf vermehrt, also "akkumuliert" oder "verwertet" werden soll. Das Wirtschaftswachstum ist hierbei nur der volkswirtschaftlich sichtbare Ausdruck der Kapitalakkumulation, die tatsächlich an eine "stoffliche Grundlage" gebunden ist. Spätestens seit dem Ausbruch der Finanzkrise ist klar geworden, dass dieser Prozess der Kapitalakkumulation an die Warenproduktion gekoppelt ist und nicht auf den Finanzmärkten aufgrund reiner Spekulationsprozesse dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Deswegen steigen die Emissionen derzeit vor allem in den sogenannten "Schwellenländern" wie China, in die ein Großteil der Warenproduktion aufgrund des krisenbedingten Verdrängungswettbewerbs ausgelagert wurde, während die Emissionen in den OECD-Staaten konstant bleiben. Mit einer Steigerung der CO2-Emissionen um 9 Prozent stieß die als "Werkstatt der Welt" fungierende Volksrepublik im Jahr 2011 pro Kopf 7,2 Tonnen des Treibhausgases aus, was fast dem Pro-Kopf-Ausstoß von 7,5 Tonnen in der EU entspricht. In der Europäischen Union sind aufgrund der Eurokrise die Emissionen sogar um drei Prozent zurückgegangen. Eine Ausnahme stellt hier Deutschland dar, das noch über eine nennenswerte Industrie verfügt und aufgrund des Exportbooms wohl seine selbst gesteckten Klimaziele verfehlen wird.

Außerdem führt die permanente Steigerung der Produktivität dazu, dass mit demselben Kapitaleinsatz immer mehr Waren hergestellt werden können, wodurch der Ressourcenverbrauch in der Produktion zusätzlich ansteigt und die Absatzprobleme anwachsen. Diese aus der "Überproduktivität" des Spätkapitalismus resultierenden systemischen Absatzprobleme ließen die schon immer gegebenen Tendenzen zur Ausrichtung des Warendesigns anhand der geplanten Obsoleszenz überhand nehmen. Hierbei werden Waren so produziert, dass sie möglichst kurz halten und so Neuanschaffungen notwendig machen. Je schneller nach Ablauf der Garantiefrist die Produkte ihren Geist aufgeben, desto schneller können neu produzierte Waren vermittels ihres Verkaufs Mehrwert generieren – und noch mehr Treibhausgase in die Atmosphäre abgeben.

Kapitalistischer, sich in Warenfülle äußernder "Reichtum" muss also tatsächlich in Warenform produziert werden – und die Waren sollen nach Möglichkeit bald nach Ablauf der Garantiefrist kaputtgehen, um so die Akkumulation von Kapital erneut zu befördern. Der Akkumulationsprozess läuft hierbei folgendermaßen ab: Der Unternehmer investiert sein als Kapital fungierendes Geld in Rohstoffe, Arbeitskräfte und Energie, um in Fabriken hieraus neue Waren zu schaffen, die mit Gewinn verkauft werden. Das hierdurch vergrößerte Kapital wird in diesem uferlosen "Verwertungsprozess"

in noch mehr Energie, Rohstoffe etc. investiert, um wiederum noch mehr Waren herzustellen.

Dieser potentiell endlose Kernprozess kapitalistischer Produktion hat die Selbstverwertung, also das unaufhörliche Wachstum des Kapitals zum Ziel. Niemand investiert sein Geld, um danach weniger oder genauso viel zu erhalten. Hiermit müssen auch die Aufwendungen – Rohstoffe und Energie – für diesen Verwertungsprozess permanent erhöht werden. Deswegen wird auch künftig der Rohstoff- und Energiehunger der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie anschwellen, und er wird – wenn er nicht durch gesellschaftlichen Widerstand und Wandel gestoppt wird – erst durch die nächste Weltwirtschaftskrise oder den ökologischen und zivilisatorischen Kollaps unterbrochen werden.

Das Kapital strebt somit nach einer möglichst hohen "Selbstvermehrung"; es ist Geld, das zu mehr Geld werden will. Dieser "hohle", selbstbezügliche Prozess ist allen gesellschaftlichen oder ökologischen Folgen seiner beständig anwachsenden, alle Weltregionen und Gesellschaftsbereiche verwüstenden Verwertungstätigkeit gegenüber blind. Der permanent anschwellende Prozess der Kapitalakkumulation, der die innerste Treibfeder des kapitalistischen Konjunkturmotors bildet, "verbrennt" somit die Rohstoffe der Erde, die für unser Überleben notwendig sind. Die zusehends schwindenden Ressourcen unserer

Welt bilden das immer enger werdende Nadelöhr, durch das sich dieser Prozess der Kapitalverwertung unter immer größeren Friktionen hindurchzwängen muss. Beide ökologischen Krisenprozesse – die Ressourcenkrise wie die Klimakrise – werden durch diesen Verwertungsprozess des Kapitals maßgeblich befördert.

Das Kapital ist somit aufgrund dieser Notwendigkeit permanenter Expansion das logische Gegenteil einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise, die notwendig wäre, um ein Überleben der menschlichen Zivilisation zu sichern. Das Kapital stellt sozusagen einen Prozess der "effizientesten Ressourcenverschwendung" dar, der keine menschlichen Bedürfnisse kennt, sondern nur die durch massenmediales Dauerbombardement kreierte zahlungskräftige "Nachfrage" derjenigen Menschen, die noch nicht aus dem Prozess der Kapitalverwertung herausgeschleudert wurden.

Die aus dem innersten Wesen kapitalistischer Vergesellschaftung entspringende ökologische Krise unseres Planeten entzaubert auch die bekannte kapitalistische Apologetik, der zufolge der Kapitalismus eine quasi "natürliche" Gesellschaftsformation darstellen würde, die sich einem Naturgesetz gleich durchsetze - und deren Änderung unmöglich sei. Offensichtlich ist genau das Gegenteil der Fall, denn die kapitalistische Verwertungsmaschinerie ist gerade dabei, mittels ihres irrsinnigen Wachstumszwangs die

Welt zu zerstören. Das Kapital ist alles andere als "natürlich", da exponentielles Wachstum in der Natur unserer begrenzten Welt zumeist nur den Prolog zu einem Kollaps darstellt. Wenn schon Parallelen zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und "natürlichen Vorgängen" gezogen werden sollen, so könnte der Verwertungsprozess des Kapitals mit einem geschwürhaften und wucherungsartigen Wachstum verglichen werden, das der Menschheit die Lebensgrundlagen entzieht.

Krise global

Ein Überblick über die krisenbedingten globalen Abhängigkeiten und Ungleichgewichte.

Die Eurokrise scheint die chinesische "Wertstatt der Welt" immer stärker in Mitleidenschaft zu zeihen. Auch im August 2012 blieb der chinesische Einkaufsmanagerindex mit 47,8 Zählern unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Absenkung dieses Frühindikators, der konjunkturelle Entwicklungen reaktiv zuverlässig vorwegnimmt, setzt sich somit seit acht Monaten fort – wobei seit Mitte 2012 die Werte unter die entscheidende Schwelle von 50 Punkten gefallen sind.

Die Ursachen für diese zunehmende konjunkturelle Eintrübung sind in der rückläufigen Nachfrage im schuldengeplagten Europa zu suchen, das den wichtigsten Absatzmarkt der chinesischen Exportindustrie darstellt. Der Teilindex für Neuaufträge der chinesischen Industrie aus Europa sank auf 44,7 Zähler, was auf einen fortgesetzten deutlichen Nachfrageeinbruch hindeutet. So sank der bilaterale Warenumsatz zwischen China und der EU allein im Juli um 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei hierbei insbesondere die chinesischen Exporte dramatisch um 17 Prozent einbrachen. Dieser Exportrückgang führte inzwischen zu einer sehr schwachen Auslastung der chinesischen Industrie, deren

Fabriken nur noch 60 Prozent ihrer Fertigungskapazitäten nutzen – vor Beginn der Krise waren es 80 bis 90 Prozent.

Längst werden deswegen die Wachstumsprognosen für China nach unten korrigiert. Zuletzt setzte die Weltbank ihre Wachstumsprognose für 2012 von 8,4 auf 8,2 Prozent herab. Dies wäre der geringste Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit drei Jahren. Die chinesische Führung geht sogar nur von 7,5 Prozent Wachstum in diesem Jahr aus. Jüngste Daten scheinen diese Prognose zu bestätigen, da Chinas BIP im zweiten Quartal um 7,6 Prozent zulegte.

Für das in Stagnation befindliche Europa scheinen diese Werte traumhaft. Doch für China, das jahrelang zweistellige Wachstumsraten aufwies, stellt ein Wachstum von sechs bis acht Prozent die sozioökonomische Untergrenze dar, deren Einhaltung notwendig ist, damit die Widersprüche der kapitalistischen Modernisierung des Landes nicht zu großflächigen sozialen Unruhen führen. Um die für China so wichtige Exportindustrie zu stützen, die ein Millionenheer von Arbeitern beschäftigt, kündigte Ministerpräsident Wen Jiabao Ende August weitreichende Maßnahmen zur Stützung des chinesischen Exportwachstums an, das im Juli nur noch um ein Prozent zulegte.

» *Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.*

Kurt Tucholsky

China ist nicht das einzige exportabhängige Land, das unter der Eurokrise leidet. Die Ausfuhren Japans gingen im Juli im Jahresvergleich um 8,1 Prozent zurück. Auch hier ist dieser deutliche Rückgang maßgeblich auf den Einbruch der Exporte in die Eurozone zurückzuführen, die um mehr als 25 Prozent zurückgingen. "Das Abwärtstempo ist erschreckend. Die Lage erinnert an die Zeit nach der Lehman-Pleite", zitierte das Handelsblatt die Einschätzung des Ökonomen Masayuki Kichikawa von der Bank of America. Ähnlich dramatische Entwicklungen sind im südkoreanischen Exportsektor zu beobachten, dessen Ausfuhren im Juli um 8,8 Prozent zurückgingen – dies war der größte Einbruch seit drei Jahren.

Währungsverfall und Kapitalflucht in allen Schwellenländern außer China

Nicht nur das jahrelang im Dauerboom verfangene China, auch andere, einstmals als Konjunkturlokomotiven der Weltwirtschaft gefeierte Schwellenländer sind inzwischen vom Eurovirus befallen. Der russische Analyst Sergej Karychalin beschrieb gegenüber der Zeitung "Nowyje Iswestija", wieso diese als Hoffnungsträger gehandelten Volkswirtschaften von dem einsetzenden globalen Abschwung getroffen werden. Der russische Rubel und auch

brasilianische Real seien "Rohstoffwährungen", die schnell abwerteten, da fallende Rohstoffpreise eine massive Kapitalflucht aus diesen Währungsräumen in "sichere Häfen" wie die USA auslösen würden. Von einem massiven Währungsverfall und Kapitalflucht sind inzwischen – mit Ausnahme Chinas, das strenge Währungskontrollen aufrechterhält – alle als BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) bezeichneten, führenden Schwellenländer betroffen. Noch vor kurzem schien "die Zukunft der globalen Wirtschaft von der dynamischen Entwicklung der BRIC-Länder" anzuhängen, schrieb die russische Nachrichtenagentur RIA-Novosti, doch mit dem Einsetzen einer "zweiten Krisenwelle hat sich die Situation grundlegend verändert".

Die stärksten Bremsspuren verzeichnet inzwischen die brasilianische Volkswirtschaft. Man habe die Auswirkungen der Eurokrise auf Brasilien "unterschätzt", erklärte der Ökonom Carlos Langoni gegenüber dem Wall Street Journal Ende Juni. Die zunehmende "internationale Unsicherheit" habe zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit geführt. Das Wirtschaftswachstum Brasiliens erreichte im selben Zeitraum 0,2 Prozent, wobei die Prognosen für das Jahr 2012 inzwischen massiv von 3,5 Prozent auf nur noch 2,18 Zähler korrigiert wurden. Eine Reihe von Konjunkturmaßnahmen der brasilianischen Regierung – wie Steuererleichterungen und Investitionsprogramme – könnten

laut Langoni einen begrenzten positiven Effekt auf die Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte haben, doch hätten sich die globalen Rahmenbedingungen gegenüber der Wirtschaftskrise in 2009 verschlechtert. Damals hätten "China und Indien mit ihrem starken Wachstum ein Gegengewicht zur Krise in den entwickelten Ökonomien dargestellt, nun spüren wir die Effekte der Abkühlung in China".

Auch in Indien mehren sich die Zeichen einer Ansteckung mit dem europäischen Krisenvirus. So wuchs die indische Wirtschaft in dem ersten Quartal nur noch um 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, was den niedrigsten Wert seit nahezu neun Jahren darstellt. Auf den G20-Gipfeltreffen forderte der Ministerpräsident Manmohan Singh die Europäer auf, Konjunkturprogramme aufzulegen, um so die rasch zunehmenden negativen Auswirkungen der Eurokrise auf Indien zu minimieren, die sich nicht nur auf den Konjunkturverlauf begrenzen. Die rasch verebbende Investitionstätigkeit in Indien lässt auch die Rupie auf Talfahrt gehen, die gegenüber dem Dollar seit Jahresanfang um rund sieben Prozent nachgab. Dies ist der größte Wertverlust unter allen asiatischen Währungen. Aufgrund der im Vergleich zu anderen BRIC-Staaten relativ hohen Staatsverschuldung von 68 Prozent des BIP droht Neu Delhi zudem die Abwertung der Bonität auf das Ramsch-Niveau.

Die Eurokrise strahlt in zweierlei Wiese auf die Weltwirtschaft aus. Am offensichtlichsten sind die Effekte einbrechender Nachfrage im Euroraum, der einen der größten Absatzmärkte der Welt darstellt. Mit rund 18 Prozent der Weltwirtschaftsleistung stellt der europäische Währungsraum die nach den USA zweitwichtigste Wirtschaftsregion dar. Für China ist Europa – wie schon bemerkt - inzwischen der wichtigste Exportmarkt. Auch für die Vereinigten Staaten bildet Europa einen wichtigen Markt; die USA exportieren nur nach Kanada mehr als in die Eurozone. Die amerikanischen Ausfuhren nach Europa sanken schon im April 2012 um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Somit leiden sowohl rohstoffexportierende Entwicklung- und Schwellenländer, wie auch die exportorientierten Industrieländer Südostasiens unter den Nachfrageeinbrüchen in Europa. Ausgelöst wird dieser europäische Nachfrageeinbruch durch die Sparpolitik, mit der die europäische Schuldenkrise eingedämmt werden sollte – und die auf Drängen Berlins in Gestalt des "Fiskalpaktes" in der Eurozone institutionalisiert wurde (Europa als Krisenzentrum). Die Krise des europäischen Finanzsektors lässt zudem Befürchtungen nach einer "Kreditklemme" aufkommen, wie sie im Gefolge der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers 2008 einsetzte. Hiervon wäre vor allem Osteuropa betroffen, da dort westeuropäische Banken eine dominante Stellung innehaben. Aber

auch in Lateinamerika, wo rund 60 Prozent der ausländischen Kredite von europäischen Banken stammen, drohen bei einer Eskalation der Eurokrise ernsthafte Verwerfungen.

Der Versuch der Europäer, ihren Schuldenberg vermittels rigoroser Sparpolitik abzutragen, führt die Weltwirtschaft an den Rand einer handfesten Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaft sei nun mal verflochten, könnte unter Rückgriff auf das berühmte Zitat Tucholskys zur Erläuterung dieser globalen "Ansteckungseffekte" der Eurokrise konstatiert werden. Der Einbruch in der europäischen Nachfrage lasse die Exporte nach Europa in Südostasien, den Schwellenländern und den USA einbrechen, was wiederum auch auf den europäischen Exportsektor zurückstrahlt, der sich ebenfalls mit einer sinkenden Nachfrage jenseits der Eurozone konfrontiert sieht.

Entscheidend aber ist, wie die Nachfrage in Europa generiert wurde, die nun aufgrund der europäischen Sparpolitik wegbricht und zu den weltweit sinkenden Exporten in die Eurozone führt. Offensichtlich geschah dies durch Defizitbildung, also durch Verschuldungsprozesse, die gekappt worden sind und nun zu der europäischen wie globalen Konjunkturabkühlung führen. Der Versuch der Europäer, ihren Schuldenberg vermittels rigoroser Sparpolitik abzutragen, lässt somit nicht nur Europa in die

Rezession schlittern, er führt auch die "verflochtene" Weltwirtschaft an den Rand einer handfesten Weltwirtschaftskrise.

Die in der hiesigen Presse permanent beklagten Verschuldungsprozesse bildeten somit das wichtigste Schmiermittel der Wirtschaftsmaschinerie des kapitalistischen Weltsystems, die ohne diese Defizitbildung sofort zu stottern beginnt und in Rezession übergeht. Ein empirisch verifizierbares Paradebeispiel für diese Abhängigkeit des Kapitalismus von schuldengenerierter Nachfrage stellt die Reaktion der Wirtschaftspolitik auf den Ausbruch der Finanzkrise 2008 dar, als die wichtigsten kapitalistischen Staaten und Währungsräume gigantische schuldengenerierte Konjunkturprogramme in Umfang von nahezu fünf Prozent des Welt-BIP auflegten, um den einsetzenden Konjunktureinbruch abzufangen. Letztendlich haben die Staaten nach dem Platzen der Spekulationsblasen auf den Immobilienmärkten Amerikas und Europas die permanenten Verschuldungsprozesse "verstaatlicht" (Hurra, der (Pseudo-) Aufschwung ist da!), die zuvor vermittels der Finanzmärkte generiert wurden – und so im Rahmen des spekulationsbefeuerten Baubooms die Wirtschaft ankurbelten.

Die Leistungsbilanzüberschüsse einer Volkswirtschaft entsprechen den Defiziten anderer Volkswirtschaften

Diese Politik war eine kurze Zeit lang erfolgreich, bis die Wirkungen dieser schuldengenerierten Konjunkturspritzen nachließen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass auch die exportorientierten Volkswirtschaften, die keine exzessiven Defizite auftürmten, von diesen Verschuldungsprozessen abhängig sind – hier muss an erster Stelle die Bundesrepublik genannt werden. Da die Schuldenmacherei das wichtigste Schmiermittel bei der zunehmenden "Verflechtung" der Weltwirtschaft bildete (die neumodischerweise in hippen Krisen als "Globalisierung" bezeichnet wird) und sich nicht alle Staaten gleichmäßig stark verschuldeten, bildeten sich folglich die berühmten globalen "Ungleichgewichte" in den Leistungsbilanzen.

Diese Leistungsbilanz- oder Handelsungleichgewichte bilden somit eine direkte Folge der besagten Verschuldungsprozesse. An der unterschiedlichen Intensität dieser Überschüsse in der Leistungsbilanz lässt sich auch die Intensität der Abhängigkeit der exportorientierten Länder von der Defizitbildung ablesen. Dies ist elementare Mathematik: Die Leistungsbilanzüberschüsse einer Volkswirtschaft entsprechen nun mal den Defiziten anderer Volkswirtschaften.

Angesichts der hiesigen einseitigen Exportorientierung dürfte es nicht sonderlich verwundern, dass Deutschland etwa im vergangenen Jahr den höchsten Leistungsbilanzüberschuss aller

wichtigen Industrieländer verzeichnet hat, der sich auf 5,7 Prozent des deutschen BIP summierte. Selbst China (2,8 Prozent des BIP) und Japan (2,0 Prozent) haben weitaus niedrigere Überschüsse erzielt. Nochmals: dieser Überschuss von 5,7 Prozent des deutschen BIP entspricht Defiziten (also einer Schuldenaufnahme) in der gleichen Höhe außerhalb Deutschlands. Wer weist die korrespondierenden Defizite auf? Das sind vor allem die Vereinigten Staaten, die in 2011 ein Defizit von 3,1 Prozent ihres gigantischen BIP auftürmten. Diese Defizitbildung in den USA wird auch bis Ende 2012 die Weltwirtschaft vor einem stärkeren Einbruch abhalten, da Washington im Wahlkampf alle Hebel in Bewegung setzten wird, um vermittels Konjunkturpaketen und Gelddruckerei zumindest die Fassade einer einigermaßen funktionsfähigen Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Die Leistungsbilanz- und Handelsdefizite der europäischen Krisenstaaten, die bis zum Ausbruch der Eurokrise mitunter mehr als 10 Prozent des BIP umfassen, sind hingegen teilweise deutlich gesunken, was vor allem ein Ausdruck des rigorosen Sparkurses und des Lohnkahlschlags in diesen Ländern ist – was wiederum ihren Binnenmarkt schrumpfen lässt. Dieser Einbruch der Nachfrage stellt aber auch für Deutschland ein Problem dar, dessen Exportindustrie vor allem in der Eurozone ihre Überschüsse absetzte. Vor Krisenausbruch gingen zwar "nur" 40 Prozent der

deutschen Ausfuhren in die Eurozone, aber hierbei wurden 60 Prozent aller deutschen Handelsüberschüsse erzielt. Die Krise der Eurozone hat zwar die deutschen Absatzmärkte in Europa beschädigt, aber zugleich die Möglichkeiten für neue Exportoffensiven jenseits der Eurozone verbessert. Der deutsche Staat profitiert seit Krisenausbruch nicht nur von dem niedrigen Zinsniveau seiner Anleihen, deutsche Unternehmen ziehen zudem aus dem krisenbedingt sehr niedrigen Euro-Kurs ihren Vorteil, der die Exporte aus der Bundesrepublik in Länder jenseits der Euro-Zone konkurrenzlos günstig macht.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die jüngste geografische Verschiebung des deutschen Exportwachstums. Wegen der Stagnation in Europa konnte Deutschlands Exportindustrie vor allem im außereuropäischen Ausland enorme Zugewinne verzeichnen. In der gesamten EU gingen Deutschlands Ausfuhren im Juni 2012 um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurück, was maßgeblich auf den Exporteinbruch in die 17 Euro-Staaten zurückzuführen ist, der bei drei Prozent lag. In die übrige EU konnte die Bundesrepublik ihre Exporte hingegen um 4,5 Prozent steigern. Ein enormes Wachstum von elf Prozent konnte Deutschlands Exportindustrie hingegen bei den Ausfuhren in Drittländer erreichen. Im Juni übertrafen sie laut dem Statistischen Bundesamt mit 41,1 Milliarden Euro sogar die Exporte

in die Euro-Zone, die sich auf 35 Milliarden Euro summierten.

Der deutschen Exportindustrie ist es somit gelungen, die Absatzeinbußen in der Euro-Zone zumindest partiell durch eine Handelsoffensive außerhalb Europas zu kompensieren. Dabei konnten vor allem die Exporte von Investitionsgütern nach China zulegen, das im vergangenen März sogar ein Handelsdefizit mit der Bundesrepublik verzeichnete. Deutsche Konzerne fungieren somit im wachsenden Maße als Ausrüster der chinesischen "Werkstatt der Welt". Für die deutschen Maschinenbauer und die Autobranche – die eine umfangreiche Investitionstätigkeit in China entfaltet – stellt die Volksrepublik bereits den wichtigsten Exportmarkt dar.

Trotz dieser deutschen Exportoffensiven in Fernost wird die Eurokrise die Bundesrepublik bald über den Umweg Chinas voll erreichen, da die Volksrepublik bereits – wie eingangs dargestellt – unter der Eurokrise leidet. Die Weltwirtschaft ist nun mal verflochten.

Kultur der Panik

Die Krise bringt inzwischen ihre eigene Ästhetik hervor und bemächtigt sich der kapitalistischen Kulturproduktion

My home is my castle, my car is my tank: Auf diesen Nenner lässt sich der ästhetische Wandel bringen, der vielen neuen Fahrzeugmodellen der Autoindustrie ihre regelrecht bösartige, raubtierhafte Prägung verleiht – insbesondere im Mittelklasse- und Oberklasse-Segment. Die neuen Karren der Mittelschichts-Angehörigen, die sich noch ein auf Sichthöhe umzäuntes Reihenhäuschen mit ein paar Quadratmeter Rasenteppich erarbeiten konnten, visualisieren das zunehmende Hauen und Stechen, das hierzu notwendig wird. Nahezu eine jede neue Mittelklassenlimousine sieht aus, als sei sie einem Batman-Film entsprungen. Schwarz - früher den Autos von Machtmenschen wie Konzernchefs, Politikern oder Mafiosos vorbehalten - ist zur beliebtesten Farbe der Mittelklasse geworden.

Es ist kein Zufall, dass ausgerichtet das Autodesign diesen krisenbedingten Veränderungen einen ästhetischen Ausdruck verleiht, wie ausgerechnet die Frankfurter Allgemeine Zeitung in dem Artikel "Das Leben, vom Tode her gedacht" treffend ausführte. In der Autobranche werde wie nirgendwo sonst "so viel Geld in psychologische Kriegsführung durch Formen gesteckt, nirgendwo

arbeiten so viele Marktforscher, Psychologen und Designer daran, die kleinsten Verschiebungen im psychosozialen Gefüge rechtzeitig zu erkennen, keine Branche versucht mit einem solchen Aufwand, ein Produkt, das nicht notwendigerweise alle drei Jahre ausgetauscht werden muss, an den Mann zu bringen".

Die Ästhetik eines Wagens soll somit die inneren Antriebsmomente eines potenziellen Käufers ansprechen, deren er sich zumeist noch gar nicht bewusst ist. Dieses Design zielt bereits auf das kulturell sedimentierte Vorbewusste oder Unbewusste der Konsumenten ab. Aufgrund des Konkurrenzdrucks in der Branche sei Autodesign ein "sensibler Indikator für gesellschaftliche Veränderungen".

Als die Autos den "bösen Blick" bekamen

Es gebe zwei "Formengenres", die das Autodesign derzeit prägten, erläuterte FAZ-Autor Niklas Maak: "Nostalgie und Hysterie". Zum einen flieht die Fahrzeugästhetik in die Vergangenheit, in die nostalgisch verklärte Ära des Wirtschaftsbooms der 50er und der 60er Jahre, die sich in einer regelrechten Retro-Welle äußert. Hierbei werden nicht nur ältere Modelle wiederbelebt, auch einzelne ästhetische Merkmale älterer Fahrzeuge finden wieder Verwendung in neueren Modellen. Hieran wird die reaktionäre Sehnsucht nach einer "guten alten Zeit" offenbar, die es so nie gegeben hat, und in der anscheinend die Widersprüche und die

derzeitigen gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen nicht gegeben waren.

Die gesellschaftliche Tendenz zur Hysterisierung - also die sich der Gesellschaft bemächtigende Panik - findet ihren Ausdruck in den Frontpartien der aktuellen Fahrzeugmodelle, die laut Maak "angstverzerrte, von Panik ergriffene Fratzen, weit offen stehende, schreiende Kühlermünder, Scheinwerfer in Form leuchtender Zornesfalten, vergitterte Metallrachen" darstellten. Die Fahrzeugformen drücken bereits in einer ostentativ nach außen gerichteten Sicherheitsästhetik die "Vorbereitungen auf einen Aufprall" aus. In dieser in Formen gegossenen Panik kommt die unbewusste und öffentlich unter dem Bannfluch des Unsagbaren stehende Ahnung aus, dass es so nicht weitergehen kann, dass die Gesellschaft an ihre Entwicklungsgrenzen stößt und wir alle einen heftigen Aufprall erleben werden.

Letztendlich übernehme das Autodesign die Optik des "klassischen Militärgeräts", so Maak. Das neue Auto weise ein "mit Leucht- und Chromzähnen bewehrtes Kühlermaul" auf, zu "Schießscharten" verengte Fenster, die in der "Blechburg" nur noch das "lebensnotwendige Maß an Überblick" liefern und Scheinwerfer, die "böse schauen" müssen, damit das Fahrzeug sich gut verkaufe. Solche Fahrzeuge signalisierten, dass der öffentliche Raum als ein Ort wahrgenommen werde "an dem es ums Fressen und

Gefressenwerden geht". Dieses Design bringe eine Tendenz zur Abschottung von der Außenwelt zum Ausdruck. Der Autor irrt hingegen, wenn er die Ursachen dieses ästhetischen Wandels in einem "nur psychologisch erklärbaren Symptom" verorten will. Die menschliche Psyche kann sich ja nur in Wechselwirkung mit ihrer Umgebung entwickeln.

Die neuen Karossen strahlen vielmehr die zunehmende Aggressivität und Härte des Arbeitsalltags derjenigen Lohnabhängigen aus, die sie sich noch leisten können. Die an Intensität gewinnende Krisenkonkurrenz der abschmelzenden Mittelschicht, die ihre Durchsetzungsfähigkeit im beruflichen Rattenrennen schon in der Autoästhetik als eine Art Warnung an die Umwelt artikuliert wissen will, führt zu der Brutalisierung des Autodesigns. Die an Brutalität gewinnende Marktkonkurrenz, bei der ein rechtlich reglementierter Krieg "Aller gegen Alle" vonstattengeht, findet somit ihren Niederschlag in der "militärischen Optik", die Maak konstatiert. Das hysterisch gesteigerte Sicherheitsbedürfnis, das etwa die Inhaber von SUVs befriedigt sehen wollen, resultiert aus der Prekarität ihres Arbeitsalltags. Wenn schon das Arbeitsleben von der Angst dominiert wird, in der Krisenkonkurrenz unter die Räder zu geraten und in die beständig wachsende Unterschicht abzurutschen, dann soll wenigstens das Äußere des zum Panzer mutierenden Autos

etwas Sicherheit vorgaukeln.

Die Wiederkehr des Immergleichen

Die in immer kürzeren Abständen über uns hereinbrechenden Retro-Wellen sind selbstverständlich nicht nur auf die Fahrzeugästhetik begrenzt. Inzwischen sind so ziemlich alle Sparten der Kulturindustrie vom Retrovirus befallen, der fast alle Jahrzehnte bereits verwurstet hat. In Musik, Film, Mode, Computerspielen oder massenmedialen Spektakeln wurden die Ergüsse der 70er, 60er oder 50er immer wieder neu aufgewärmt und in einer modernisierten Form erneut auf den Markt geworfen.

Schier unüberschaubar ist beispielsweise die Flut von mittelmäßigen Neuauflagen älterer Filmklassiker, die in die Kinos drängt. Das "Retro-Gaming" bildet längst eine etablierte Sparte innerhalb der Spielindustrie dar, der eigens Sonderausstellungen gewidmet werden. Der Trend zum Retro-Design hat sich somit längst ausdifferenziert und verstetigt, sodass statt der früheren Wellen, die bestimmte vergangene Epochen Revue passieren ließen, nun einzelne Produkte oder Produktgruppen Designmerkmale früherer Epochen aufweisen.

Die Malthus-Zombies

Wieso die Angst vor der Überbevölkerung der Welt gerade in Krisenzeiten um sich greift. Krise des Kapitalismus

Sie vermehren sich inzwischen schamlos wie die Karnickel! Die zumindest in Internetforen gleich rudelweise anzutreffenden Verfechter einer Überbevölkerungsthese glauben, ganz genau zu wissen, woran die Menschheit zugrunde geht: an sich selber. Die Überbevölkerung der Welt mit Menschen stelle das "größte Problem der Menschheit" dar, so lautet die an Schlichtheit kaum zu überbietende Kernthese der Überbevölkerungstheoretiker. Auf diese angebliche "Bevölkerungsexplosion" werden dann alle sich derzeit abzeichnenden Krisentendenzen und Verwerfungen zurückgeführt. Armut, Hunger, Ressourcenknappheit und Energiemangel greifen demzufolge nur deswegen um sich, weil es zu viele Menschen auf unserem Planeten gibt.

Auf dem ersten Blick scheint diese These durchaus schlüssig, da ja tatsächlich die Bevölkerungsanzahl nicht ins Unendliche anwachsen kann, ohne dass irgendwann die Ressourcen unseres Planeten erschöpft wären. Auf zehn bis 15 Milliarden Menschen soll die Gesamtbevölkerung der Welt laut offizieller Prognosen der Vereinten Nationen bis 2100 ansteigen, was vor allem auf das starke Wachstum in der "Dritten Welt" zurückgeführt wird, so die

Welt: "Dieses Wachstum wird hauptsächlich von den hohen Geburtenraten in Entwicklungsländern im südlichen Afrika und in Südasien getrieben. Allein in Afrika wird sich die Bevölkerung von heute 1,02 Milliarden auf voraussichtlich knapp 3,6 Milliarden Menschen im Jahr 2100 mehr als verdreifachen."

Dieses Bevölkerungswachstum werde laut der Tageszeitung Die Welt zu einem enormen Problem, da mit der Zahl der Menschen auch "der Konsum, der Energieverbrauch, die Zahl von Autos und die benötigten Flächen für die Landwirtschaft" anwachsen würden. Mehr Menschen gleich mehr Ressourcenverbrauch, so die dieser Argumentation zugrunde liegende Logik, die selbstverständlich Konsum mit Verbrauch gleichsetzt und den Ressourcenverbrauch hierzulande einfach extrapoliert. Die rechtspopulistische Zeitung aus dem Hause Springer teilte ihrer Leserschaft auch praktischerweise mit, wer auf diesen bestechend einfachen Erklärungsansatz für die Gebrechen des Kapitalismus gekommen ist:

» *Dass das starke Wachstum zu einem riesigen Problem werden wird, ist spätestens seit der Schrift "An Essay on the Principle of Population" des britischen Ökonomen Thomas Malthus aus dem Jahr 1798 bekannt. Auch als Folge einer nicht zu unterdrückenden Passion zwischen den Geschlechtern werde die Zahl der Menschen so weit zunehmen, dass Armut und Elend das unausweichliche Resultat sein*

würden. «

Malthus war tatsächlich schon Ende des 18. Jahrhunderts der Ansicht, dass die Erde überbevölkert sei. Diese These erarbeitete Malthus unter dem Eindruck der enormen Verelendungsschübe in Großbritannien, die aufgrund der gewaltförmigen Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise die damalige Gesellschaft erschütterten. Trotz dieser historisch wohl einmaligen Fehleinschätzung des anglikanischen Pfarrers übt sein Denken - vor allem in Krisenzeiten - immer noch eine enorme Anziehungskraft aus. Mag die Welt im 18. Jahrhundert nicht überbevölkert gewesen sein, so kann dies sehr wohl im 21. Jahrhundert der Fall sein. Die Bevölkerungsexplosion in der "Dritten Welt" wäre somit für die Zunahme von Verelendung und Armut, für Nahrungs-, Ressourcen- oder Energiekrise verantwortlich. Trotz seiner blamablen Diagnose im 18. Jahrhundert würde Malthus somit im 21. Jahrhundert, einem ideologischen Zombie gleich, post mortem dennoch triumphieren.

Ein Blick auf die regionale Verteilung des Bevölkerungswachstums scheint diese These zu untermauern, da ja tatsächlich die höchsten Wachstumsraten in den Elendsregionen dieser Welt, in Afrika, dem Mittleren Osten, Lateinamerika und Indien zu finden sind. Die entwickelten Industrieländer und China weisen hingegen eine stagnierende oder rückläufige Bevölkerungsentwicklung auf. Dennoch kann von einer "Bevölkerungsexplosion" keine Rede sein,

da sich die Wachstumsrate bereits seit etlichen Jahrzehnten immer weiter verlangsamt und inzwischen auch die Bevölkerungszunahme in absoluten Zahlen rückläufig ist. In den 1950ern kamen auf eine Frau durchschnittlich fünf Kinder, jetzt sind es nur 2,5 Kinder. Selbst der Club of Rome – der in seinem berühmten Bericht die "Grenzen des Wachstums" diese Überbevölkerungsdebatte in der Krisenperiode der 1970er Jahre reanimierte - geht in seiner jüngsten Prognose deswegen davon aus, dass im Gefolge der globalen Urbanisierungsprozesse die Weltbevölkerung bereits 2042 ihren Höchststand von 8,1 Milliarden Menschen erreichen wird und danach ein Schrumpfungsprozess einsetzen dürfte.

An der Ressourcenkrise haben die Industrieländer den größten Anteil

Entscheidend für die gegenwärtige Argumentation der Malthus-Zombies ist aber, in welchem Ausmaß das gegenwärtige Bevölkerungswachstum in der "Dritten Welt" zur tatsächlich gegebenen Ressourcenkrise beiträgt. Beim Energieverbrauch kann dies eindeutig verneint werden. In Afrika – dessen Bevölkerung rasant ansteigt - stieg der Energiebedarf zwischen 1990 und 2008 um 70 Prozent, während China, dessen Bevölkerung stagniert, eine Zunahme des Energiebedarfs um 146 Prozent verzeichnete. Die Volksrepublik, die trotz stagnierender Bevölkerung zum größten Energiekonsumenten der Welt aufstieg, verbraucht inzwischen drei

Mal so viel Energie wie der gesamte afrikanische Kontinent! Einen ähnlich hohen Energiebedarf weisen Europa und die USA auf. Afrika dürfte somit gerade mal ein Zehntel der Energie verbrauchen, die USA, Europa und China jährlich verheizen.

Geradezu pervers wird es, den Konsum von Nahrungsmitteln in der "Dritten Welt" mit der sich abzeichnenden Nahrungskrise in Zusammenhang zu bringen. Der Kalorienkonsum im subsaharischen Afrika hat zwischen 1964 und 1999 nur leicht von 2058 auf 2195 Kalorien zugelegt. In den Industrieländern kletterte er im gleichen Zeitraum von 2947 Kalorien auf 3380 Kalorien. Bei vielen Ressourcen liegt der Verbrauch in den Industrieländern um bis zehnmal höher als in den "Entwicklungsländern", konstatierte eine unter anderem vom Umweltbundesamt kofinanzierte Studie zum globalen Ressourcenverbrauch. Die Einwohner Nordamerikas konsumieren demnach 90 Kilogramm Ressourcen pro Tag, in Europa seien es 45 Kilogramm – und in Afrika 10 Kilo.

Interessanterweise liegt die tägliche Ressourcenentnahme in Afrika bei rund 15 Kilo pro Einwohner. Was passiert mit diesem Förderüberschuss? Mit circa drei Tonnen pro Einwohner und Jahr stellt Europa den "Kontinent mit den größten Netto-Importen an Ressourcen" dar, der von einem "bedeutenden Transfer von Ressourcen aus armen Ländern mit geringem Konsum in Reiche Länder mit hohem Konsum" profitiere, so die Studienmacher.

Malthus steht plötzlich Kopf: Anstatt sie selber zu verfeuern, führen die Regionen mit dem höchsten Bevölkerungswachstum (arme Länder) rund ein Drittel ihrer geförderten Ressourcen in die Regionen aus, in denen kein Bevölkerungswachstum vonstattengeht (reiche Länder).

Offensichtlich tragen somit nicht die unterentwickelten Länder mit dem höchsten Bevölkerungswachstum zur Ressourcenkrise bei, sondern die entwickelten Industrieländer, die ein Vielfaches an Ressourcen – die zum guten Teil aus der "Dritten Welt" importiert werden - verballern. Die drohende Hungerkrise in den Entwicklungsländern ließe sich schnell lindern, wenn etwa nicht Nahrung zur Herstellung von "Biokraftstoffen" missbraucht würde. Rund die Hälfte des weltweit produzierten Getreides wird zur Produktion von Kraft- und Futterstoffen verschwendet. Zudem weisen gerade die Länder besonders hohe Steigerungen des Energieverbrauchs auf, die eine kapitalistische "Modernisierung" durchlaufen, wie etwa China. Offensichtlich ist der steigende Ressourcenverbrauch nicht an das Bevölkerungswachstum, sondern an das Wirtschaftswachstum gekoppelt - das wiederum nur den volkswirtschaftlich wahrnehmbaren Ausdruck der Akkumulationstätigkeit von Kapital darstellt. Es ist somit nicht das Bevölkerungswachstum, sondern das Wachstum des Kapitals vermittels dessen Selbstverwertung (Die äußere Schranke des

Kapitals), was zur sich abzeichnenden Ressourcenkrise hauptsächlich beiträgt. Kapital kann sich nur durch den permanent steigenden Einsatz von Ressourcen auf immer höherer Stufenleiter reproduzieren.

Die von Malthus prognostizierte Verarmung ist eine Folge des sich durchsetzenden Kapitalismus gewesen

Angesichts der offensichtlichen Unsinnigkeit und Absurdität der Thesen der Überbevölkerungsideologen stellt sich hingegen die Frage, wieso dieses archaische Denken des 18. Jahrhunderts ausgerechnet jetzt in der gegenwärtigen Krisenperiode um sich greift. Malthus formulierte seine Thesen in einer Phase ungeheurer Massenverarmung, die mit der Durchsetzung des Kapitalismus in England einherging. Die Arbeitslosen und massenhaft von ihrem Grund und Boden vertriebenen Menschen, die der Kommerzialisierung der Landwirtschaft weichen mussten, wurden als "überflüssiges Menschenmaterial" in die Städte gespült, wo sie die Reservearmee der industrialisieren Revolution bildeten, oder sie irrten auf dem Land umher, wo sie permanenter Repression ausgesetzt waren. Dieser langfristige Prozess der "Einhegungen", der mit massiven Vertreibungen einhergehenden Etablierung von Privatbesitz an Grund und Boden fand gerade zur Lebzeiten von Malthus seinen historischen Höhepunkt. Malthus ideologisierte die desaströsen sozialen Folgen der "Kommerzialisierung" der

Landwirtschaft zu einem "natürlichen" Prozess der Überbevölkerung. Die Opfer dieser "Einhegungen" wurden so durch Malthus zu den Tätern gemacht – und das verbrechen, das sie begangen haben, bestand einzig in ihrer Existenz.

"Schafe fressen Menschen", so fasste Thomas Morus diesen historischen Prozesses der Etablierung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse bereits an seinem Beginn zusammen. Die Folgen dieser brutalen Enteignung und Zerschlagung der Allmende, die Malthus stupide als eine natürliche Tendenz der Unterschichten zur unkontrollierten Vermehrung deutete, empörten Morus noch aufs Äußerste:

» *So umgibt ein einziger unersättlicher Prasser, ein scheußlicher Fluch für sein Vaterland, einige tausend zusammenhängende Äcker mit einem einzigen Zaun, die Bodenbebauer werden hinausgeworfen, entweder gewaltsam unterdrückt oder mit List umgarnt, oder, durch allerlei Unbilden abgehetzt, zum Verkauf getrieben. So oder so wandern die Unglücklichen aus, Männer, Weiber, Kinder, Ehemänner und Gattinnen, Waisen, Witwen, Mütter mit kleinen Kindern, mit einer zahlreichen dürftigen Familie, da der Ackerbau vieler Hände bedarf — sie wandern aus, sage ich, aus ihren altgewohnten Heimstätten, und finden kein schützendes Obdach; ihren ganzen Hausrat, für den ohnehin nicht viel zu erzielen ist, müssen sie, da sie ausgetrieben werden, für ein Spottgeld hergeben, und wenn sie dann diesen Erlös*

binnen Kurzem bei ihrem Herumschweifen aufgebraucht haben, was bleibt ihnen schließlich übrig, als zu stehlen und danach von Rechtswegen gehängt zu werden, oder als Bettler sich herumzutreiben? Dann werden sie als Landstreicher in's Gefängnis geworfen wegen müssigen Herumtreibens, während sie doch niemand in Arbeit nehmen will, obwohl sie sich höchst begierig anbieten. Denn wo nicht gesät wird, da ist es mit dem Ackerbau nichts, den sie doch allein erlernt haben. Ein einziger Schaf- oder Rinderhirt nämlich genügt, das Land von den Schafen abweiden zu lassen, das mit Sämereien zu bestellen viele Hände erforderte. «

Die "Bodenbauer" sind im Rahmen der sich damals etablierenden Kapitallogik tatsächlich "überflüssig" geworden, da ein einziger "Schaf- oder Rinderhirt" genügte, wo zuvor "viele Hände" erforderlich waren. Der Pauperismus der frühen Neuzeit, den Malthus als einen augenscheinlichen "Beweis" für seine Überbevölkerungsideologie anführte, war somit eine Folge der Durchsetzung des Kapitalismus, der in seiner Genese eine riesige Masse an ökonomisch "Überflüssigen" und ausgestoßenen Menschen schuf, die erst im Zuge des 19. Jahrhunderts in die kapitalistische Industrieproduktion größtenteils aufgesogen wurden. Malthus lieferte mit seiner Ideologie aber die Rechtfertigung für die drakonischen und terroristischen "Arbeitsgesetze" der damaligen Zeit, wie auch für die

massenmörderische Politik der Briten im von Hungersnöten geplagten Indien der viktorianischen Ära.

Eine ähnliche weltgeschichtliche Situation entfaltet sich auch gegenwärtig, da derzeit krisenbedingt immer mehr Menschen aus der Lohnarbeit herausgeschleudert werden. Diese Krise wird noch potenziert durch die Ressourcenkrise, die – wie dargelegt – aus dem unersättlichen Ressourcenhunger der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie resultiert. Die Arbeitslosenquoten in Südeuropa nähern sich inzwischen dem Niveau in der "Dritten Welt" an, doch es findet zugleich gerade kein massiver Verfall der Rohstoffpreise statt, der für Rezessionen eigentlich charakteristisch ist. Während die globalen "Wohlstandsinseln" immer weiter abschmelzen und Verelendung, Marginalisierung, Obdachlosigkeit und Massenarbeitslosigkeit um sich greifen, gewinnt der Reflex an Intensität, diesen Pauperismus zu einem "natürlichen" Phänomen zu ideologisieren. Dieser Reflex ist die Ausgeburt eines Denkens, das nicht fähig ist, die eigene, als "natürlich" imaginierte Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.

Die innerhalb der kapitalistischen Akkumulationsbewegung überflüssige Bevölkerung soll abermals zur Ursache der Krise erklärt, die bloße Existenz dieser Ausgestoßenen des Kapitalismus zum eigentlichen Problem halluziniert werden. Die unlösbaren und sich in der Krise zuspitzenden Widersprüche des Kapitalismus

erhalten so den Anschein natürlicher Phänomene der "Überbevölkerung". Letztlich dient auch die gegenwärtige Reanimierung der malthusianischen Ideologie dazu, deren Träger gegen das um sich greifende Elend zu immunisieren, und sie die kommenden Verwerfungen im globalen Süden zu legitimieren.

Crowdsourcing und Cloudworking: Schöne neue Arbeitswelt

Wie die Technologien des Web 2.0 unser Arbeitsleben grundlegend umkrempeln werden

Der Menschheit ergeht es unterm Kapital wie dem berühmten Zauberlehrling, der die Geister nicht mehr kontrollieren konnte, die er herbeirief. Sind sie erst einmal im Prozess der Kapitalverwertung voll inkorporiert, scheinen sich seine größten Errungenschaften und Erfindungen gegen den Menschen zu wenden, zu einer feindlichen und unüberwindlichen Macht anzuwachsen, die durch marktvermittelte objektive "Sachzwänge" allen Lohnabhängigen das Leben zur Hölle machen.

Diese konstitutive Tendenz kapitalistischer Herrschaft - auf deren Fundament die bürgerlichen Ideologien des Kulturpessimismus und der Fortschrittsfeindlichkeit blühen - charakterisierte auch die widersprüchliche Entwicklung des Internets, das einerseits einen ungeheuren Schub der Globalisierung und Rationalisierung kapitalistischer Warenproduktion beförderte, aber andrerseits seiner inhärenten Struktur nach das Kapitalverhältnis bereits zu transzendieren schien: Nichts ist augenscheinlich absurder und widersinniger, als innerhalb der Weiten des World Wide Web die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse durchsetzen zu wollen. Der

Windmühlenkampf der Politik und Kulturindustrie um die Durchsetzung des "Copyright" kann nur unter sukzessiver Verstümmelung des freien Informationsflusses im Netz fortgesetzt werden - und er bildete einen wichtigen Impuls bei der Formierung der europäischen "Piratenparteien".

Abseits der Sphäre der digitalen und immateriellen Güter hat aber schon der Vernetzungsschub des Internet 1.0 (das primär die passive Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationskanäle ermöglichte) die ungeheure Dynamik der Globalisierung der kapitalistischen Warenproduktion überhaupt erst technisch ermöglicht, bei der globale Produktionsketten in einem zuvor ungekannten Ausmaß aufgebaut und tatsächlich erfolgreich koordiniert werden konnten. Die damit einhergehenden Rationalisierungsschübe ließen eine verstärkte globale Verdrängungskonkurrenz in den meisten Industriezweigen um sich greifen, mit der im Rahmen der neoliberalen Offensive der vergangenen Jahrzehnte bereits eine umfassende Umwandlung des Arbeitslebens und eine Verstärkung des Leistungsdrucks einhergingen.

Mittels umfassender Flexibilisierung der Arbeitsabläufe, einer Dezentralisierung der Produktion, der Abschmelzung der Kernbelegschaften und dem korrespondierenden Aufbau einer Klasse prekarisierter Tagelöhner reagierten etwa viele deutsche

Konzerne durchaus erfolgreich auf die zunehmende Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmarkt. Gesamtgesellschaftlich eingebettet ist die erste Phase dieser webbasierenden Umwandlung des Arbeitslebens in die neoliberal verbrämte totale Mobilisierung der Gesellschaft anhand der Wirtschaftsinteressen - alle Ressourcen und Gesellschaftsbereiche der als "Leistungsgemeinschaft" ideologisierten Nation sollen im Rahmen dieses totalitären Ökonomismus in den Dienst an der Front der zunehmenden Weltmarkt- und Standortkonkurrenz gezwungen werden.

Dennoch blieben die grundlegenden Strukturen des Arbeitslebens weitgehend unangetastet. Die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen macht sich immer noch jeden Morgen auf den Weg an ihren physisch tatsächlich gegebenen Arbeitsplatz, der sich in einem Betrieb, einem Bürokomplex oder einer sonstigen Institution befindet, die jenseits der Wohnung liegen. Die Trennung zwischen der Privatsphäre des Lohnabhängigen und dem Arbeitsleben blieb gesamtgesellschaftlich betrachtet größtenteils bestehen. Zudem dominieren allen Prekarisierungswellen zum Trotz immer noch abhängige Beschäftigungsverhältnisse die Arbeitswelt im heutigen Spätkapitalismus.

Selbst in der rasch anschwellenden Zeitarbeitsbranche, die besonders in Deutschland schnell wuchs, handelt es sich um eben

solche mit Arbeitsverträgen kodifizierten Formen abhängiger Lohnarbeit. Lohnarbeit wird auch im krisengeschütteltem Kapitalismus immer noch überwiegend an Arbeitsplätzen außerhalb der Privatsphäre verrichtet, wie es seit der Durchsetzung der Industrialisierung der Fall ist. All dies dürfte aber künftig zur Disposition stehen, denn die kommenden Umbrüche könnten die bisherigen Rationalisierungs- und Globalisierungsschübe zu einem bloßen Prolog degradieren.

IBM als Vorreiter der webbasierenden Prekarisierung

Wohin die Entwicklung tendiert, zeigte IBM-Personalchef Tim Ringo in einem unachtsamen Moment im April 2010 auf, als er im Gespräch mit der Fachzeitschrift Personnel Today eine Reduzierung der fest angestellten Stammbelegschaft des IT-Riesen von knapp 400 000 auf weltweit nur noch 100 000 Angestellte bis 2017 diskutierte, die unter Anwendung der webbasierenden Rationalisierungsstrategie des Crowdsourcing vollführt werden könnte: "Es gäbe keine Gebäudekosten, keine Renten und keine Kosten für das Gesundheitswesen, was enorme Einsparungen bedeutet", so Ringo begeistert.

Bei diesem Crowdsourcing wird eine ursprünglich innerhalb des Unternehmens vollführte Tätigkeit ausgelagert und an eine Gruppe (Crowd) von prekären Lohnabhängigen oder Kleinstbetrieben

ausgelagert, die diese Tätigkeit dann projektbezogen und in Konkurrenz zueinander verrichten, sobald die Unternehmensleitung diese ausschreibt (im Kapitaljargon als "call" bezeichnet). Ringo machte in dem Interview auch klar, dass die rund 300.000 in den Planungen zum Abschuss freigegebenen IBM-Angestellten eigentlich "nicht gefeuert" würden, da man sie hiernach als "Auftragsnehmer" weiterbeschäftigen würde: "Ich denke, Crowdsourcing ist sehr wichtig, du hast einen Kern von festen Angestellten, aber die große Mehrheit wird ausgelagert." Selbstverständlich wurde dieser allzu offenherzige Vorstoß des Personalmanagers von der Konzernführung im April 2010 umgehend dementiert. Und selbstverständlich geht IBM nun daran, mit ersten Flexibilisierungsoffensiven eben dieses Konzepts umzusetzen.

Anfang Februar 2012 versetzten Pressemeldungen über geplante massive Stellenstreichungen bei IBM-Deutschland die Belegschaft des IT-Unternehmens in helle Aufregung. Bis zu 8.000 der rund 20.000 in Deutschland angestellten IBM-Mitarbeiter würden in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren, ließen Spitzenmanager gegenüber dem Handelsblatt durchsickern.

Die Konzernleitung hüllte sich bezüglich des anstehenden Kahlschlags einen geschlagenen Monat in Schweigen, bis IBM-Deutschland-Chefin Martina Koederitz sich am 1. März zu einem

lustlosen Dementi durchrang. Die Meldungen über den Personalkahlschlag seien "spekulativ", das Unternehmen plane "im Moment" keine Massenentlassungen. Am 30. März folgte das Dementi des Dementis, als Koederitz, angesprochen auf den Stellenabbau im Gespräch mit den VDI Nachrichten darauf insistierte, auch künftig "neue Technologien zu erproben", die die "Arbeitsumgebung auch in Zukunft intelligenter, smarter und flexibler gestalten". IBM habe etwa schon in den 1980er Jahren angefangen, "Heimarbeitsplätze zu entwickeln", betonte die IBM-Chefin.

Tatsächlich pflegt die Führungskaste des Hochtechnologie-Konzerns ein elitäres Selbstbild, bei dem IBM als ein Schrittmacher neuer Business-Strategien und Arbeitsstrukturen firmiert, die dann von der gesamten Branche übernommen würden. Diese Ideologie der permanenten Innovation, bei der sich IBM immer wieder "neu erfinden" müsse, gründet in der erfolgreichen Transformation des Unternehmens von einem Hardware-Hersteller zu einem hochprofitablen Software- und Dienstleistungskonzern. "Big Blue" gilt in dieser Hinsicht in der Branche als Vorbild: Etwa auch der krisengeplagte Hardwarekonzern HP ist bemüht, mittels einer massiven Entlassungswelle eine ähnliche Transformation wie IBM zu vollführen.

Das Damoklesschwert der Massenentlassungen schwebt also

weiter über der deutschen IBM-Belegschaft, für die Koederitz nicht einmal die genaue Mitarbeiterzahl angeben will, da dies angeblich angesichts der hochgradigen globalen Verflechtung des Konzerns kaum noch möglich sei. Der Hinweis der deutschen IBM-Chefin auf die "Heimarbeitsplätze", an deren Entwicklung IBM federführend beteiligt gewesen war, bietet auch einen Ausblick auf die Zukunft der derzeitigen Belegschaft, sollte sich die Konzernführung durchsetzen. Die neusten Webtechniken sollen hierbei eine Klasse prekarisierter Tagelöhner hervorbringen, deren Wohn- und Arbeitsplätze verschmelzen würden.

Die Verflüssigung des Arbeitslebens

Das von der Konzernführung "Liquid" getaufte Organisationsmodell sieht eine massive Flexibilisierung der Arbeitsabläufe und deren "flüchtigere Organisation" vor, die durch die Auslagerung von Tätigkeitsfeldern an externe Dienstleister und insbesondere an freie Mitarbeiter bewerkstelligt werden soll. Die Masse betriebswirtschaftlich verwerteter Arbeitskraft - wie auch der hierfür notwendigen Arbeitskräfte - soll so einer Flüssigkeit gleich nahezu friktionslos den Erfordernissen des Konzerns angepasst werden können. Das Liquid-Konzept stellt somit die Perfektionierung des neoliberalen Wunschtraums vom "atmenden Unternehmen" dar, das Lohnarbeiter nach Gutdünken heuern und feuern kann.

Das Neuartige an diesem Konzept besteht darin, dass nun Organisationsstrukturen des Internets massiv auf die Arbeitsabläufe in der IT-Branche übertragen werden sollen. Das Internet scheint aus der digitalen Sphäre herauszutreten und sich in der Realität des Arbeitslebens in dessen Strukturen zu "materialisieren". Das Internet 2.0 ist durch die Aktivität der Netzteilnehmer geprägt, der "Schwarm" gilt als dessen zentraler Akteur, das "soziale Netzwerk" bildet dessen grundlegende Kommunikationsplattform, die Cloud (Datenwolke) gilt als dessen zentrales Strukturmerkmal. Und genau diese Charakteristika des Web 2.0 - der "Schwarm", das soziale Netzwerk und die Cloud - sollen auf die Arbeitswelt übertragen werden.

Um die Ausmaße der drohenden Prekarisierungswelle voll zu erfassen, muss hier nochmals der fundamentale Unterschied zu den Umstrukturierungsschüben im Gefolge der Inwertsetzung der Techniken des "passiven" Internet 1.0 betont werden. Das Internet 1.0 spielte bei den bisherigen Globalisierungsschüben größtenteils eine strukturell passive Rolle, weil es nur die bestehenden Strukturen der Betriebsorganisation quantitativ modifizierte und erweiterte: Es ermöglichte eine größere Reichweite betriebswirtschaftlicher Organisation, eine Beschleunigung des Verwertungsprozesses, größere Effizienzgewinne oder Einsparpotenziale ...

Das Web 2.0 wird hingegen aktiv zu der strukturellen Auflösung und Zerfaserung der gegebenen betriebswirtschaftlichen Strukturen beitragen, wie es bereits an IBMs Liquid-Konzept absehbar ist. "Big Blue" will künftig viele Softwareprojekte auf eigens eingerichteten Internetportalen (Liquid Portal) ausschreiben, bei denen zertifizierte freie Softwareentwickler sich anmelden können, um sich für die jeweils von IBM ausgeschriebenen Projekte zu "bewerben". Auf diesen "Projektbörsen" - die eine Art eBay der Lohnarbeit darstellen werden - dürfen auch die derzeit noch fest angestellten IBM-Mitarbeiter um neue Aufträge "mitbieten".

Dies wird von der sogenannten "Liquid Community" bereits seit einiger Zeit im Unternehmen im kleinen Maßstab praktiziert, sodass IBM bereits erste Erfahrungen mit Crowdsourcing intern sammeln konnte. Hierbei handelt es sich um rund 7.000 IBM-Mitarbeiter mit freien Zeitkonten, die sich in diese "neue Arbeitsweise exakt eingefügt" hätten, wie IBM-Vizepräsident Patric Howard im August 2011 schwärmte: "Wir schaffen 30 Prozent schnellere Auslieferung, 20 Prozent höhere Qualität, (...) und haben dabei in 30 Monaten die Kosten um 33 Prozent gesenkt." Sollte diese massive Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsorganisation erfolgreich sein, wird das bereits in Ansätzen zu Anwendung gelangende Liquid-Konzept konzernweit voll umgesetzt werden.

Bei dem "externen" Crowdsourcing soll das auf projektbezogene Jobvermittlung spezialisierte Internetportal Top-Coder zum Zuge kommen, bei dem sich global bereits knapp 400 000 freie Programmierer als Nutzer angemeldet haben. Hierbei erstellt der betreffende Programmierer ein Profil seiner Fähigkeiten, wie auch auf anderen Online-Plattformen, um dann an dem allgemeinen Konkurrenzkampf um Aufträge teilnehmen zu können. IBM wird somit in einem ersten Schritt beim Top-Coder-Portal bestimmte Ausschreibungen platzieren, dass im Firmenjargon als "Liquid Ressource" bezeichnet wird. Das entsprechende Portal gleicht somit Facebook, nur dass hier die von IBM zertifizierten Fähigkeiten der Beschäftigten und deren frühere Leistungsbewertungen eingesehen werden können.

Perspektivisch will IBM diese Art des webgestützten Tagelöhnertums in der gesamten Branche popularisieren, indem die entsprechenden Portale auch selbst aufgebaut und anderen Unternehmen zur Nutzung angeboten werden sollen - gegen eine Gebühr, die zur weiteren Einahmequelle wird. Der künftige IBM-Projektleiter aus der Kernbelegschaft könnte diesen Vorstellungen gemäß künftig auf etlichen Jobportalen sich seine freien Mitarbeiter aus verschiedenen Portalen für ein Projekt einfach "zusammenklicken" - ganz so, wie wir uns derzeit Favoritenlisten oder Einkaufslisten auf Internetportalen zusammenstellen.

Jobportale wie Top-Coder oder Twago stellen somit eine Art pervertiertes soziales Netzwerk dar, auf dem die prekarisierten Lohnabhängigen ihre Ware Arbeitskraft feilbieten müssen - und deren einzige Kommunikationsform die gnadenlose Konkurrenz untereinander bildet. Im Idealfall sollen die an die Portale gerichteten "Calls" (die Projektaufträge) der IT-Konzerne "offen" sein. Dies bedeutet, dass jeder auf dem Portal gemeldete Programmierer an der Realisierung des Projekts teilnehmen kann und nur die beste Lösung auch entlohn wird. Die Konsequenzen dieser Form des "Crowdsourcing" schilderte die Verdi-Betriebszeitung bei IBM:

»Das ist für den Aufgabensteller - hier die IBM - besonders lukrativ, denn der kann aus den fertigen angebotenen Lösungen genau die aussuchen, die ihm am besten gefällt und am billigsten ist. Natürlich wird nur diese eine fertige Lösung bezahlt. Vielleicht kriegt noch der Zweitplatzierte etwas, aber die anderen gehen leer aus. Sie haben dann umsonst gearbeitet.«

Arbeiten in der Cloud

Das soziale Netzwerk - von den Medien spätestens seit dem Ausbruch des "arabischen Frühlings" als das Mittel menschlicher Emanzipation schlechthin idealisiert - wandelt sich bei Einverleibung in den Verwertungsprozess zu einem buchstäblich

"Asozialen Netzwerk", das Konkurrenz und Ausbeutung auf eine neue Stufe stellt. In einer furchtbaren Ironie wird so das soziale Netzwerk dazu missbraucht, die konkurrenzvermittelte Vereinzelung der lohnabhängigen Monaden auf die Spitze zu treiben, deren Wohnung somit auch zum Arbeitsplatz würde.

Inzwischen macht das Schlagwort des "Cloud Working" in der Branche die Runde, um aus betriebswirtschaftlicher Perspektive die Möglichleiten des Web 2.0 auf den Begriff zu bringen. Mit dem IT-Begriff der "Cloud" (Wolke) werden die Daten, Programme und Dienstleistungen bezeichnet, die ein Benutzer in dem Internet aufbewahrt - etwa durch webgestützte E-Mail-Clients, soziale Netzwerke, Videoportale, Foto- und Musikdienste, usw. Nahezu jeder von uns hinterlässt solch eine Wolke von persönlichen Daten im Internet. Die in asozialen Netzwerken der Lohnarbeit gegeneinander konkurrierenden Menschen sollen im Idealfall Teil einer "Wolke" aus lebendiger Arbeitskraft werden, die um die Kernbelegschaft eines Konzerns konjunkturabhängig fluktuiert. Diese menschliche Wolke, diese "Human Cloud" von freien Mitarbeitern, bleibt nur noch vermittels der Subunternehmen, Jobportale und der entsprechenden Zertifizierungen an dem Unternehmen "angedockt".

Mit diesem Prozess geht auch eine regelrechte Zerfaserung der Unternehmensstrukturen einher, die aufgrund einer Vielzahl von

Subunternehmen, Dienstleistern und Jobportalen im Konzernumfeld an Eindeutigkeit und Kontur verlieren. Künftig sollen somit möglichst viele Arbeitsabläufe in Form von "offenen Calls" auf Projektbasis an diese Tagelöhner in der "Human Cloud" ausgeschrieben werden, die sich wie ein "Schwarm" auf diese Calls stürzen und in Konkurrenz zueinander dem Konzern ihre Lösungen anbieten, von denen dieser die besten auswählen kann. Hier würde ein "Schwarm des Kapitals" H. Marcks) kreiert, der enorme Effizienzgewinne ermöglichte. Das System ist zudem auf direkte, globale Konkurrenz ausgelegt, bei dem der Standort der einzelnen Cloud-Mitglieder keine Rolle spielt. Deswegen erwägt sich die IBM-Führung die Einführung globaler Arbeitsverträge. Und deswegen ist die IBM-Deutschland-Chefin Koederitz schon heute der Ansicht, die genaue Anzahl ihrer Mitarbeiter in Deutschland aufgrund der globalen Verflechtung ihres Unternehmens nicht beziffern zu können.

Im Grunde stellen diese Überlegungen die Konsequenz des neoliberalen Appells an die "Selbstverantwortung" der Lohnabhängigen dar. Diese würden so tatsächlich zu den "Unternehmern ihrer selbst" werden, die nun für alle Voraussetzungen ihrer Lohnarbeit aufzukommen hätten: Ausbildung, Gesundheit, Renten, Arbeitsplatz, Arbeitsmittel, etc. - während die Zuspitzung der Konkurrenz untereinander und die

Form der Heimarbeit die Organisierung von Gegenwehr stark behindern würden.

Auch in Deutschland gibt es übrigens erste Versuche, "Human Clouds" aufzubauen. So kann das Portal Clickworker.com bereits 100 000 Nutzer verzeichnen, die prekär Korrekturaufgaben, Texterstellung oder Internetrecherche übernehmen. Kein Wunder also, das IBM-Personalchef Ringo schon 2010 so begeistert war. Die Zeitschrift Personnel Today, der Ringo das besagte Interview gab, berichtete zudem von einem gigantischen gesamtwirtschaftlichen Potenzial für diese neuen Formen der prekären webbasierenden Arbeitsvermittlung in den USA: "Outsourcing-Experten erklärten, dass Arbeitgeber im privaten wie im öffentlichen Sektor dieses Modell verstärkt in Erwägung zögen, um die Personalkosten im Gefolge der Rezession zu senken."

Tendenziell können nahezu alle Formen der Büroarbeit - und auch viele Dienstleistungen - in die "Cloud" ausgelagert werden. Wie eine solch umfassend prekarisierte "schöne neue Arbeitswelt" aussehen würde, schildert der im Auftrag der Gewerkschaft Verdi produzierte Kurzfilm Gar kein Wolkenkuckucksheim. Der Film entwickelt ein Zukunftsszenario, bei dem Lohnabhängige in den meisten Branchen bereits zu Cloud-Workern zugerichtet wurden.

Webbasierte Kontrolle der Internet-Tagelöhner

Diese angestrebte Bindungslosigkeit des neuen Internetproletariats ist für die Unternehmen Segen und Fluch zugleich. Der Verzicht auf einen Arbeitsplatz mitsamt fester Anstellung, Büroflächen, Sozialabgaben und Arbeitsausrüstung lässt auch keinerlei Verbindlichkeit, Loyalitäten oder sonstiger Bindungsgefühle seitens des neuen digitalen Prekariats aufkommen. Eine Identifizierung des Tagelöhners mit dem Konzern - der für gewöhnlich eine spezifische Corporate Identity kreiert - ist somit nicht mehr möglich. Hierdurch fällt der Kernbelegschaft auch die Sicherung einer zuverlässigen Mitarbeit der Tagelöhner, mitunter der Qualitätskontrolle der abgelieferten Arbeit, sehr schwer.

Nach dem Ende des jeweiligen "Projekts" findet sich ein "Cloud Worker" wieder arbeitslos in der Wolke wieder, sodass die üblichen Anreize der kontinuierlichen Karrierelaufbahn, wie sie bei Angestellten noch zum Tragen kommen, nicht mehr greifen. Die umfassende gruppenbedingte Kontrolle des Angestellten am Arbeitsplatz, die sich ja bereits in der gläsernen Transparenzarchitektur vieler postmoderner Bürohochhäuser widerspiegelt, kann bei den vereinzelten Monaden in dem webbasierenden Schwarm des Kapitals naturgemäß nicht mehr aufrecht gehalten werden und muss durch andere webgestützte Formen der Disziplinierung und Leistungsbewertung ersetzt werden.

Genau daran wird in der Branche mit Hochdruck gearbeitet, während erste Ansätze webgestützter Leistungskontrolle bereits umgesetzt wurden. Die von dem deutschen IT-Riesen SAP aufgekaufte Firma Success Factor gilt beispielsweise als Pionier eines auf Cloud-Basis durchgeführten "Human Capital Management". Sobald Unternehmen einen Großteil ihrer IT-Infrastruktur auflösen und stattdessen die Datenverarbeitung an externe Anbieter von Cloud-Computing auslagern, sinken die Kosten extremster Kontrolle dramatisch. Die Anbieter solcher Datenwolken erledigten nicht nur die klassischen betriebswirtschaftlichen IT-Aufgaben. Firmen wie "Success Factor" bieten zudem Software an, die in der Datenwolke "Fehlzeiten, Arbeitszeiten, Vertragsabschlüsse, oder sonstige der Leistungsnachweise" der Lohnabhängigen analysiert, berichtete am 17. Mai 2012 die FAZ.

Die Leistungen der Angestellten könnten somit quasi in Echtzeit im Rahmen einer Dienstleistung eines externen Cloudanbieters "gemessen, bewertet und verglichen" werden, ohne dass das betreffende Unternehmen größere Investitionen tätigen müsste. Der Preis für "professionelle" Leistungsüberwachung und Kontrolle würde deswegen dramatisch sinken, so die FAZ: "Denn mit den neuen Cloud-Angeboten können die Kunden [der Cloud-Anbieter T.K.] die Programme für ihre Computer quasi aus der Steckdose

ziehen." Im Klartext: Bald kann sich jeder Kleinbetrieb das "Human Ressource Management" eines Großkonzerns leisten - inklusive der entsprechenden Ausbeutungsraten und des korrespondierenden Rationalisierungspotenzials.

Was "Success Factor" an der Datenwolke einzelner Unternahmen vollführt, wird künftig auch an der "menschlichen Wolke" der prekarisierten Internet-Tagelöhner durchexerziert werden. Die Leistungen der Cloud-Worker würden dann durch webgestützte Programme und Portale ebenfalls bis ins Kleinste "gemessen, bewertet und verglichen", ohne dass die Beteiligten dieses Orwellschen Überwachungsprozesses in der "Human Cloud" auch nur ein einziges Mal einander ansichtig werden müssten. Das Karlsruhe Service Research Institute (KSRI) beschäftigte sich zwischen Juni 2010 und Mai 2012 in einem Forschungsprojekt mit den "People Clouds", die laut Projektbeschreibung "das Cloud-Computing-Paradigma auf menschliche Arbeitsleistung" übertragen sollen. Eine "besondere Herausforderung" dieses neuen Arbeitskonzepts stelle aber "das Qualitätsmanagement dar, da man sich wegen der eingeschränkten Kontrolle über die beteiligten Crowdworker nur bedingt auf einzelne Arbeitsergebnisse verlassen kann".

Um diesen Mangel zu beheben, habe das KSRI in dem Projekt "skalierbare Qualitätsmanagementmechanismen entwickelt,

welche die Arbeitsergebnisse mehrerer Crowdworker in einer effizienten Art und Weise kombinieren, um verlässliche Resultate zu garantieren". Hierdurch solle ein "integriertes Qualitätsmanagementkonzept" entstehen, so das KRSI, dessen Ausbeutungsforschung unter anderem von IBM gefördert wird. Andere Anbieter wie die US-Unternehmen Salesforce oder Saba, drängen mit ihren Lösungen für das "Human-Cloud-Management" bereist auf den Markt. Saba etwa will eine "revolutionäre" Software für die People-Cloud entwickelt haben, die einen "People-Quotient" ermittelt, der "den Einfluss, die Reputation und die Wirkung" der jeweiligen Cloud-Worker misst.

Der gläserne "Selbstunternehmer" in der People Cloud

Grundlage der webbasierten Arbeitskontrolle bildet ein regelrechter Zwang zur Transparenz. Die prekären Internet-Proletarier werden ihre Fähigkeiten und Zertifizierungen auf den besagten Job-Portalen wie Top-Coder öffentlich "ausstellen". Doch zugleich werden sich dort die Bewertungen aller ehemaligen Unternehmer finden, die künftig auf Grundlage der derzeit entwickelten Verfahren des "Human-Cloud-Management" ermittelt werden. Ein jeder ehemaliger "Arbeitgeber" wird so die Leistungen der Cloud-Worker nach Abschluss des jeweiligen Projekts bewerten können, was den Erfolgsdruck dieser Tagelöhner trotz prekärer Stellung ungemein steigern dürfte. Absolut transparente

Bewertungen auf offenen Internetplattformen werden das grausamste und auch zuverlässigste Kontroll- und Disziplinierungsmittel in der "People Cloud" darstellen.

Hier können durchaus Parallelen zu den Bewertungen von Online-Versandhändlern gezogen werden, wie sie bei eBay oder in Preisvergleichsportalen bereits heutzutage üblich sind. Dies ist im Rahmen des spätkapitalistischen Ökonomismus nur konsequent: Die allgegenwärtige Forderung nach Transparenz gilt dann auch für die prekarisierten "Unternehmer ihrer selbst", die nichts anderes immer billiger losschlagen können als ihre Arbeitskraft. Der derzeitige "Arbeitgeber" wird somit zum "Kunden" des Selbstunternehmers, womit die neoliberale Umwertung aller Werte in der Arbeitswelt abgeschlossen wäre.

Ein weiteres Mittel der Kontrolle in der schönen neuen Arbeitswelt des Web 2.0 bildet der Prozess der Fortbildung und der Erlangung neuer Fähigkeiten, der den Pries der Ware Arbeitskraft der Cloud-Worker steigen ließe. Die auf den Web-Portalen ihre Fähigkeiten feilbietenden Internet-Proleten müssen einen Nachweis erbringen, diese Fertigkeiten tatsächlich auch anwenden zu können. Dies geschieht über den Prozess der Zertifizierung, bei dem Arbeitskräfte spezielle Kurse oder Prüfungen absolvieren, in denen das entsprechende Fachwissen abverlangt oder vermittelt wird. Diese kostenpflichtigen Kurse bieten den IT-Konzernen die

Möglichkeit der Ausformung und Kontrolle des entsprechenden Fachwissens.

Darüber hinaus stellen sie eine zusätzliche und zuverlässige Einnahmequelle, wenn beispielsweise Cloud-Worker nur dann bestimmte Aufträge ergattern können, wenn sie die entsprechenden Kurse absolviert haben. IBM ist auch im Zertifizierungsgeschäft führend, dessen IBM Professional Certification Program laut Eigenaussage "international anerkannte Qualifizierungsstandards" setzt. IBM wirbt bereits mit der entsprechenden Logik für diese Dienstleistung: "Weisen Sie über eine Zertifizierung Ihre Qualifikation im IBM Produktumfeld nach und steigern Sie so Ihren Marktwert. Das lohnt sich für Ihre Karriere."

Der Kampf um das Individuum oder: der Humankapitalismus

Einen weiteren zentralen Kampfplatz der neuen Kontrolltechniken bildet schließlich das Individuum selber. Wurde im Laufe der ersten Phase des neoliberalen Rollbacks die gesamte Gesellschaft dem Ökonomismus untergeordnet, so sollen nun die Imperative der Kapitalverwertung möglichst tief im Bewusstsein der einzelnen Menschen verankert, die letzten Leistungs- und Kreativitätsreserven mobilisiert werden. Die totalitäre Verinnerlichung der Kapitalimperative soll so die webgestützte Überwachung und

Qualitätskontrolle ergänzen - und dem kriselnden Kapitalismus neue Verwertungsfelder eröffnen.

Bei Henrik Müller, dem stellvertretenden Chefredakteur des Manager Magazins, liest sich das in einem Gastbeitrag für Spiegel Online folgendermaßen: "Der wirklich knappe Faktor ist nicht mehr Kapital, sondern Kreativität - Humankapital in seiner schönsten Form. Die derzeitige Krise wird der Westen nur überwinden können, wenn die freien Gesellschaften diese Knappheit überwinden lernen." Müller forderte dabei einen "Humankapitalimus", der den Menschen in den Mittelpunkt stelle.

Wie inhuman der neue Humankapitalismus die Menschen in den oberen Etagen der Managementpyramiden bereits heutzutage dressiert, schilderte die Regisseurin Carmen Losmann in einem Gespräch mit der Deutschen Welle. Im Milieu des Human-Ressource-Management herrsche ein Menschenbild vor, das den Menschen als "sich selbst optimierende Ressource" imaginiert. Losmann stellte eindrucksvoll in ihrem Dokumentarfilm Work Hard - Play Hard, der ganz in die Welt transnationaler Konzerne und Beratungsfirmen eintaucht, die an Gehirnwäsche erinnernden Verfahren dar, in denen das gesamte Streben des Lohnabhängigen auf die optimale Verwertung seiner Leistungsressourcen geeicht wird.

Dabei treibt diese Management-Dressur die den kapitalistischen Arbeitsprozess charakterisierende Entfremdung auf die Spitze, indem sie scheinbar aufgehoben wird. Letztendlich sollen die Imperative der heteronomen, den Menschen in ihre Tretmühle zwingenden Kapitalverwertung als die Maxime des eigenen, autonomen Strebens wahrgenommen werden. Es gehe um eine "sehr subtile Uminterpretation von Selbstentfaltung". Dieses Vorgehen weise "schon teilweise faschistoide Tendenzen" auf, betonte Losmann.

Der Lohnabhängige soll vermittels eines pseudoprivaten Arbeitsumfeldes und der entsprechenden Techniken des Human-Ressource-Managements ganz im Streben nach dem Erreichen der Unternehmensziele aufgehen, und dies eigenverantwortlich, in Selbstkontrolle verwirklichen. "Wir sind Kapital" - diese Parole sollen künftige Generationen von Lohnabhängigen verinnerlichen. Einer der mit der Schaffung dieses kapitalistischen "Neuen Menschen" betrauten Kapitalroboter beschreibt im Film diesen intendierten Mentalitätswandel als einen Langzeitprozess: "Wir wollen den richtigen Menschen. Wenn wir das jetzt nicht richtig betreiben, dann gibt's uns in zehn Jahren nicht mehr. Prozesse und Strukturen lassen sich schnell ändern. Aber Einstellungen und Verhalten - das dauert."

Selbstverständlich werden hier bereits in Ansätzen gegebene

Konzepte der "Selbstoptimierung" - wie sie bereits BWL-Studenten eingebläut werden - ins Extrem getrieben. Die in den Labors des "Human-Management" ausgebrüteten Techniken der Selbstverleugnung, Selbstkontrolle und Selbstoptimierung sollen in abgewandelter Form in alle Sphären der Arbeitsgesellschaft diffundieren und sukzessive zur Voraussetzung der Lohnarbeit werden.

Es zeichnet sich dabei ab, dass die Heerscharen des Prekariats und der "Cloud-Worker" auf Formen der Selbstoptimierung verweisen, während die kleinen Kernbelegschaften einer leistungsoptimierenden Gehirnwäsche unterzogen werden, wie sie in "Work Hard - Play Hard" dargestellt wurde. Das Kapital nimmt mit diesem Drang nach Verinnerlichung seiner Imperativa in den Individuen auch eine fundamentale Umdeutung bestehender Begriffe in Angriff, die Orwellsche Ausmaße erreicht: Selbstausbeutung wird so zu Selbstverwirklichung, Selbstkontrolle zur Freiheit umgelogen.

Internetkapitalismus als Krisenreflex

Wieso aber rückt nun der Mensch - inklusive seiner Privatsphäre - ins Zentrum der Konzepte und Strategien der Akkumulationsoptimierer in den Beratungsfirmen? Einen ersten Hinweis darauf gab Henrik Müller im weiter oben erwähnten

Beitrag, als er "Humankapital in seiner schönsten Form" als den wichtigsten Faktor bezeichnete, der zur Überwindung der gegenwärtigen Krise beitragen könne.

Der kommende Kapitalzugriff auf das Innerste des Menschen bildet genauso einen Krisenreflex, wie die Ausrichtung der Gesamtgesellschaft anhand der Vorgaben der zunehmend stotternden Kapitalverwertung in den vergangenen Jahren. Das Kapitalverhältnis reagiert auf seine Krise buchstäblich extremistisch, indem es sich selbst ins Extrem treibt. Die Degradierung der gesamten Gesellschaft zu einem "Wirtschaftsstandort" im Rahmen des Ökonomismus verschaffte Konzernen und Staaten ja tatsächliche Vorteile in der krisenbedingten Verdrängungskonkurrenz der vergangenen Jahrzehnte, wie etwa die dominante Stellung der Bundesrepublik in Europa illustriert. Nach der totalitären Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche bleibt nur noch das Innerste des Menschen als ein letztes Expansionsfeld übrig, um weiter vor der Krisendynamik zu flüchten. Es handelt sich um eine extremistische Flucht des Kapitalverhältnisses vor den Folgen seiner Verwertungsbewegung.

Der Mensch befindet sich innerhalb des Kapitalverhältnisses in einem permanenten "Wettlauf mit den Maschinen", deren permanente Evolution immer größere Rationalisierungspotentiale

eröffnet. Je weiter der technologische Fortschritt die menschliche Arbeit im Produktionsprozess überflüssig macht, desto stärker geraten reguläre Arbeitsbedingungen und Löhne unter Druck. Die Prekarisierung und die Abrufung der letzten Leistungsreserven vermittels der Selbstoptimierung bilden die Mechanismen, mit denen eine zunehmend schrumpfende Anzahl von Lohnabhängigen noch "in Arbeit" gehalten wird. Arbeit muss billiger und produktiver werden, um im "Wettlauf mit den Maschinen" zumindest vorläufig bestehen zu können. Andrerseits sind vom Rationalisierungsdrang diejenigen Tätigkeiten ausgenommen, bei denen genuin menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten unabdingbar sind.

Deswegen steigt insbesondere bei den Kernbelegschaften das Interesse der Personalabteilungen an der Privatsphäre oder dem Charakter der Lohnabhängigen. Das Management will bei der Kernbelegschaft tatsächlich auf den ganzen Menschen zugreifen, weil die "Menschlichkeit" die wichtigste, technologisch nicht reproduzierbare Eigenschaft bildet, die verwertet werden soll. Aus der Umprogrammierung des menschlichen Strebens nach Selbstentfaltung im Sinne der Kapitalverwertung sollen dann auch die Kreativitätsschübe resultieren, die dem krisengeplagten Spätkapitalismus neue Verwertungsfelder eröffnen würden. Dieser "Neue Mensch", der in seiner Funktion als kleines Rädchen im Verwertungsprozess ganz aufgeht, soll unter totaler Mobilisierung

seiner innersten Reserven dem an seiner eigenen Produktivität erstickenden Kapital noch einmal den Weg aus der Krise weisen.

Diese durch immer weiter voranschreitende Produktivitätsfortschritte ausgelöste Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft wird ursächlich zu dem dargelegten Auseinanderbrechen des Arbeitsmarktes in eine prekäre Masse von Selbstoptimierern und eine kleine Elite von gehirngewaschenen Kernbelegschaften führen. Der Kapitalismus könnte nur noch in dieser barbarischen Form, die an Dystopien eines George Orwell oder Aldous Huxley erinnert, seinen Zusammenbruch hinauszögern.

Letztendlich erinnert die Heimarbeit des Spätkapitalismus an die Heimarbeit des Frühkapitalismus, wie sie etwa in der englischen Textilindustrie im Rahmen des Verlagssystems im 17. und 18. Jahrhundert praktiziert wurde, bei dem Heimhandwerker für sogenannte Verleger Textilien herstellten, die diese dann aufkauften und vermarkteten. Der frühe Kapitalismus drang vermittels der Lohnarbeit in die Häuser der Menschen ein, bevor er sie in die Fabriken trieb. Der Spätkapitalismus wird den künftigen Internet-Tagelöhner erneut in die eigenen vier Wände abliefern.

Am Scheideweg

Wir befinden uns in einer weltgeschichtlichen Transformationsphase, deren Verlauf und Ausgang durch unser Handeln bestimmt werden wird.

Unsere Gesellschaft steht vor einer tief greifenden sozioökonomischen Umwälzung, die alle bisherigen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte in den Schatten stellen wird. In einer bevorstehenden Rationalisierungswelle gigantischen Ausmaßes werden viele Berufe und Tätigkeiten automatisiert werden, bei denen dies bis vor kurzem noch als unmöglich schien, da sie menschliche Denkarbeit und Wahrnehmungsfähigkeit voraussetzten. Die Erosion der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die seit dem Beginn der Computerisierung der Produktion in den späten 70er Jahren vonstattengeht, wird mit diesem Automatisierungsschub eine ungeheure Beschleunigung erfahren. Gewissermaßen wird diese "Dritte industrielle Revolution" der Mikroelektronik und Informationstechnik erst jetzt ihren vollen Durchbruch erleben. Die verschiedenen, in rasanter Entwicklung stehenden Technologien und Organisationsformen werden in immer engere Wechselwirkung treten – und die gesellschaftlichen Strukturen radikal verändern.

Frank Rieger, einer der Sprecher des Chaos Computer Club (CCC),

beschrieb diese mit Macht anrollende "Technologiewelle" in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Unsere "gesellschaftlichen Grundfesten" würden demnach nicht von einer einzelnen Technologie erschüttert, sondern von einer Kombination und gegenseitigen "Potenzierung paralleler Entwicklungen". Fortschritte bei Algorithmen, permanent ansteigende Rechenleistung, billiger Speicherplatz, ein dramatischer Preisverfall bei Robotern sowie Automatisierungsmaschinen und die "durch die Digitalisierung aller unserer Lebensäußerungen entstehenden Datenmengen" ließen nun eine "schmalbandige" künstliche Intelligenz alltagstauglich werden, resümierte Rieger.

Folglich würden bald nicht nur Fließbandarbeiter, sondern auch "Buchhalter, Anwälte, Personalentwickler, Marketingmitarbeiter, sogar Journalisten und Wissensvermittler, also Lehrer und Professoren" um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Diese neueste Rationalisierungswelle rase mit einer ungeheuren Geschwindigkeit auf die ohnehin krisengeschüttelte kapitalistische Arbeitsgesellschaft zu, da keine umfassenden neuen Investitionen notwendig seien, keine "Abschreibungs- und Amortisierungsfristen für vorhandene Anlagen", um die überflüssigen "Denkarbeiter" zu ersetzen: "Lediglich der Mensch vor dem Bildschirm wird durch Software im Inneren des Computers ersetzt." Angesichts dieser anstehenden massiven Verdrängung von Lohnarbeit aus dem

gesellschaftlichen Reproduktionsprozess fragt sich Rieger schließlich, "wie Wirtschaft und Gesellschaft weiter funktionieren sollen, wenn immer weniger Menschen noch eine dauerhafte Arbeit haben, die gut genug entlohnt wird, dass davon Steuern, Sozialversicherungs-, Renten- und Krankenkassenbeiträge gezahlt werden können?"

Diese Frage benennt nicht nur eine künftige ökonomische Problemstellung, sie streift auch den grundlegenden Widerspruch kapitalistischer Warenproduktion, der auch die Ursache der gegenwärtigen Krise bildet. Die durch die digitale Revolution ausgelöste Abschmelzung der innerhalb der Warenproduktion verausgabten Lohnarbeit geht in einem stetigen Prozess bereits seit den frühen 80er Jahren vonstatten. Das Problem, dass durch die Rationalisierungswellen den Unternehmen die Konsumenten und dem Staat die Steuerzahler abhandenkommen, wurde ja gerade durch ausufernde Verschuldung jahrzehntelang abgemildert - bis es nun in Form gigantischer Schuldenberge alles zu ersticken droht. Die kapitalistische Arbeitsgesellschaft befindet sich somit bereits in einer fundamentalen Systemkrise (siehe: Wer ist schuld am Krisenausbruch?), deren manifester Ausbruch nur durch den Schuldenturmbau der vergangenen Dekaden verzögert wurde. Die nächste anrollende Automatisierungswelle wird das System der Lohnarbeit endgültig aus den Fugen geraten lassen.

Besteuerung nichtmenschliche Arbeit ist kein Ausweg

Die Vorschläge Riegers, wie dieser grundlegende Widerspruch kapitalistischer Warenproduktion überwunden werden könne, bilden hingegen trotz aller Hellsichtigkeit bei der Diagnose ein Paradebeispiel für ein Denken, das vor den eigenen Konsequenzen zurückschreckt. Der CCC-Sprecher fordert einen schrittweisen "Umbau der Sozial- und Steuersysteme hin zur indirekten Besteuerung von nichtmenschlicher Arbeit und damit zu einer Vergesellschaftung der Automatisierungsdividende". Künftig sollen "Roboter und Algorithmen" unsere "Rente und ein allgemeines Grundeinkommen" erarbeiten.

Dieser Idee einer Besteuerung nichtmenschlicher Arbeit und einer Automatisierungsdividende, die vermittels eines Grundeinkommens allen Gesellschaftsmitgliedern zukäme, kann aufgrund der Schlüsselfunktion nicht realisiert werden, die Lohnarbeit im Kapitalismus einnimmt. Lohnarbeit bildet die Substanz des Kapitals. Der Wert aller Waren, die wir erwerben, bemisst sich gerade nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die zu ihrer Herstellung notwendig sind. Die auf dem Arbeitsmarkt gehandelte Arbeitskraft stellt nämlich die einzige Ware dar, die mehr Wert produzieren kann, als sie wert ist – indem der Unternehmer die Differenz zwischen Lohn und erarbeiteten Warenwert als Gewinn einbehält und durch Warenverkauf auf den

Markt realisiert.

Dieses Grundprinzip kapitalistischer Warenproduktion – die somit auf Ausbeutung von Lohnarbeitern beruht – hat sich seit deren historischer Durchsetzung nicht geändert: Der Kapitalismus stellt eigentlich eine recht archaische Produktionsweise dar, die in den Irren- und Arbeitshäusern der Frühen Neuzeit ausgebrütet wurde und im 19. Jahrhundert zur vollen Entfaltung gelangte, als Kinderhände zu Elendslöhnen bei 12-Stunden-Schichten in der Produktion verschlissen wurden. Mit jeder technologischen Revolution und jeder Rationalisierungswelle mussten also auch neue Produktionszweige entstehen – nicht nur, um die in den "alten Industriezweigen" freigewordenen Arbeitskräfte aufzunehmen, sondern auch, um dem Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu verschaffen.

Der derzeit auf die Spitze getriebene "prozessierende Widerspruch" des Kapitals beruht also darin, dass das Kapital mit der Verdrängung der Lohnarbeit aus der Produktion auch seine eigene Substanz aushöhlt. Die kapitalistische Arbeitsgesellschaft beruht tatsächlich auf der Verwertung von Arbeit im Produktionsprozess – dieser Prozess stößt nun aufgrund der konkurrenzvermittelten Rationalisierung an eine innere Schranke (Robert Kurz). Das Kapital wird hierbei seiner Substanz - also der im Produktionsprozess "verwerteten" Lohnarbeit – beraubt und so "substanzlos" und im

gewissen Sinne "fiktiv". Die Expansion der Finanzmärkte hat nicht nur die besagte Ausbildung der Schuldenberge ermöglicht, die mittels einer kreditfinanzierten Nachfrage das System am Laufen hielten, sondern auch neue Investitionsmöglichkeiten für das Kapital geschaffen, das in der realen Produktion nicht mehr verwertet werden konnte. Die "substanzlose" Vermehrung von Eigentumstiteln in der Finanzsphäre kompensierte somit die zunehmenden Probleme des Kapitals, vermittels Lohnarbeit einer "substanzielle" Verwertung zu vollziehen.

Deswegen sind übrigens auch alle Versuche zum Scheitern verurteil, diesen "fiktiven" Reichtum an den Finanzmärkten durch Steuern und Umverteilung anzuzapfen. Dies würde in einer exorbitanten Inflationswelle münden, da dieses fiktive Finanzkapital nicht vergangene Verausgabung von Arbeitskraft in der Warenproduktion zur Substanz hat, sondern einen Vorgriff auf künftige, noch nicht realisierte Verwertungsprozesse darstellt.

Gigantische Entwertungswelle droht

Entscheidend hierbei ist, dass es sich beim Kapital um einen gesellschaftlichen Prozess handelt, bei dem aus Geld mehr Geld gemacht wird – und bei dem ein permanenter Formwandel vonstattengeht. Es ist schlicht demagogisch, das Kapital in dem "bösen Kapitalisten" oder im "gierigen Spekulanten" zu

personifizieren – mag er noch so brutal und rücksichtslos die Arbeiter ausbeuten. Bei dem Prozess der Kapitalverwertung wandelt sich das eingesetzte Kapital in Geldform in Lohnarbeit, anschließend in Waren, um nach deren Verkauf auf dem Markt zu mehr Geld zu werden. Aufgrund der bereits geschilderten Rationalisierungsschübe der Dritten Industriellen Revolution verlagerte sich dieser Prozess in die Finanzsphäre, wo die Vermehrung von Finanztiteln – die einen Vorgriff auf künftige Kapitalverwertung in der Zukunft darstellen – die reale Kapitalverwertung ersetzte. In der gegenwärtigen Finanzkrise stößt auch diese finanzielle Expansion an ihre Grenzen.

Da das Kapital somit seiner Substanz - der Lohnarbeit - verlustig geht, wird dieser Krisenprozess in einer gigantischen Entwertungswelle kulminieren, die alle Formen betrifft, die das Kapital bei dem geschilderten Formwandel seiner Selbstverwertung einnimmt: Geld, Waren, Arbeit, Finanztitel. Dieser Prozess ist bereits im vollen Gange, wie beispielsweise die meisten Verkäufer der Ware Arbeitskraft bei einem Blick auf ihre Kontenbewegung feststellen können. Die Entwertung der Finanztitel findet zulasten der Steuerzahler schon seit dem Beginn der Finanzkrise statt, während es ja nicht zuletzt die Angst vor der Entwertung des Geldes ist, die viele Menschen in die Flucht in Sachwerte oder Betongold treibt. Wie eine Entwertung von Waren aussieht, kann

man in den USA oder Spanien studieren: Dort werden – trotz steigender Obdachlosigkeit – Häuser abgerissen, weil das in ihnen vergegenständlichte Kapital nicht realisiert werden kann.

Das Kapitalverhältnis bildet das Rückgrat des Kapitalismus: Alle gesellschaftlichen Regungen sind nur dann "finanzierbar", wenn dies über Löhne oder Steuern aus gelingender Kapitalverwertung geschieht. Sobald das Kapital seiner Substanz verlustig geht, gehen notwendigerweise auch seine einzelnen Formen - Geld, Ware, Arbeit, Finanztitel – in Substanzlosigkeit über. Mit dem Absterben der Lohnarbeit geht somit auch die Arbeitsgesellschaft unweigerlich zugrunde. Aus diesem Grund ist weder eine "Besteuerung" der Roboter möglich, noch ein Grundeinkommen, das als einer Art Automatisierungsdividende hieraus generiert werden könnte. Mit dem Kapital werden auch die gesellschaftlichen Formen und Institutionen (wie etwa die Nationalstaaten) in Geschichte übergehen – und dieser Prozess hat schon längst begonnen, wie ein Blick auf das Chaos in der "Dritten Welt" offenbart.

Zur anstehenden Systemtransformation müssen ein Hardware-Reset und eine Systemneuinstallation erfolgen

Tatsächlich scheinen in der Krise nun auch die Zentren des kapitalistischen Weltsystems den Weg in die Barbarei

einzuschlagen. Es ist zum Haare raufen: Der technische Fortschritt, den Rieger beschreibt, führt uns das ihm innewohnende Potenzial der Befreiung vor Augen, doch zugleich verfestigt er die Wirklichkeit der Unterdrückung. Eine Utopie scheint zum Greifen nahe, die Befreiung des Menschen von der Mühsal der Arbeit – dennoch wendet sich dieses utopische Potenzial in eine Dystopie. Anstatt die Arbeitszeit für alle Menschen zu verringern, produziert der kapitalistische Fortschritt immer mehr Arbeitslose und lässt die verbliebenen Lohnarbeiter immer härter schuften (siehe: Crowdsourcing und Cloudworking: Schöne neue Arbeitswelt). Ideologien der Ausgrenzung und des Sozialdarwinismus (siehe: Die extremistische Gesellschaft) greifen um sich, die Überwachungs- und Repressionsapparate werden ausgebaut, Krisen und soziale Verwerfungen nehmen überhand, demokratische Mindeststandards werden geschleift (siehe: Demokratie in der Krise). Die Gefahr, dass der zunehmende Krisendruck Großmächte in kriegerische Expansionen Zuflucht nehmen lässt, steigt.

Wir stehen somit an einem weltgeschichtlichen Scheideweg. Das gegenwärtige kapitalistische System wird untergehen, dessen Vergesellschaftungsformen – Geld, Ware, Markt, Lohnarbeit – befinden sich offensichtlich bereits in Auflösung. Dieser Krisenprozess wird – sollte er seiner Eigendynamik überlassen bleiben - in der Barbarei münden, in einer Dystopie, die irgendwo

zwischen Mad Max und 1984 angesiedelt sein dürfte. Der hauchdünne demokratische Lack wird abblättern und brutale, direkte Gewaltverhältnisse werden zutage treten. Dennoch ist die Geschichte offen, es gibt keine historischen Zwangsläufigkeiten, die Anlass zu einem reaktionären Kulturpessimismus geben müssten. Der Ausgang der vor uns liegenden, chaotischen weltgeschichtlichen Transformationsperiode hängt von den Handlungen der Menschen ab, die um diese Zukunft ringen werden. In gewisser Weise hat auch dieser Prozess längst begonnen, etwa bei den Umwälzungen im arabischen Raum, ohne dass sich die Akteure dieser Kämpfe dessen überhaupt bewusst wären. Der Ausgang dieser Transformationsperiode - ob es sich hierbei um Befreiung oder Barbarei handeln wird - wird somit von diesem Kampf um die Zukunft abhängen.

Es sind somit ein Hardware-Reset und eine Systemneuinstallation notwendig. Beim dem Reset muss folglich der ganze Ballast kapitalistischer Ideologie über Bord geworfen werden, um den Kapitalismus aus einer Perspektive der Entfremdung und Distanz zu betrachten, womit dem System der Schleier seiner "Natürlichkeit" genommen wird und dessen himmelschreiende Absurditäten zutage treten. Wo hierbei anzusetzen wäre, ahnt auch der CCC-Sprecher Rieger:

» *Es ist an der Zeit, dass wir uns über unser Verhältnis zu unseren*

Maschinen und ihrer Produktivität neu verständigen. Es sind "unsere Maschinen", nicht "die Maschinen". Sie haben ... kein im menschlichen Sinne intelligentes Eigenleben, kein Bewusstsein, keinen Willen, keine Absichten. Sie werden konstruiert, gebaut und eingesetzt von Menschen, die damit Absichten und Ziele verfolgen - dem Zeitgeist folgend, meist die Maximierung von Profit und Machtpositionen. Mag die Komplexität der Maschinen unsere Auffassungsgabe manchmal übersteigen, sie bleiben immer noch unsere Geschöpfe. **«**

Wir müssen tatsächlich das Verhältnis zu unseren Maschinen und den Waren, die diese Maschinen produzieren, grundlegend überdenken. Das Problem besteht aber darin, dass es hierbei tatsächlich nicht um "unsere" Maschinen handelt. Sie befinden sich nicht unter unserer Kontrolle; sie sind von einem blinden, alles verschlingenden Eigenleben beseelt, das sehr viel mit der "Maximierung von Profit" zu tun hat, die Rieger erwähnt. Selbst der mächtigste Kapitalist kann nur dann sich einbilden, als ein autonomes Subjekt zu handeln, wenn er sich um die "Maximierung des Profits" bemüht – andernfalls würde er in der Konkurrenz untergehen. Karl Marx hat für dieses Produktionsverhältnis, in dem alle Marktsubjekte in Eigenregie die Marktvorgabe der Profitmaximierung erfüllen müssen, den Begriff des "Automatisches Subjekts" geprägt. Es ist dieses marktvermittelte Profitstreben, das die von Rieger beschriebenen

Rationalisierungswellen auslöst und das zu der derzeitigen Systemkrise geführt hat.

Der Verwertungsprozess des "Automatischen Subjekts" läuft aber marktvermittelt "hinter dem Rücken der Produzenten" (Marx) ab. Die gesamtgesellschaftliche Krisendynamik des Kapitalverhältnisses wird somit unbewusst von den Marktsubjekten erzeugt, die – ein jeder für sich allein – nur nach möglichst hohen Renditen streben. Die Kapitaldynamik tritt somit dem einzelnen Marktsubjekt (von Kapitalisten bis zum Lohnarbeiter) in Gestalt der viel zitierten "Märkte" als eine "fremde", quasi natürliche Macht gegenüber, an die er sich anzupassen versucht – obwohl die Märkte nichts anderes darstellen als die Summe der Profitbestrebungen der Marktsubjekte.

Wir sind somit den Verwerfungen eines gesellschaftlichen Verhältnisses – des Kapitalverhältnisses - ausgesetzt, das vermittels von "Sachzwängen" über uns herrscht, obwohl wir es selber tagtäglich – unbewusst und marktvermittelt – buchstäblich erarbeiten. Die in stürmischer Entwicklung befindlichen Produktivkräfte müssen von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse "befreit" werden. Die "Befreiung" der Maschinen, ja der gesamten Produktionssphäre von der subjektlosen Herrschaft der ohnehin kollabierenden Kapitalverwertung, die ja das innerste Antriebsprinzip der

Produktion bildet, stellt somit eine Grundvoraussetzung dar, um ein krisenbedingtes Abdriften der Gesellschaft in Barbarei zu verhindern. Letztendlich würde diese Emanzipation des Menschen vom blinden Terror der Ökonomie in einem weltgeschichtlichen Bruch kulminieren, bei dem die Menschheit erstmals bewusst ihre Geschichte selbst gestaltete. Hierauf könnte auch die marxsche Bemerkung gemünzt sein, wonach mit dem Kapitalismus auch "die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft" abschließen würde.

Dabei weist uns bei der Suche nach einer lebenswürdigen Zukunft in gewisser Weise die Krise selber den Weg. Eine befreite Gesellschaft würde jenseits der Vergesellschaftungsformen aufgebaut werden müssen, die nun krisenbedingt in Auflösung begriffen sind: Geld, Ware, Markt, Nation, Staat, Lohnarbeit. Die Zukunft kann derzeit nur negativ bestimmt werden: als das, was sie nicht sein wird. Der Weg dorthin kann aber nicht durch populistische Führerfiguren gewiesen, sondern nur in breitester gesellschaftlicher Debatte ausgelotet werden.